

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Kommunistisches Programm

— Theoretische Zeitschrift der IKP —

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 24

JANUAR 1980

IN DIESER NUMMER:

- PATHOLOGIE DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT
NOTWENDIGKEIT DER KOMMUNISTISCHEN REVOLUTION

- DIE ERGEBNISSE DER IMPERIALISTISCHEN HERRSCHAFT IM IRAN
(3. Teil)

DIE VOLKSFEDAJIN ODER DIE GRENZEN DES DEMOKRATISMUS
DER IRAN IN DER MARXISTISCHEN PERSPEKTIVE

- DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI ITALIENS UND DIE FASCHISTISCHE
OFFENSIVE (1921 - 1924)
III. Teil, vom Herbst 1921 bis zum Sommer 1922

- DIE INFLATION ODER DIE FLUCHT NACH VORN DES KAPITALS

Erscheint vierteljährlich — Preise: DM 5,—, Belgien: bfr 80,— / Dänemark: dkr 16,— / Frankreich: FF 12,— / Italien: 2500 Lire / Niederlande: hfl 5,50 / Österreich: 35 ÖS / Schweden: 12 sKr / Schweiz: sfr 3,—. Jahresabonnement: Preis für 4 Exemplare

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

Nr. 24

Januar 1980

vierteljährliche
theoretische
Zeitschrift der IKP

Inhalt	Seite
Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft Notwendigkeit der kommunistischen Revolution	1
Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran (3. Teil)	
- Die Volksfedajin oder die Grenzen des Demokratismus	4
- Der Iran in der marxistischen Perspektive	8
Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921-1924), III. Teil	17
Die Inflation oder die Flucht nach vorn des Kapitals	45

Editions Programme Communiste
- Paris -

edizioni programma comunista
- Milano -

Presserechtlich verantwortlich,
Vertrieb und Korrespondenz:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
D-1000 Berlin 61

Postscheckkonto:
3320 23-103 - Berlin-West
Helmuth Tammen

Druck:
Movimento-Druck
Waldemarstr. 33
Berlin

Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft

Notwendigkeit der kommunistischen Revolution

Wachsende Kriminalität; zunehmender Ausbruch von Gewalttätigkeit bei Begegnungen und Zusammensein von Menschen; Depressionen, Neurosen, Psychosen als Dauerschnupfen eines immer breiteren Teils der Gesellschaft; um sich greifende Fluchtgedanken; steiler Anstieg des Verbrauchs harter Drogen; Trunksucht; Verallgemeinerung der Einnahme "medizinischer" Beruhigungs- und Aufputzmittel; internationaler Wettbewerb um die höchste Selbstmordrate im allgemeinen und Kinderselbstmordrate im besonderen etc. Die bürgerliche Gesellschaft erzeugt tagtäglich unzählige Erscheinungen sozialer Pathologie. Auf dieser Grundlage blühen ganze Wirtschaftszweige, von der Pharmaindustrie bis hin zu den Massenmedien, von den Schnapsbrennereien bis hin zu der bürgerlichen Soziologie und Psychologie.

Die Soziologen erzeugen Erklärungen für die Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Ein Teil dieser Zunft führt die sozialen Krankheitsercheinungen auf die Bedingungen allgemeiner Unsicherheit und Anarchie zurück, die mit der Weltwirtschaftskrise entstanden; ein anderer Teil "entdeckt" die Ursache hingegen im "Genuß- und Konsumrausch", bzw. in den "übersteigerten Erwartungen", die von den "Wohlstandsjahren" geweckt wurden. Die einen wie die anderen erzählen nur einen Teil der Wahrheit, die sie dadurch umso besser verschleiern. Wie könnte es aber auch anders sein? Sie sind Wortführer der Interessen und der Ideologie der herrschenden Klasse. Gegen die Krankheiten ihrer Gesellschaft können sie keine andere "Therapie" verschreiben, als eine weitere Entwicklung des Kapitalismus, aus dem selbstverständlich die krisenbedingten (oder wohlstandsbedingten) Ungleichgewichte und Auswüchse zu beseitigen seien.

"Wohlstand" und Krise gehören aber zusammen. Sie folgen nicht nur aufeinander, sondern bedingen sich gegenseitig im Laufe eines einzigen Prozesses. Die Akkumulation von Kapital geht in Form eines "Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation" (1) vor sich; die wachsende Akkumulation von Kapital ist die Bedingung und zugleich das Ergebnis seiner zyklischen Vernichtung. Dies können Soziologen aber nicht zugeben. Ebensovienig können sie zugeben, daß mit der ungeheuerlichen Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus "die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte" (2) einhergeht - sie ist das notwendige Resultat des "anarchischen Systems der Konkurrenz", das seinerseits aus der erweiterten Reproduktion des Kapitals und somit aus den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus nicht wegzudenken ist.

Dabei ist "die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol (...) zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol" (3).

Wenn die Krise, in der sich die bürgerliche Welt befindet, für irgendetwas "verantwortlich" ist, so gerade dafür, die Gesetze, welche alle Phasen der kapitalistischen Produktion (und also die bürgerliche Gesellschaft) beherrschen, in ihrer vollen und brutalen Wirkung hervortreten zu lassen. Sie läßt die vom Kapitalismus im Hoch wie in der Flaute, im Überfluß wie im Mangel erzeugten Gemeinheiten offen zutage treten.

"Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen früheren aus" (4). Diese allgemeinen Kennzeichen des Kapitalismus, Kennzeichen seiner historischen Kraft und zugleich Ursache seiner historischen Zerbrechlichkeit, bringt die Krise zum Ausdruck, wenn sie die Proletarier, aber auch einen breiten Teil der Mittelschichten und daher die mittelständische Jugend in eine diffuse und tiefe Unsicherheit stürzt.

Mit der Krise werden alle "Werte" der bürgerlichen Gesellschaft entheiligt, es gibt keinen festen Halt, keine feste Norm mehr. Dies ist aber nur die Kehrseite der normalen Entwicklung dieser Gesellschaft: "Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen" (5).

Wo scheinbar Harmonie herrschte, läßt die Krise Chaos entstehen. Damit beweist sie, daß "die Anarchie das Gesetz der von den gliedernden Privilegien emanzipierten bürgerlichen Gesellschaft" ist, d.h. von der bürgerlichen Gesellschaft in Reinkultur, ohne vorbürgerliche Vorrechte; "und die Anarchie der bürgerlichen Gesellschaft ist die Grundlage des modernen öffentlichen Zustandes, wie der öffentliche Zustand wieder seinerseits die Gewähr dieser Anarchie ist" (6). Stellt die Krise die Menschen in ihrem verzweifelten Überlebenskampf in einen wachsenden Gegensatz zueinander, so wird dadurch nur das Prinzip, in dem der Kapitalismus seit seiner Entstehung den gesunden Stachel des Fortschritts erblickt, der freie Konkurrenzkampf, zur vollen Geltung gebracht: "Wie die freie Industrie und der freie Handel die privilegierte Abgeschlossenheit und damit den Kampf der privilegierten Abgeschlossenheiten

untereinander aufheben, dagegen an ihre Stelle den (...) losgebundenen, selbst nicht mehr durch den Schein eines allgemeinen Bandes an den andern Menschen geknüpften Menschen setzen und den allgemeinen Kampf von Mann wider Mann, Individuum wider Individuum erzeugen, so ist die ganze bürgerliche Gesellschaft dieser Krieg aller (...) Individuen gegeneinander" (7).

Die Krise stürzt selbst bürgerliche Schichten ins Elend und, wenn sie ihnen dadurch nicht die Fähigkeit, die bürgerliche Gesellschaft an der Wurzel zu bekämpfen, verleiht (diese bleibt dem Proletariat vorbehalten), so ist es doch nur die normale Lebenslage des Proletariats, die infolge dieser Entwicklung auf einen breiteren Kreis ausgedehnt wird: "Bei den Proletariern (...) ist ihre eigene Lebensbedingung, die Arbeit, und damit sämtliche Existenzbedingungen der heutigen Gesellschaft, (...) zu etwas zufälligem geworden, worüber die einzelnen Proletarier keine Kontrolle haben und worüber ihnen keine gesellschaftliche Organisation eine Kontrolle geben kann" (8).

Auf diesem Boden, auf dem Boden des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft, gedeihen die große und kleine Kriminalität, der private Diebstahl und die öffentliche Plünderung, die individuelle und Gruppengewalt, die Abirrungen und Sexualverbrechen, die bewaffneten Überfälle und die spektakulären Entführungen, die Abrechnungen zwischen Einzelnen, Cliquen und Familien, kurz "Brutalisierung und Degradation". Sie gedeihen mit unterschiedlichem Gewicht, je nachdem ob man eine Periode der ökonomischen Expansion oder Rezession durchmacht; ihre Natur ist aber in beiden Fällen dieselbe. Und wohlweislich gefördert von den verschiedenen Ideologen der herrschenden Ordnung entstehen auf diesem selben Boden wiederum die Mittel und Wege, um dieser unerbittlichen Wirklichkeit scheinbar auszuweichen, die sinnlose Flucht ins künstliche Paradies der Droge oder, was auf dasselbe hinausläuft, der Religion, die sang- und klanglose Preisgabe der eiteln Gewißheiten der bürgerlichen Fortschrittsideologie, an deren Stelle die in weit größerem Maße verführerischen Ungewißheiten des Individualismus, Existentialismus und Irrationalismus treten. Auf diesem Boden wachsen schließlich Seite an Seite die Unterwerfung unter die Tabus der bürgerlichen Zivilisation und - dies sei hier gesagt, ohne sie beleidigen zu wollen - die Verzweiflung der "Terroristen".

Als Kommunisten verlangen wir nicht von den Priestern des Kapitals, diesen vielen Politikern, Geistlichen, Philosophen und Professoren, daß sie einsehen, daß die von ihnen tagtäglich angeprangerten Zersetzungerscheinungen notwendige Äußerungen der kapitalistischen Entwicklung darstellen. Von ihnen erwarten wir nichts anderes, als daß sie unter den Opfern dieser unentrinnbaren Entwicklung das Opium der Flucht oder, was auf dasselbe hinausläuft, des Reformismus verbreiten. Mehr noch, die Ohnmacht der offiziellen und offiziösen "Kultur" der herrschenden Klasse kommt nirgends so klar zum Ausdruck, als gerade in ihrem Versuch, diese Zersetzungerscheinungen als zufällig, als Ausnahmen, zu erklären, oder, was auf einer noch tieferen Ebene steht, als Produkt von geheimnisvollen Faktoren, die außerhalb der Gesellschaft entstehen und auf

sie hineinwirken - eine Neuauflage des "Bösen". Nichts kann den Niedergang dieser "Kultur" besser bloßstellen, als die "Therapie", die sie allein zu verschreiben imstande ist, die Rückkehr der kapitalistischen Wirtschaft zu einer vollkommen utopischen "harmonischen Entwicklung", die Rückkehr der bürgerlichen Gesellschaft zum Mythos ihrer "ewigen Werte".

In der kapitalistischen Produktionsweise verwandeln sich Tätigkeiten, die für die Menschen denkbar unproduktiv sind, in produktive Arbeit für das Kapital. Mit seiner spitzen Feder hat Marx vor mehr als einem Jahrhundert gezeigt, daß unter solchen Bedingungen die Kriminalität sich in ein Entwicklungsmittel, in einen Träger der Produktionserweiterung und in einen Faktor der... Harmonie verwandelt, was im übrigen auf einer höheren Ebene der sozialen Fäulnis nicht minder für den Parasitismus und die Nichtstuerie gilt. Wir werden diese Seiten von Marx fast vollständig zitieren und dabei jene bürgerlichen Predigten über die ergiebigen und stimulierenden Momente des Kapitalismus hervorheben, die Marx sarkastisch in seinen Text einflächelt, um sie mit den Verbrechen in Bezug zu bringen, die das Kapital in seiner ganzen Laufbahn begleiten, von der bloßen Mehrwertauspressung über die Schaffung "einer Unzahl jetzt unentbehrlicher, aber an und für sich überflüssiger (und selbst schädlicher) Funktionen" (9), bis hin zu den lokalen, nationalen, kolonialen und imperialistischen Kriegen. Marx schreibt als Paraphrase eines bürgerlichen Ökonoms:

"Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien usw. Ein Verbrecher produziert Verbrechen. Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letzten Produktionszweigs mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über das Kriminalrecht hält, und zudem das unvermeidliche Kompendium, worin dieser selbe Professor seine Vorträge als 'Ware' auf den allgemeinen Markt wirft. Damit tritt Vermehrung des Nationalreichtums ein. Ganz abgesehen von dem Privatgenuß, den (...) das Manuskript des Kompendiums seinem Urheber selbst gewährt.

Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Richter, Henker, Geschworene usw.; und alle diese verschiedenen Gewerbszweige, die ebenso viele Kategorien der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit bilden, entwickeln verschiedene Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung. Die Tortur allein hat zu den sinnreichsten mechanischen Erfindungen Anlaß gegeben und in der Produktion ihrer Werkzeuge eine Masse ehrsammer Handwerksleute beschäftigt.

Der Verbrecher produziert einen Eindruck, teils moralisch, teils tragisch, je nachdem, und leistet so der Bewegung der moralischen und ästhetischen Gefühle des Publikums einen 'Dienst'. Er produziert nicht nur Kompendien über das Kriminalrecht, nicht nur Straf-

gesetzbücher und damit Strafgesetzgeber, sondern auch Kunst, schöne Literatur, Romane und sogar Tragödien (...). Der Verbrecher unterbricht die Monotonie und Alltagssicherheit des bürgerlichen Lebens. Er bewahrt es damit vor Stagnation und ruft jene unruhige Spannung und Beweglichkeit hervor, ohne die selbst der Stachel der Konkurrenz abstumpfen würde. Er gibt so den produktiven Kräften einen Sporn. Während das Verbrechen einen Teil der überzähligen Bevölkerung dem Arbeitsmarkt entzieht und damit die Konkurrenz unter den Arbeitern vermindert, zu einem gewissen Punkt den Fall des Arbeitslohns unter das Minimum verhindert, absorbiert der Kampf gegen das Verbrechen einen andern Teil derselben Bevölkerung. Der Verbrecher tritt so als eine jener natürlichen 'Ausgleichungen' ein, die ein richtiges Niveau herstellen und eine ganze Perspektive 'nützlicher' Beschäftigungszweige auf tun. (...)

Wären Schlösser je zu ihrer jetzigen Vollkommenheit gediehn, wenn es keine Diebe gäbe? Wäre die Fabrikation von Banknoten zu ihrer gegenwärtigen Vollendung gediehn, gäbe es keine Falschmünzer? Hätte das Mikroskop seinen Weg in die gewöhnliche kommerzielle Sphäre gefunden (...) ohne Betrug im Handel? Verdankt die praktische Chemie nicht ebensoviel der Warenfälschung und dem Bestreben, sie aufzudecken, als dem ehrlichen Produktionseifer? (...) Und verläßt man die Sphäre des Privatverbrechens: Ohne nationale Verbrechen, wäre je der Weltmarkt entstanden? Ja, auch nur Nationen?" (10)

Dies sind die 'Harmonien' der kapitalistischen Produktionsweise. Aus ihnen erwächst die 'ewige Unsicherheit und Bewegung', welche die bürgerliche Gesellschaft kennzeichnen. Hier kann man nicht wie Proudhon und seine Jünger "gute" und "schlechte" Seiten voneinander trennen. Und es ist in der Apotheose der 'nationalen Verbrechen', von denen die bürgerliche Rhetorik nur so schwärmt, daß die auf materieller wie moralischer Ebene wohlthuenden und fortschrittli-

chen Wirkungen der 'privaten' Verbrechen den Gipfel erreichen. Man kann den Triumphzug des kapitalistischen Fortschritts nicht von der offensichtlichen Kriminalität der ihm entsprechenden Gesellschaftsordnung trennen. Die für die Kleinbourgeoisie charakterischen Fluchttechniken und Ideologien vermitteln vielleicht die Illusion, diesem Teufelskreis individuell entrinnen zu können. Sie reproduzieren nur die 'Harmonien' und 'Ausgleichungen' der kapitalistischen Ordnung, denen sie entwachsen.

Nur jene Klasse, die auch schon mal die Klasse des 'allgemeinen Skandals' genannt wurde, das moderne Proletariat, gewachsen unter der erdrückenden Last dieses organisierten Verbrechens und zugleich in der harten aber erzieherischen Schule der Arbeit, kann den Teufelskreis brechen. Allein die kommunistische Revolution, die totalitäre, antiindividualistische, antinationale, antimerkantile kommunistische Revolution kann ihn brechen.

Anmerkungen:

- (1) Marx, "Das Kapital", Band 1, 23. Kapitel, MEW 23, S. 661
- (2) ebda, 15. Kapitel, S. 552
- (3) ebda, 23. Kapitel, S. 675
- (4) "Manifest der Kommunistischen Partei", 1848 1. Kapitel
- (5) ebda.
- (6) Marx und Engels, "Die heilige Familie", MEW 2, S. 124
- (7) ebda, S. 123
- (8) Marx und Engels, "Die deutsche Ideologie", MEW 3, S. 77
- (9) "Das Kapital", op. cit., S. 552
- (10) Marx, "Theorien über den Mehrwert", erster Teil, MEW 26.1, S. 363 f.

DIE ERGEBNISSE DER IMPERIALISTISCHEN HERRSCHAFT IM IRAN (III. TEIL)

Die Volksfedajin oder die Grenzen des Demokratismus

In den zwei ersten Teilen dieser Arbeit haben wir einen Abriss der historischen Entwicklung Persiens, bzw. des Iran geliefert und dabei das Schwergewicht auf die ökonomischen und sozialen Ergebnisse der Eingliederung dieses Landes in den Weltmarkt und seiner kapitalistischen Umgestaltung gelegt (1). Die unter dem Schah und dem Druck des Imperialismus von oben vorangetriebene bürgerliche Umwälzung führte zum Ausbruch der sozialen Bewegung, die den Iran nach wie vor erschüttert und in deren Verlauf die Monarchie gestürzt wurde. Welche Bedeutung haben nun die sozialen Kämpfe und der Machtwechsel für die Entwicklung der zwei entscheidenden Klassen - Bourgeoisie und Proletariat -, die das Produkt der kapitalistischen Umgestaltung sind, d. h. für die weitere Entwicklung der bürgerlichen Herrschaft einerseits und des proletarischen Klassenkampfes andererseits? Auf diese Frage wollen wir hier näher eingehen. Hierfür werden wir von einer Kritik an den Volksfedajin ausgehen, um die Grenzen des Demokratismus am Beispiel eines seiner radikalsten Vertreter zu zeigen, denn diese Grenzen sind nicht allein die allgemeinen Grenzen der radikalen Demokratie im Vergleich zum Proletariat, sondern bringen zugleich auch die Hinfälligkeit des Programms einer demokratischen Revolution auf der vom Iran erreichten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung greifbar zum Ausdruck.

Da das Proletariat im sozialen Kampf nichts zu verlieren hat als seine Ketten, wird es spontan dazu getrieben, seine Sympathien den radikalsten unter den vorhandenen Parteien entgegenzubringen. Die proletarische Partei kann daher nur unter der Voraussetzung eines theoretischen wie praktischen Kampfes gegen die Parteien der demokratischen Opposition eine führende Rolle in der sozialen Bewegung erobern. Umso mehr ist dies im Hinblick auf den Iran wichtig, denn hier stellen radikale demokratischen Gruppen im Kampf gegen die Regierung Khomeini/Bazargan (2) Forderungen auf, die im Interesse des Proletariats liegen, ja sie rufen zur "Fortsetzung der Revolution" auf und zeigen sich bereit, hierfür Waffengewalt einzusetzen.

Es wäre zweifellos noch zu früh, schon heute eine genaue Einschätzung der Natur und der Entwicklungsmöglichkeiten der unzähligen Gruppen der iranischen Linken zu geben. Im Lichte der wenigen Informationen, die durch die bürgerliche Presse durchdringen, wird allerdings sichtbar, daß die Parteien der "demokratischen" Opposition

ein mehr oder weniger enges Geflecht darstellen, das bei den liberal-demokratischen parlamentarischen Gruppen beginnt und bis zu den Guerrillagruppen geht, von den trotzkistischen und maoistischen Gruppen ganz zu schweigen. Es bilden sich hierbei zwei Stränge. Der eine ist religiös, beginnt bei den Gruppen, die den angeblich "fortschrittlichen" Ayatollahs nahestehen und reicht bis zu den "Modschahedin des Volkes"; der andere ist laizistisch und verbindet die Linke der Nationalen Front und die Demokratische Front mit den Fedajin, wobei es an mehreren Stellen Querverbindungen zu den Mullahs gibt. Dieser Dualismus scheint die grobe Widerspiegelung der Differenzierung zwischen klassischer Kleinbourgeoisie und lohnbeziehenden Mittelschichten zu sein. Erstere steht dem Basar und der "Tradition" näher, während letztere ein Produkt der Entwicklung des internationalen Kapitals und daher zum Leidwesen des schiitischen Fundamentalismus "moderner" und "westlicher" eingestellt ist. Diese zwei Stränge reichen bis ins Proletariat.

Von unserem Standpunkt sind die Fedajin-i-Khalq (die Volksfedajin oder genauer die Guerrillaorganisation der Volksfedajin Irans) die interessanteste Strömung. Sie stehen auf dem äußersten Flügel der laizistischen Opposition, erklären sich für "marxistisch-leninistisch", sind aber weder Moskau- noch Peking-hörig und verfügen über eine Tradition des bewaffneten Kampfes gegen das Schah-Regime, die ihnen eine wirkliche Sympathie in der Bevölkerung eingebracht hat (3). Natürlich haben sie am Februar-Aufstand teilgenommen und sie lehnten es ab, Khomeinis Aufruf zur Abgabe der Waffen Folge zu leisten. Sie wurden daher zu einer besonderen Zielscheibe der wilden Angriffe der islamischen Milizen und anderer "Wächter der Revolution", die Mitte August ihren Sitz stürmten.

Wir verfügen leider nur über wenige Dokumente. Dennoch genügen sie, um die Orientierung dieser Organisation zu verdeutlichen. Wir müssen uns hier aus Platzgründen auf die unmittelbar politischen Fragen beschränken und werden bei einer anderen Gelegenheit auf die nicht-proletarische Art und Weise, in der die Fedajin die dringenden Bedürfnisse der Massen zum Ausdruck bringen, und insbesondere auf ihr typisch kleinbürgerliches Agrarprogramm eingehen.

IST DER STAAT ZU REFORMIEREN ODER ZU ZERSTÖREN ?

Daß die "islamische Revolution" den bestehenden Staat im wesentlichen unverändert ließ und sich lediglich darauf beschränkte, seine Spitze auszuwechseln, ist eine Tatsache, die inzwischen sowohl von der imperialistischen Presse wie auch von der ganzen politischen Literatur der demokratisch-konstitutionalistischen iranischen Strömungen selbst bestätigt wird (4).

Nach der Einschätzung des "Entwurfs für ein Minimalprogramm" der Volksfedajin (5) ist *"die volksfeindliche Söldnerarmee das Haupthindernis für die Fortsetzung der Revolution bis zum Endsieg"*. Sie treten für die Bildung einer "Volksarmee" ein, die *"durch die Bildung bewaffneter Organisationen der Volksverteidigung und des Volkswiderstands geschaffen werden soll. Die Kadetten der Luftwaffe, die Soldaten, die Offiziere, die patriotischen Unteroffiziere, die die Ränge der volksfeindlichen Armee verlassen und auf den blutigen Barrikaden gegen die Reaktion gekämpft haben, werden sich an der militärischen Ausbildung und Organisation der Volksstreitkräfte beteiligen und durch ihren gewählten Rat eine wichtige Rolle in der Verwaltung der Armeeführung spielen"*.

Damit stellt sich sofort die Frage nach den Bedingungen für die Bildung einer neuen Armee. Die Antwort, die der Marxismus darauf gibt, ist unmißverständlich: Eine solche Armee kann nur das Resultat eines *neuen Aufstandes* sein, eines Aufstandes, der diesmal dank einer Partei, die tatsächlich auf der Höhe ihrer revolutionären Aufgabe steht, bis zur vollständigen Zerschlagung, bis zur Vernichtung der alten Militärhierarchie geht (6).

Aus den Erklärungen und Handlungen der Fedajin geht nicht hervor, daß sie einen neuen Aufstand ins Auge fassen. Im Gegenteil erklärte ein Vertreter dieser Organisation sogar, daß *"der Zusammenstoß zwischen den linken Kräften und den reaktionären islamischen Kräften in einen Bürgerkrieg münden könnte. Ich hoffe, daß man nicht dazu kommt, aber die Gefahr besteht. Es ist wahrscheinlich, daß der Imperialismus diese Situation ausnutzen wird. Die Lösung ist eine Regierung der nationalen Einheit, die imstande ist, das Land aus dem alten Trott zu bringen"* (7).

Der einzige Weg, der zur Bildung der neuen "Volksarmee" aufgezeigt wird, ist die Wahl der Armeeführung *"durch Soldaten, Korporale, Luftwaffenkadetten und Offiziersschüler"* (8). Nun kann das Wahlprinzip zwar als Mittel für die Zersetzung der alten Armee und die Zerstörung der alten Militärhierarchie nützlich sein, aber nur in Verbindung mit dem Aufstand, wie es die Pariser Kommune und die russische Revolution zeigten. Außerhalb dieser Perspektive ist das Wahlprinzip bestenfalls ein frommer Wunsch, schlimmstenfalls ein furchtbarer konterrevolutionärer Betrug. Wird diese Forderung getrennt von der Vorbereitung eines neuen Aufstands gestellt, so birgt sie die Gefahr, daß die "bewaffneten Organisationen der Volksverteidigung und des Volkswiderstands" unter die Kontrolle der Militärhierarchie geraten, d.h. daß sie die bürgerliche Armee durch Zufuhr neuen Blutes festigen helfen.

Nicht anders stellen die Fedajin die Forderung

der Konstituante: *"Die provisorische Regierung muß unser Volk zur Wahl der verfassungsgebenden Versammlung und (...) des neuen Regierungssystems des Landes aufrufen"* ("Programmmentwurf", zit.). Doch selbst wenn man annimmt, daß im Iran eine bürgerliche Revolution auf der Tagesordnung steht - ohne Zerschlagung des Staatsapparates kann die Konstituante nur einen Betrug darstellen, den die herrschenden Klassen in Reserve halten, um die Revolte der Massen abzulenken und zu lähmen, wenn der Islam sie nicht mehr zurückhalten kann (9).

Die Zerschlagung des bestehenden Staates ist aber eine lebenswichtige Notwendigkeit für die proletarische Bewegung, und sei es nur, um die Forderungen zu erfüllen, die zumindest theoretisch im "demokratischen" und "antiimperialistischen" Programm enthalten sind. Dies gilt insbesondere bei der Nationalitätenfrage, die nicht allein im Iran, wo dies durch die Unterdrückung namentlich der kurdischen und arabischen Minderheiten tragisch bestätigt wird, sondern im ganzen Nahen Osten von außerordentlicher Bedeutung ist.

Man braucht kein weiteres Beispiel als die von Khomeini befohlene, brutale Niederhaltung der kurdischen Minderheit durch die Armee und seine vermeintlichen "Wächter der Revolution", um sich davon zu überzeugen, daß der iranische Staat unter der "islamischen Republik" die jahrtausendalte Tradition der großpersischen Unterdrückung der fremdstämmigen Bevölkerungen beibehält, wobei die Perser (Farsi) letztendlich nur die größte Bevölkerungsgruppe, sozusagen die größte Minderheit im Staat sind.

Was die nationalen Minderheiten angeht, erklärt der "Programmmentwurf" der Fedajin, daß *"jede Diskriminierung auf diesem Gebiet abgeschafft werden muß. Im freien und demokratischen Iran sollen alle frei sein und mit ihrer Religion, ihrer Sprache und ihrer nationalen Kultur frei leben"* (Punkt 5-j). Wie ist es aber möglich, die Unterdrückung, unter der die nationalen Minderheiten im Iran leiden, abzuschaffen, ohne den Staat, dessen Militär-, Polizei- und Verwaltungsapparat mit der Tradition dieser Unterdrückung voll durchdrungen ist, durch die revolutionäre Gewalt vollständig zu zerschlagen? Und wie ist es möglich, den verhängnisvollen Chauvinismus in den persischen Arbeitermassen zu bekämpfen, ohne unablässig und entschieden für das Recht der unterdrückten nationalen Minderheiten auf *Losrennung* einzutreten? In der Tat ist das Eintreten für dieses Recht die unabdingbare Voraussetzung, um die auf freier Zustimmung beruhende Vereinigung der verschiedenen Nationalitäten auf den Trümmern der bestehenden Ordnung zu verwirklichen und kürzerfristig die *Einheit der proletarischen Reihen* herbeizuführen, ohne die ein Sieg über den Unterdrückerstaat und den Imperialismus undenkbar ist (10).

Die Notwendigkeit, den bestehenden Staat zu zerschlagen, zeigt sich ebenso klar in der Frage der Religion. Bekanntlich sind die Forderungen nach Religionsfreiheit gewöhnlich ein Teil des "demokratischen" Programms. Sie sind in der Tat unerlässlich, um die alten feudalen Reste, die Macht des Klerus und die Vorurteile, die mit der geistigen Abstumpfung durch den Einfluß

der Kirche zusammenhängen, zu beseitigen und die besonders krasse Unterdrückung der Frau zu bekämpfen. Und wenn man bedenkt, daß die kurdischen und arabischen Minderheiten sunnitisch und nicht schiitisch sind, so sind diese Forderungen gleichwohl wichtig, um die freie Vereinigung der Nationalitäten zu verwirklichen und vor allem um das Proletariat gegen den Staat zusammenzuschweißen. Wie es auf der Hand liegt, hat die Bourgeoisie im Iran wie im ganzen Nahen und Mittleren Osten dem Proletariat und seiner Partei schwere Aufgaben als Erbe hinterlassen. Die Massen werden nur durch den sozialen Kampf die religiöse Verdummung, auf die sich die Bourgeoisie inwischen stützt, um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten, überwinden können. Gerade auf diesen Kampf muß sich die Partei des Proletariats stützen, um, ohne die religiösen Gefühle der Massen mir nichts dir nichts zu kränken, ihnen eine Überwindung ihrer Vorurteile zu erlauben. Nun erklären die Fedajin lediglich, daß "alle frei sein und mit ihrer Religion frei leben sollen", was selbst ein Schariat-Madari oder ein Bakhtiar sagen könnten! Die Blindheit der Gruppe geht so weit, daß sie sogar eine "Unterstützung" für Bazargan gegen die "religiöse" Reaktion vorschlug (11), während Bazargan eine Regierung repräsentierte, die unbestreitbar für religiöse Intoleranz und Unterdrückung verantwortlich ist.

Die Frage des Staates ist entscheidend. Und da sie es nicht für notwendig halten, den bestehenden Staat zu zerschlagen, bleibt den Fedajin nur übrig zu versuchen, diesen Staat, mit dem sie unzufrieden sind, für die Forderungen des "Volkes" zugänglich zu machen.

Von daher ihre Forderung, die auch von den Modschahedin erhoben wird, nach "Beteiligung der Arbeiterräte und der Basiskomitees am Revolutionsrat". Der "Programmwurf" erklärt dies so: "Die wirkliche Kraft der Revolution ist die Kraft des Volkes. Die Macht der Revolution ist die Macht der Millionen Kämpfer und Streikenden, die die Militärregierung des Schah gestürzt und die Fahne der Revolution auf den blutigen Barrikaden gehißt haben. So muß der Revolutionsrat unter Beteiligung der Komitees und der Räte der Streikenden, d.h. unter Beteiligung ihrer gewählten Vertreter geschaffen (?) werden. Die Vertreter der Werktätigen und der Arbeiter (der) Städte und (der) Dörfer, der Angestellten, der Händler, der Studenten, der Lehrer, des Klerus und der Intellektuellen müssen an diesem Rat teilnehmen" (Punkt 4).

Diese Forderung bildet den Gipfel der Auffassung der Fedajin, da ihnen zufolge der Revolutionsrat die provisorische Regierung ernennen muß, deren Aufgabe die Erfüllung aller Forderungen und an erster Stelle die Auflösung des Parlaments und der Armee sein soll. Diese Forderung steht aber genau im Gegensatz zu den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats und der ausgebeuteten Massen. Während diese ihre Forderungen nur durch den offenen Kampf gegen den bestehenden Staat und damit gegen die provisorische Regierung und den halbgeheimen Revolutionsrat Khomeinis erfüllen können, verlangen die Fedajin eine Beteiligung an dem Rat als Gewähr für die Fortsetzung der Revolution! Was das übrige angeht, so soll man, wenn es notwendig ist, Druck von unten ausüben, damit die unerläßlichen Reformen durchgeführt werden. Diese Position geht aus folgender

Erklärung ihres "Programmwurfs" klar hervor: "während dieser Revolution hat unser Volk die Kämpfe und die gerechten Anstrengungen des Ayatollah Khomeini für den Sturz des Regimes und gegen den Imperialismus und seine inneren Handlanger getragen. Mit voller Kraft unterstützen wir diese Anstrengungen" (Punkt 2).

Gerade diese Haltung, die darin besteht, eine Regierung in dem Maße zu unterstützen, wie sie Maßnahmen ergreift, die im Interesse der unterdrückten Massen liegen (und selbst angenommen, daß dies im gegebenen Fall zutrifft), stellt genau die Falle dar, in die das Proletariat nicht hineinstürzen darf. Das Proletariat kann nur vorankommen, wenn es, während es mit der einen Hand Zugeständnisse entgegennimmt, zugleich in der anderen Hand die Waffe auf den eigennützigen Urheber der Zugeständnisse gerichtet hält. Es ist außerdem vor allem nach den Ereignissen der letzten Monate für jeden klar, daß die in Aussicht gestellten Zugeständnisse hauptsächlich dazu dienen, die Proletarier und die unterdrückten Massen zugunsten der Regierung zu entwaffnen und nicht dazu, den Kampf gegen die "unbewußten Elemente" zu stärken. Letztere arbeiten imübrigen mit der Regierung gegen die Bewegungen der Arbeiter, der armen Bauern und der nationalen Minderheiten zusammen (12).

DEMOKRATISCHES PROGRAMM UND KOMMUNISTISCHES

PROGRAMM

Es ist denkbar, daß der Zynismus, mit dem die provisorische Regierung auf die Bedürfnisse der ausgebeuteten Massen antwortet, zu Spaltungen innerhalb von Strömungen wie derjenigen der Fedajin führt und mindestens einige Militanten, die unter dem Druck einer äußerst ungünstigen internationalen Lage zu dieser verheerenden Erfahrung verurteilt wurden, dazu treibt, mit diesen absurden und für den revolutionären Kampf irreführenden und vernichtenden Manövern Schluß zu machen. Die Lehren werden aber nur zur Hälfte gezogen werden, wenn man zwar begreift, daß diese unglaubliche Taktik zu furchtbaren Folgen führt, aber nicht nach den Ursachen und den objektiven Bestimmungen sucht, welche auch die radikalsten demokratischen Strömungen unweigerlich in solche Fallen hineintreiben. Um dies zu ergründen, müssen wir an erster Stelle die Fragen des Programms und der Prinzipien behandeln.

Der "Programmwurf" erklärt folgendermaßen den Sinn der iranischen Revolution: "das Hauptziel der Revolution besteht in der Beseitigung des Systems des abhängigen Kapitalismus durch die Zerschlagung der Herrschaft des Imperialismus und seiner Handlanger und die totale Errichtung der uneingeschränkten Volksherrschaft. Um zum Endziel zu gelangen, muß unser Volk alle Merkmale der Abhängigkeit vom Imperialismus abschaffen. Das Verschwinden dieser Merkmale wird nur möglich sein durch die Vernichtung aller Grundlagen der ökonomischen, politischen, militärischen und kulturellen Herrschaft des Imperialismus und seiner inneren Verbündeten" (Punkt 5-j).

Um die Sache zu vereinfachen und die prinzipiell

len und allgemeinen politischen Gegensätze besser hervortreten zu lassen, wollen wir einen gemeinsamen Boden unterstellen, d.h. wir nehmen einen Augenblick an, daß die großen Ereignisse, die den Iran erschüttern, voll und ganz von der Formel einer klassischen und banalen "demokratischen und antiimperialistischen Revolution" erfaßt werden können, wie es die Fedajin meinen. Diese Einschätzung reicht keineswegs aus, um die Aufgaben einer revolutionären Partei "im allgemeinen" zu bestimmen, und zwar aus dem einfachen Grund, daß es mindestens zwei Methoden gibt, an die demokratische Revolution heranzugehen: vom *demokratisch-bürgerlichen* Standpunkt oder vom *proletarischen* Standpunkt. Der Marxismus steht dieser Frage keineswegs unvorbereitet gegenüber, denn er ist *als Partei* gerade am Vorabend einer antifeudalen revolutionären Erschütterung in Europa entstanden. Er proklamierte auf Anhieb seine Auffassung von der *Revolution in Permanenz* (13), die 1917 in Rußland siegreich verwirklicht wurde.

Die Fähigkeit des Proletariats, wie 1917 in Rußland eine *doppelte Revolution* in Angriff zu nehmen, hängt natürlich von günstigen internationalen Umständen ab, insbesondere von der Existenz einer *starken kommunistischen Bewegung*. Gerade weil die stalinistische Konterrevolution diese Bedingung zerstört hat, waren alle Revolutionen, die im Laufe der letzten fünfzig Jahre die sog. "Dritte Welt" erschüttert haben, zwangsläufig auf einen bürgerlichen Horizont beschränkt. Doch selbst wenn die Perspektive einer Machteroberung durch das Proletariat nicht nahe bevorsteht, wie es 1848-1850 in Deutschland der Fall war - die proletarische Partei unterscheidet sich auf jeden Fall deutlich von der demokratischen Partei, und sei es nur aufgrund ihres "Maximal"-Programms, das sie selbst dann ohne Zögern hervorhebt, wenn sie zeitweilig für Forderungen kämpft, die mehreren Klassen gemeinsam sind.

Dies bedeutet als erstes, daß die proletarische Partei, wie sie es im übrigen 1917 in Rußland getan hat, zwar klarstellt, daß die *unmittelbare Tragweite* der Revolution auf ökonomischem Gebiet in der Freilegung des Weges zur beschleunigten Entwicklung des *Kapitalismus* besteht. Aber sie nennt den Kapitalismus offen beim Namen und tauft ihn nicht mit dem Namen des Sozialismus, der in einem Lande, zumal einem rückständigen, unmöglich ist; und zugleich erklärt sie offen, daß es sich dabei um einen notwendigen Schritt *in Richtung auf die Abschaffung des Kapitalismus* handelt, d.h. des *Kapitals* und der *Lohnarbeit*, was die *Abschaffung des Marktes, des Warenaustausches und damit des Warencharakters der Produkte* voraussetzt. Die proletarische Partei steht in dieser Hinsicht in einem doppelten Gegensatz zur demokratischen Partei. Einerseits weil die demokratische Partei sich den Markt, das Kapital und den Lohn als ewig vorstellt; andererseits weil sie dem kleinen Kapitalisten, dem Bauern und dem Kleinhändler verlogenerweise verspricht, sie durch die illusorischen Mittel der "demokratischen" Kontrolle über den Staat und der Nationalisierung (im gegebenen Fall des ausländischen Kapitals) vor der Konkurrenz des Großkapitals zu schützen.

Dies bedeutet als zweites, daß die proletarische Partei, während sie für ein "nationales" Programm kämpft, zugleich offen erklärt, daß *ihr Ziel*

nicht die Nation und der nationale Staat ist. Im Gegenteil kämpft sie *gegen* die nationale und imperialistische Unterdrückung, *um* den Zeitpunkt des Zusammenstoßes zwischen den zwei feindlichen Klassen, die in der Nation enthalten sind, zu beschleunigen, eines Zusammenstoßes, der zur Errichtung des proletarischen Staates führen wird. Ebenso wie die Bolschewiki es getan haben, erklärt die Partei also, daß das Ziel dieses Staates die Vernichtung aller Staaten und das Verschwinden aller Nationen ist, wofür er sich auf die Tendenzen des Kapitals zur Internationalisierung der Gesamtheit der Produktion und des sozialen Lebens stützt. Auch in dieser Hinsicht steht die proletarische Partei daher in einem doppelten Gegensatz zur demokratischen. Einerseits weil für die demokratische Partei der nationale Staat eine Zielsetzung, ein Ideal und ein Prinzip darstellt; andererseits weil sie, weit davon entfernt, sich auf die fortschrittlichen Tendenzen des Kapitals zur Internationalisierung des sozialen Lebens zu stützen, im Gegenteil diesen Tendenzen die reaktionäre Schrulle einer "ökonomischen" und sogar "kulturellen Unabhängigkeit" entgegensetzen möchte.

Dies bedeutet schließlich, daß die proletarische Partei, wenn sie den bürgerlichen Klassen (Bourgeoisie, städtische Kleinbourgeoisie, nichtproletarisierte Bauernschaft) hilft, die feudalen und imperialistischen Hindernisse für die Verwirklichung der üblichen "demokratischen Forderungen" (die berühmten Rechte, die berühmte Gleichheit, die einheitliche und säkulare Republik usw.) zu beseitigen, zugleich genau wie die Bolschewiki behauptet, daß die Arbeiterklasse für diese Forderungen nur in dem Maße kämpft, in dem sie gegenüber der alten Gesellschaftsordnung revolutionär sind und dem Proletariat helfen, seine Reihen für die Eroberung der Macht *gegen die Bourgeoisie* zu stärken. Die an der Macht befindliche proletarische Partei wird gegen die Bourgeoisie ihre Diktatur ausüben, ihr alle politischen Rechte entziehen und sie mit der Überzeugungskraft der Waffen niederhalten. Auch in dieser Hinsicht steht die proletarische Partei im Gegensatz zur demokratischen: Denn für letztere ist die Demokratie ein Ideal, ein Selbstzweck und ein Prinzip. Sie verfolgt nicht die Zerstörung des bürgerlichen Staates, sondern seine demokratische Umgestaltung, um die breiteste Beteiligung der Bürger zu ermöglichen, da sie die utopische Idee vertritt, daß die "Volkssouveränität" alle Klassenkonflikte beseitigen und die Gesetze des Kapitals beherrschen wird. Das Proletariat vertritt im Gegenteil die Auffassung, daß *seine Klassendiktatur* notwendig ist, um die Gesetze des Kapitals durch Abschaffung der Produktionsverhältnisse, für die diese Gesetze gelten, *aufzuheben*. Das Proletariat weiß auch, daß mit der Zerstörung des alten Staates der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie entbrennt und daß es nicht hoffen kann, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, wenn es zu seiner Stärkung beiträgt. Dieser Staat ist von seiner Geburtsstunde an sein Feind, den es vom ersten Tag an bekämpfen muß.

Die Untersuchung dieser drei Schlüsselfragen, in denen sich Demokratie und Kommunismus unterscheiden, zeigt sehr klar, daß das Programm der

Fedajin ein demokratisches und kein proletarisches Programm ist.

Erstens: Der "Programmwurf" leistet nirgendwo eine Kritik an der Warenproduktion. Die Kritik am Kapitalismus betrifft nur die "Auswüchse des Kapitalismus", die sich in der Form des Imperialismus und seiner "inneren Verbündeten" darstellen. Dies ist auch der Grund, weshalb der "Entwurf" kein Interesse für spezifisch proletarische Forderungen zeigen kann, es sei denn auf eine Art und Weise, die die Interessen des "Volkes" und der "nationalen Wirtschaft" nicht beeinträchtigt.

Zweitens: Der verfochtene Kampf gegen den Imperialismus hängt mit dem Mythos der "ökonomischen Unabhängigkeit" eng zusammen. Wie kann man aber die "ökonomische, politische, militärische und kulturelle Herrschaft des Imperialismus und seiner inneren Verbündeten" *im Iran allein*, und ohne den Kapitalismus überhaupt zu zerschlagen, vernichten? Der Kampf gegen die politischen Pri-

vilegien des Imperialismus ist ein fortschrittlicher und revolutionärer Kampf, und in diesem Rahmen kann die Nationalisierung des ausländischen Kapitals sich als nützlich erweisen. Wenn aber das nationale Programm über diesen "negativen" Aspekt hinausgeht, um sich in ein Programm nationaler Entwicklung auf ökonomischer und kultureller Ebene zu verwandeln, dann ist man auf dem Boden eines spezifisch bürgerlichen Programms gelandet, das das Proletariat im Namen der Internationalisierung der Produktion und selbst des Kulturlebens, dieser unbestreitbaren Grundlage des Kommunismus, *bekämpfen muß*.

Drittens: Die Demokratie wird sehr wohl als ein Ideal dargestellt, denn der Kampf um diese Forderung wird nicht der Zerstörung der alten Staatsmaschinerie *unterstellt*. Selbst wenn sie das Wort sicherlich nicht benutzen, so glauben die Fedajin, diese Staatsmaschinerie durch eine einfache Erweiterung der formalen Freiheiten in der Verwaltung wie in der Armee *reformieren* zu können.

Der Iran in der marxistischen Perspektive

Um den *programmatischen* wie *prinzipiellen* Unterschied zwischen Demokratie und Kommunismus hervortreten zu lassen, haben wir bis jetzt im Einklang mit den Auffassungen der Fedajin unterstellt, daß wir es im Iran mit einer klassischen demokratischen und antiimperialistischen Revolution zu tun haben, kurz daß sich vor uns Ereignisse abspielen, die denjenigen von 1949 in China, 1954-1962 in Algerien oder auch 1975 in Angola vergleichbar wären. Natürlich darf man die bürgerliche Revolution nicht als einen einmaligen Akt auffassen. Sie ist ein mehr oder weniger langer Prozeß, in dessen Verlauf der bürgerliche Staat seine vollendete Gestalt annimmt und die verschiedenen bürgerlichen Klassen und Schichten ihre historische Aufgabe - egal, ob gut oder schlecht - erfüllen. So bedurfte die Bourgeoisie in Frankreich nach der Großen Revolution von 1789 noch der revolutionären "Vervollständigungen" von 1830, 1848 und 1870, wengleich das Proletariat jedesmal versuchte, diese Ereignisse auszunutzen, um seinen eigenen Interessen Geltung zu verschaffen, ja sogar die Macht zu erobern und selbst die Aufgaben zu übernehmen, die die Bourgeoisie noch nicht erledigt hatte.

Diese historische Entwicklung kann aber, vor allem bei den Bourgeoisien, die *spät kommen*, beträchtlich verkürzt werden. Dies hatten Marx und Engels 1848 für das "rückständige" Deutschland erwartet. In Verbindung mit der für Frankreich und England erwarteten "reinen" proletarischen Revolution sollte das Proletariat hier die *Taktik* der Revolution *in Permanenz*, der *doppelten* Revolution, anwenden, um selbst die Macht zu erobern; bliebe dieser proletarische Sieg aus, so würde der Bourgeoisie die Aufgabe zufallen, neue, historisch fortschrittliche "Reformen" durchzuführen. Wenn das Proletariat 1848 in Europa auch scheiterte, so führte diese Taktik 1917 in Rußland doch *teilweise* zum Erfolg. Auf der Welle einer verspäteten bürgerlichen Revolution überannte das Proletariat historische Etappen, um die *Macht zu übernehmen* und im Inneren Aufgaben zu erledigen, die auf *ökonomischer Ebene bürgerlich* waren, und nach außen die proletarische Re-

volution zu propagieren. Der proletarische Sieg in Europa mit seinem hochkapitalistischen Produktionsapparat hätte es erlaubt, in Rußland den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zu Leibe zu rücken und *zum Sozialismus überzugehen*. Dieser zweite und wesentliche Teil der bolschewistischen Perspektive einer doppelten Revolution hat sich nicht erfüllt. Rußland blieb isoliert, und die Partei hatte nicht die Kraft, den übermächtigen und vereinten Kräften des Feindes standzuhalten. Daraus folgte ein Rückgang des russischen Staates von einer proletarischen Festung zu einem "gewöhnlichen nationalen Staat", zu einem kapitalistischen und bürgerlichen Staat. So mußte die russische Revolution alle Hoffnungen einer doppelten Revolution aufgeben, um sich nach zehn Jahren einer beispiellosen revolutionären Umwälzung letzten Endes als eine *einfache* Revolution zu festigen.

Im Iran ist das Proletariat als selbständiger Faktor nicht vorhanden und ein siegreicher Oktober ist heute daher nicht denkbar. Stellen nun die Ereignisse im Iran eine Revolution vom Typus 1789 oder vom Typus Februar 1917 dar? Im Frankreich des 18. Jahrhunderts stellte der Kampf vor allem die Bourgeoisie und an deren Seite die Volksmassen von Stadt und Land dem Adel und dem Klerus, die sich auf die Monarchie stützten, gegenüber. In Rußland zu Beginn unseres Jahrhunderts sollten sich die Bauernschaft und die in einer bürgerlichen Umwandlung begriffenen Feudalklassen die große soziale Schlacht liefern. Dem Proletariat fiel die Aufgabe zu, diese Schlacht radikal zu führen. Der imperialistische Krieg verlieh dann dem Antagonismus zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein größeres Gewicht als ursprünglich vorgesehen und machte aus der russischen Revolution tatsächlich den Auftakt der kommunistischen Weltrevolution.

Bei unserer Betrachtung der Lage, in der sich der Iran 1978 befand, mußten wir feststellen, daß infolge der vom Staat mit Hilfe des Imperialismus durchgeführten "weißen Revolution" das politische Gewicht der alten Klassen von

Grundbesitzern feudalen Typus in dasjenige einer korruptierten Großbourgeoisie von Geschäftemachern aufgegangen war. Diese konnte als Gegenleistung für die ökonomischen (Erdöl), militärischen und selbst politischen Privilegien, die sie dem Imperialismus eingeräumt hat, den Staat ausplündern. Vom Standpunkt der Beziehungen der bürgerlichen Flügel zueinander entstand eine Lage, die ein Mittelding zwischen der Situation in Frankreich unter der Julimonarchie und dem Empire darstellte (14).

Zugleich konnte man feststellen, daß die Proletarisierung der Bevölkerung unvergleichlich weiter gegangen war, als 1917 in Rußland und daß die Arbeiterklasse viel zahlreicher war, obwohl sie infolge der allgemeinen historischen Bedingungen in einer schrecklichen politischen Rückständigkeit gefangen blieb, was auf keinen Fall vernachlässigt werden darf. Und schließlich waren die tiefgreifenden Ursachen für den Aufbruch der Arbeiterklasse und der proletarisierten Massen im Iran nicht allein im *Mangel* an kapitalistischer Entwicklung und im Gewicht der Überreste alter sozialer Verhältnisse zu suchen, sondern in viel höherem Maße darin, daß die gesamte Gesellschaft in den Strudel einer *erweiterten Akkumulation des Kapitals* gestürzt worden war. Dabei befinden sich die jungen kapitalistischen Länder angesichts der Konkurrenz der imperialistischen Metropolen in einer benachteiligten Lage und weisen dementsprechend in der Industrie und mehr noch in der Landwirtschaft eine Tendenz zur Marginalisierung auf, insbesondere nach Ausbruch der zyklischen Weltkrise des Kapitalismus, die sich auf die peripheren Länder in verstärktem Maße auswirkt. Die noch verbleibenden alten sozialen und politischen Verhältnisse, namentlich die politischen Privilegien des Imperialismus und das exorbitante ökonomische Gewicht des Hofes gewinnen dadurch einen besonders unerträglichen Charakter. Und dasselbe gilt auch für die Blutgesetzgebung der unter der Fuchtel des Imperialismus durchgeführten ursprünglichen Akkumulation, die sich auf dem Lande wie in den Fabriken auf althergebrachte Methoden des "asiatischen Despotismus" stützte.

Doch alle diese besonderen historischen Bedingungen machten aus dem Staat zugleich in gewisser Hinsicht ein stark zentralisiertes und modernes Instrument, das einen Vorsprung im Vergleich mit der sozialen Entwicklung der bürgerlichen Klasse aufwies. Wird diese Bourgeoisie - trotz ihrer angeborenen Schwäche - unter dem Druck der Revolte der Arbeiterklasse, der plebejischen Massen und von Flügeln der Kleinbourgeoisie in die Lage versetzt und dazu getrieben, mit den politischen Privilegien des Imperialismus zusammenzustoßen, so zeigt sie dann zugleich, daß sie vielmehr der *soziale Komplize* und weniger der ökonomische Konkurrent dieses Imperialismus ist. Und nichts ist ihr unentbehrlicher, als die Maschinerie des Staates, um den unterdrückten Klassen und insbesondere dem Proletariat, das sich schneller und auf breiterer Grundlage als sie selbst entwickelt, gegenüberzutreten zu können.

"Wir haben gesehen - schrieb Engels 1865 -, daß Bourgeoisie und Proletariat beides Kinder einer neuen Epoche sind, daß sie beide in ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit darauf hinarbeiten, die Reste des aus früherer Zeit überkommenen Ge-

rümpels zu beseitigen. Sie haben zwar unter sich einen sehr ernsten Kampf auszumachen, aber dieser Kampf kann erst ausgefochten werden, wenn sie einander allein gegenüberstehen. Erst dadurch, daß der alte Plunder über Bord fliegt, wird 'klar Schiff zum Gefecht' gemacht - nur daß diesmal das Gefecht nicht zwischen zwei Schiffen, sondern am Bord des einen Schiffs zwischen Offizieren und Mannschaft geschlagen wird" (15).

Wenn aber der unbezwingbare Ausbruch der sozialen Bewegung alle Klassen der iranischen Gesellschaft mit der Notwendigkeit konfrontierte, den Pfauenthron über Bord zu werfen, so hatte dieses gemeinsame Ziel keineswegs denselben Inhalt und dieselbe Bedeutung für die verschiedenen sozialen Klassen und vor allem nicht für die zwei grundlegenden Klassen, für das Proletariat und die Bourgeoisie.

Das Proletariat wurde durch eine Welle ökonomischer Kämpfe (16) spontan dazu geführt, unmittelbare politische Forderungen nach einer größeren Bewegungsfreiheit gegen die Kapitalisten aufzustellen (Presse- und Versammlungsfreiheit, Freiheit, sich außerhalb der Kontrolle durch den Staat und die Staatsgewerkschaften zu organisieren). Damit wurde das Proletariat gezwungen, dem Polizei- und Militärapparat des Schah entgegenzutreten, und diese Forderungen fanden in den Losungen der Auflösung des Savak, der Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Freilassung der politischen Gefangenen ihren Ausdruck. Das Selbstverständnis der Bewegung wurde zwar durch die nationalen wie internationalen geschichtlichen Umstände bedingt und konnte die naive Vorstellung einer "Einheit des Volkes" gegen den Schah als Agenten des Auslands und den Despotismus des Savak und der Bürokratie nicht überwinden. Dies zählt in diesem Zusammenhang aber wenig, denn *in den Tatsachen* konnte die Beseitigung des Schah, die in der rücksichtslosen Parole "Tod dem Schah" zum Ausdruck kam, für die Arbeiterklasse keine andere *wirkliche* Bedeutung haben als diejenige des Symbols eines viel breiteren Kampfes, des Kampfes gegen die grausame Unterdrückung durch ein Regime, das die alten Reste des Despotismus in den Dienst einer nicht mehr allein ursprünglichen, sondern bereits erweiterten Akkumulation des Kapitals stellte und das Gewicht des regionalen Polizisten der imperialistischen Ordnung auf der ganzen Gesellschaft lasten ließ. Und zugleich stellte sie nicht einen Schlußstein ihres Kampfes dar, sondern nur die Möglichkeit, sich eine größere Bewegungsfreiheit, einen größeren Freiraum für den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu erobern.

Für die Bourgeoisie, aber auch für breite Teile der Kleinbourgeoisie hatte die "Beseitigung" des Schah selbstverständlich eine ganz andere Bedeutung. Für sie konnte es nur darum gehen, eine bestimmte Politik des Staates zu ändern, die Landwirtschafts- und Erdölpolitik umzuorientieren und die politischen Privilegien des amerikanischen Imperialismus mit ihrem Gefolge von Korruption, Verschwendung, Militärlast, unerträglichem Konkurrenzdruck, unhaltbarer Einnengung des internationalen Spielraums abzuschaffen. Der Grund hierfür liegt darin, daß der Staat selbst schon weitgehend bürgerlich ist, daß die unter der Schirmherrschaft des Imperia-

lismus nacheinander durchgeführten Reformen diesen Staat bereits zu einem Instrument gemacht hatten, das mindestens *theoretisch* den ökonomischen und sozialen Bedürfnissen nicht allein der Finanz-, sondern auch der Industriebourgeoisie (die übrigens in mehr oder weniger großem Maße mit dem Staatskapital, dessen Gewicht alles überragt, verstrickt ist) entspricht. Kurz und gut die "Abreise des Schah" war für sie nicht der Ausgangspunkt eines revolutionären Prozesses, der alle Klassen und Klassenflügel nacheinander vor ihre politische Verantwortung stellt, sondern der *Endpunkt* der bürgerlichen Umgestaltung des Staates, die *liberale* Ergänzung oder, wie man auch sagen könnte, die *Volkslegitimation* der unter dem Schah durchgeführten kapitalistischen Revolution von oben (17).

Es ist noch schwierig, eine vollkommene Entsprechung zwischen Parteien und sozialen Klassen zu finden, denn der politische Kampf zwischen den verschiedenen bürgerlichen Flügeln ist zweifellos noch nicht zu Ende, und die Bourgeoisie sieht sich gezwungen, ihre politischen Parteien vor dem Hintergrund einer mächtigen sozialen Bewegung zu bilden und sich angesichts der Schwächung des Staatsapparates direkt auf den Islam zu stützen. Doch ist die Nationale Front ein guter Ausdruck dieser sozialen Kraft in allen ihren Schattierungen (ausgenommen vielleicht die linke kleinbürgerliche Demokratie) und ein Symbol ihrer nicht zu überbietenden politischen Feigheit.

Der berüchtigte Bakhtiar, der unter dem Schah im Gefängnis gewesen war, wurde zwar aus der Nationalen Front ausgeschlossen, sein Experiment eines "konstitutionellen Übergangs" (der Schah sollte als Monarch bleiben, ohne zu regieren) war aber nur die letzte Konsequenz einer der traditionellen politischen Perspektiven der Front. Sandjabi, der Parteiführer und später vorübergehend Außenminister der provisorischen Regierung, sprach selbst nach Verhängung des Ausnahmezustands von einem Beibehalt der Monarchie. Erst das Überhandnehmen der Massenbewegung führte die Nationale Front dazu, Bakhtiar zu desavouieren und die Monarchie (wie es übrigens auch die Amerikaner taten) fallen zu lassen, um sich Khomeini anzuschließen (18).

Die mittlere und kleine Industrie-, Handwerks- und Handelsbourgeoisie, die unter dem Druck der imperialistischen Privilegien und des Staatskapitals erstickte, spielte eine wichtige Rolle im Kampf gegen die "Regierung des Auslands". Ihre Bestrebungen konnten aber nicht über die Beseitigung der ihr verhaßten Aspekte des Staates, insbesondere der direkten Verquickung mit den USA, hinausgehen (19). Der schiitische Klerus war mit ihr eng verbunden; er bildete außerdem die einzige unter dem Schah (wohlweislich) tolerierte Opposition. Aus diesem Grunde konnte und mußte er als Ersatz für eine schlagkräftige politische Partei auftreten, sich als erster zu einer zwar noch undifferenzierten (erst später haben sich verschiedene Flügel zu getrennten Parteien gebildet), aber einflußreichen politischen Partei formieren. Dies war aber nur möglich, weil eine Minderheit von Mullahs und Ayatollahs wie Taleghani und Khomeini schnell verstand, daß der Schah gehen mußte (20), allerdings im Laufe eines friedlichen Machtwechsels, mit einem Minimum an Verlust von Festigkeit des Staates.

Was haben aber die "Basaris" anderes getan, als durch die Vermittlung der schiitischen Hierarchie sich mit den authentischsten Vertretern der erzreformistischen Bourgeoisie und mit den "übergelaufenen" Militärmachthabern und Persönlichkeiten des alten Regimes zu vereinigen, um mit ihnen den islamischen Revolutionsrat zu bilden, in dem Bazargan (und zwar zeitweilig auch als Regierungschef) das Bindeglied zwischen den verschiedenen Flügeln bildet? (21)

Allen diesen Herrschaften kam der Volksaufstand vom Februar 1979 in die Quere. Sie konnten ihn trotz der verschiedenen politischen Manöver nicht verhindern. Sie konnten daher auch nicht verhindern, daß einerseits die unterdrückten Massen im allgemeinen und das Proletariat im besonderen *durch den Aufstand* das Maximum an Bewegungsfreiheit eroberten, das unter den gegebenen Bedingungen möglich war, und daß andererseits die soziale Bewegung die Armee ergriff und zu zersetzen begann. Die Aufgabe, die sie seitdem erfüllen, ist eine Fortsetzung ihrer vorherigen Politik unter diesen neuen Bedingungen. Es geht einerseits darum, den Bestand der Staatsmaschinerie (22) und die möglichst schnelle und reibungslose Wiedereingangssetzung der Produktion zu sichern, andererseits der Arbeiterklasse den Raum wieder abzuschneiden, den sie durch den Aufstand gewonnen hat. Wenn die ganze iranische Bourgeoisie gezwungen wurde, den Schah, diesen Teil des "alten Gerümpels", über Bord zu werfen, so bedient sie sich des Islam, der islamischen Demagogie wie der islamischen Mobilisierung und Organisation einer konterrevolutionären Garde, um diese Aufgaben zu bewältigen (23).

Gerade diese Konstellation eines trotz Flügelkämpfen und taktischen Unterschieden gemeinsamen Auftritts der gesamten herrschenden Klasse im Iran, um die grundlegenden Aufgaben der Kon-servation zu erledigen, bestärkt die Linken in ihrer idiotischen Illusion, den einen oder anderen Flügel mit antiimperialistischem oder demokratischem Anstrich für sich "abzukoppeln" und ausnutzen zu können. Damit erweist sich, daß die iranische Bourgeoisie ihre Aufgabe, zumal wenn man ihre soziale Rückständigkeit bedenkt, ausgezeichnet erfüllt. Sie treibt unter den gegebenen Bedingungen ein parlamentarisches Spiel und verfügt in der Machtsphäre selbst jeweils über eine scheinbare Alternative, mit der sie die Linken an sich bindet und die als Reservemannschaft parat ist.

Was die Kontinuität des mit Volksfarben lackierten Staats bedeutet, haben die Arbeiter, Arbeitslosen, Bauern und nationalen Minderheiten inzwischen reichlich am eigenen Leib spüren können. Und dieser Staat bedient sich nach wie vor der Reste des alten Despotismus. Dadurch wird erneut bestätigt, daß diese nur durch die Vernichtung des vorhandenen *bürgerlichen Staates* radikal ausgemerzt werden können. Es kann aber nicht darum gehen, auf den Trümmern dieses Staates einen moderneren oder demokratischeren nationalen Staat, sondern die Klassendiktatur des Proletariats aufzubauen. Denn, was bewiesen die Ereignisse im Iran anderes, als gerade daß auch dort das Proletariat inzwischen die einzige Klasse ist, die die Geschichte vorwärtstreiben kann? Noch direkter ergibt sich diese Perspektive aus den Bedürfnissen der sozialen Be-

wegung der letzten Jahre. Die Tatsache, daß eine mächtige Welle von Arbeiterkämpfen mit ihren unmittelbaren ökonomischen und politischen Forderungen aufgrund der vorherrschenden historischen und politischen Bedingungen dem demokratischen Kampf unterworfen werden konnte, führte zu keiner "Lösung", sondern zum Engpaß. Die Regierung Khomeini-Bazargan mußte mindestens am Anfang gewisse ökonomische Zugeständnisse an diese Bewegung machen. Diese Zugeständnisse sind zwar dazu angetan, den Basar gegen die Arbeiterklasse in Kampfstellung zu bringen, ihrer Natur nach reichen sie jedoch keineswegs aus, um die Arbeiterklasse zu beruhigen, zumal diese zunehmend mit dem Staat, dem Klerus und den islamischen Milizen, die sie angreifen, zusammenstößt. Es ist also klar, daß diese Bewegung, selbst wenn sie heute dem Feind erliegen sollte, zwangsläufig wieder entstehen und wachsen wird, um schließlich die Klammern der nationalen und religiösen Solidarität zu sprengen.

Der Iran steht inmitten eines geohistorischen Gebietes, das von tiefen revolutionären Umwälzungen erschüttert wurde. Diese Erschütterungen - die russische Revolution von 1905, die Oktoberrevolution, die antikoloniale Welle nach dem 2. Weltkrieg - übertrugen sich auf den Iran, doch trafen sie hier keine soziale Kraft, die gegenüber der repressiven Übermacht des Staates im Verbund mit dem Imperialismus die Erfordernisse einer antifeudalen Revolution hätte durchsetzen können. Die Folge war unter Reza Khan und seinem Sohn, daß der Staat die Bewegungen niederschlug, um sich in der Folge selbst im bürgerlichen Sinne zu modernisieren. Auf die soziale Sprengkraft, die sich Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre aufhäufte, reagierte der Staat, bzw. der Imperialismus vorbeugend mit der "weißen Revolution". Ein charakteristischer Zug des Iran liegt gerade darin: Durch einen unvergleichlichen Terror, der dann durch eine beispiellose Korruption dank der Erdölrente ergänzt wurde, konnte der soziale Ausbruch, zu dem die Bedürfnisse einer antifeudalen Revolution führen, bis zu einem Zeitpunkt verzögert werden, zu dem die von oben durchgeführte bürgerliche Revolution die Gesellschaft bereits so weit transformiert hatte und andererseits die Radikalisierungszeichen der Bewegung der proletarisierten Massen und an erster Stelle der Arbeiterklasse sich bereits so weit äußerten, daß die Bourgeoisie und hinter ihr die Kleinbourgeoisie (bis einschließlich der mittleren Bauernschaft) im wesentlichen nicht mehr fähig sind, die Geschichte voranzutreiben.

In dieser Hinsicht ist es sehr bezeichnend, daß die radikalen und Guerrillagruppen im Iran sich ihre politischen Waffen im Milieu einer PLO schmiedeten, die, nachdem ihr Fatah-Flügel die palästinensisch-jordanischen Massen verraten hatte, sich seit 1976 - und zwar alle ihre Flügel - im Libanon zum Agenten der politischen und materiellen Entwaffnung der kämpfenden Massen machte, um heute die Säule der Wiederherstellung des libanesischen Attrappenstaates, den man sich konterrevolutionärer nicht vorstellen kann, zu bilden.

Die "iranische Revolution" ist auf der *Grenzscheide zweier Epochen*. Sie kommt zu spät, um eine echte revolutionäre Vervollständigung der bürgerlichen Umwälzung zu sein, zugleich kommt sie aber auch zu *früh*, insofern die Arbeiterklas-

se noch nicht imstande ist, die unmittelbare Notwendigkeit der Ausmerzung des feudal-imperialistischen "alten Plunders" mit der Auflösung des neuen und wachsenden Antagonismus zu verbinden, eines Antagonismus, der diesmal die Arbeiterklasse und hinter ihr die proletarisierten Massen von Stadt und Land in Verbindung mit dem internationalen Proletariat gegen das Kapital, die nationale Bourgeoisie, die bestehende lokale Ordnung und den Imperialismus stellt.

Gerade hier liegt der wahre Grund für den Eindruck einer schrecklichen Vergeudung sozialer Energien, den die tragischen Ereignisse des Iran immer wieder erwecken. Die Arbeiterklasse geht heute aus einer Epoche tiefster Konterrevolution hervor, die mit dem Stalinismus eng verbunden ist und über fünfzig Jahre dauerte. Für jedes auch winzige Stück Boden, das sie erobert, für jeden Schimmer einer Lehre, die sie im Feuer des wirklichen Gefechtes erlernt, muß sie furchtbar teuer zahlen. Doch trotz des hohen Preises wird sie wieder als revolutionäre Klasse entstehen.

Unserer Ansicht nach ist es also völlig falsch, die großartigen historischen Ereignisse, die mit den "Februartagen" nicht allein einen ersten Gipfel erreichten, sondern vielmehr einen Startschuß erhielten, in eine banale demokratische und antiimperialistische Perspektive hineinzwängen zu wollen, selbst wenn daraus unmittelbar nur diese merkwürdige Mißgeburt der "islamischen Republik" hervorging. Die Kräfte, die sich hinter diesem so ordinären wie monströsen äußeren Schein in Bewegung gesetzt haben und die Gegensätze, die hinter ihm heranreifen, führen in eine ganz andersartige und in der Tat leuchtende *Zukunft*. Von einer proletarischen Lösung für die Tragödie, die sich vor unseren Augen abspielt, sind wir selbstverständlich noch weit entfernt. Aber nur die Theoretiker des sofortigen Sieges, nur wer die Revolution, die ja eine materiell bestimmte Erscheinung ist, durch einen Willensakt ersetzen möchte, kann darin eine Verurteilung unserer Perspektive sehen.

Die proletarische Lösung kann nur vorbereitet werden, wenn man in den Kämpfen der Gegenwart für die vollkommene Klassenunabhängigkeit des Proletariats, für seine *unnachgiebige und eindeutige Opposition gegen den bestehenden Staat* und jede heutige oder spätere Regierung eintritt. Nur durch einen Kampf, der gegen den bürgerlichen Staat gerichtet ist, und nur mit Gewalt kann das Proletariat diesen Regierungen Zugeständnisse entreißen.

Die sozialen Kämpfe, die unausbleiblich aufeinander folgen werden, werden die unmittelbaren wie historischen politischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse deutlich hervortreten lassen und zur Bildung einer Avantgarde der Klasse führen. Den Kampf um die Macht wird das Proletariat jedoch *wie überall* nur führen können, wenn sich diese Avantgarde auf der Grundlage des kommunistischen Programms organisiert, und dies setzt eine lange Parteivorbereitung voraus. Politische Krisen wie die heutige können äußerst nützlich für das Proletariat sein. Hierfür muß es aber seine eigenen Forderungen stellen, muß es durch Einsatz seiner Klassenkraft diese Krisen ausnutzen, um sich im Kampf gegen die verschiedenen

bürgerlichen Klassen und Flügel und gegen den Staat *die größte Bewegungsfreiheit* zu sichern, seine Organisationen für den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital und seine Partei zu stärken, sich zu stählen und somit die Bedingungen für den Endsieg vorbereiten zu können.

Selbst wenn diese Lösung nicht in naher Zukunft liegt, so scheint uns, daß heute bessere Bedingungen als in der Vergangenheit heranreifen, um sich ihr anzunähern. Zunächst weil die tiefe soziale und politische Krise im Iran so eng mit der internationalen Krise des Kapitalismus zusammenhängt, daß sie unweigerlich eine weitere Vergrößerung des Proletariats und des proletarisierten und verelendeten Teils der Bevölkerung zur Folge haben wird, und für diese wachsende Verelendung kann es keine andere Lösung geben als die Zerschlagung des Kapitalismus. Zweitens weil die Arbeiterklasse als einzige imstande ist, nicht nur für diese Lösung zu kämpfen, sondern auch alle unmittelbaren politischen Probleme revolutionär zu erledigen, was sich im Laufe des eröffneten Kampfzyklus immer deutlicher erweisen wird. Und schließlich weil die iranische Arbeiterklasse wie die Arbeiterklasse des ganzen Nahen Osten infolge ihrer Stellung im Produktionsprozeß (man denke allein an die Erdölwaflle, die *letztendlich* in ihren Händen liegt) und des auf ihr lastenden Gewichts einer zwei- und dreifachen Ausbeutung und Unterdrückung dazu gezwungen ist, ihren Kampf in eine internationale Perspektive zu stellen und die Hilfe des Proletariats der großen imperialistischen Zentren zu suchen, während dieses Proletariat seinerseits aus dem Aufbruch des jungen Proletariats des Nahen und Mittleren Osten nur profitieren kann und gezwungen ist, dessen Unterstützung für den gemeinsamen Kampf zu suchen.

Und gerade deshalb, gerade damit diese Bedingungen so schnell wie möglich Früchte tragen, muß die kommunistische Partei in ihrer Arbeit und in ihrer internationalen Entwicklung den theoretischen, geschichtlichen, politischen und taktischen Problemen, denen die proletarischen Massen dieses Gebietes in ihrem mutigen und extrem schwierigen Kampf gegen das weltweite imperialistische Monster gegenübergestellt werden, ihre ganze Aufmerksamkeit widmen.

o o

Wenn die Beteiligung der unterdrückten Kleinbourgeoisie der riesigen sozialen Explosion den ausgesprochenen Charakter einer Volksbewegung verleiht, so erfolgt diese soziale Explosion unter dem Antrieb einer seit acht Jahren aufsteigenden Welle von Arbeiterkämpfen, deren Schwung sich allmählich auf die proletarisierten und plebejischen Massen übertrug, um schließlich vor dem Hintergrund der internationalen Krise und ihrer verheerenden Folgen auf die peripheren kapitalistischen Länder die ganze Gesellschaft in Stadt und Land zu ergreifen. Die heutige soziale Bewegung im Iran, deren Zusammenstoß mit dem alten Regime unter obigen Bedingungen unvermeidlich war, wird, wie wir gesehen haben, durch diese Wechselbeziehung gekennzeichnet.

Dies muß sich natürlich im Bewußtsein, das die Bewegung von sich selbst hat, widerspiegeln, vor allem bei den Guerrillagruppen. Sie erkennen

wohl in der Arbeiterklasse die mächtigste soziale Kraft, sie stellen aber Forderungen in den Vordergrund, die, gerade weil sie den *gemeinsamen Nenner* aller Klassen des "Volkes" darstellen möchten, die Interessen jener Klassen zum Ausdruck bringen, die mitten im Graben, der die geschichtlich antagonistischen Klassen trennt, stehen, d.h. die Interessen der kleinbürgerlichen Klassen und Schichten.

Einige dieser Gruppen - und dies ist bei den Fedajin, deren Programm wir hier kurz erörtert haben, sehr wahrscheinlich der Fall - können wohl einen gewissen Radikalismus der Bauernmassen zum Ausdruck bringen. Sie können sogar - mindestens durch ihre äußersten Flügel - die Kampfbereitschaft der Arbeiter- und plebejischen Massen von Stadt und Land sowie der ins Fahrwasser dieser Massen hineingezogenen kleinbürgerlichen Schichten widerspiegeln.

Der Grund hierfür liegt darin, daß die nationalen wie internationalen politischen Bedingungen, die die Bewegung umgeben, diesen radikalisierten Teilen noch nicht erlaubten, ein Programm zu überwinden, das, wie wir zu zeigen versuchten, die typische Auffassung der Kleinbourgeoisie reproduziert. Diese möchte die Geschichte auf ihrer bürgerlichen Entwicklungsstufe aufhalten und zugleich den Staat dazu verleiten, durch Reformen einen sauberen und idealisierten Kapitalismus einzuführen. Dabei liegt die Aufgabe der Massen lediglich darin, diese Reformen - notfalls mit Gewalt - zu unterstützen. Diese Auffassung ist im Fall des Iran besonders verheerend, denn der iranische Staat ist mit den Traditionen der Unterdrückung und Repression viel zu verwachsen, als daß er im Sinne der Interessen der Massen auch nur im geringsten ernsthaft reformierbar wäre.

Solche Programme sind vollkommen außerstande, die revolutionäre Energie der proletarischen Massen und jener Teile von kleinbürgerlichen Schichten, die sie zwangsläufig hinter sich herziehen, auf ein positives Ergebnis hinzuleiten. Da sie den Kompromiß mit der Bourgeoisie und ihrem Staat, denen sie eine noch "progressive" demokratische und antiimperialistische "geschichtliche Mission" unterstellen, verfechten, sind sie allerdings durchaus dazu beschaffen, diese Massen zu lähmen und wehrlos den tödlichen Schlägen ihrer Feinde, des nationalen Staates und seiner imperialistischen Meister, auszuliefern.

Die politische Erscheinung von Guerrillagruppen wie den Fedajin zeigt also nicht allein die schrecklichen Grenzen des kleinbürgerlichen Demokratismus, sondern zugleich auch *die dringende Notwendigkeit der Verankerung der proletarischen Klassenpartei*. Nachdem es durch die stalinistische Konterrevolution jahrzehntelang von der Bühne der Geschichte entfernt wurde, muß das Proletariat heute mehr denn je die historische Initiative *für sich allein* beanspruchen. Und dies gilt nicht nur für die imperialistischen Zentren und die Gebiete des entwickelten Kapitalismus, sondern ebenso für jene Gebiete, in denen die nach dem zweiten Weltkrieg sich ausbreitende Welle der antiimperialistischen Bewegung ihren Abschluß findet und die ganze Gesellschaft inzwischen allein durch das Werk der proletarischen Klasse wirklich fortschrei-

ten kann. Nur das Proletariat kann die Nationalitäten- und die Agrarfrage lösen, die im Dienste der kapitalistischen Ausbeutung stehenden feudalen Überbleibsel beseitigen und vor allem die städtischen wie ländlichen Massen vor dem Elend, in das sie infolge der kapitalistischen Weltkrise tagtäglich tiefer hineinstürzen, schützen. Es kann diese besonderen Aufgaben jedoch nur erfüllen, wenn es sich darauf vorbereitet, die Macht für sich selbst zu erobern.

Entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Einen Mittelweg gibt es nicht. Die aus der Kleinbourgeoisie stammenden Revolutionäre werden in immer wachsendem Maße dieser Wahl gegenübergestellt werden: Entweder ordnen sie sich der Bourgeoisie und dem Imperialismus unter, oder sie stellen sich auf den Standpunkt des Proletariats und seiner Partei, auf den Standpunkt der kommunistischen Weltrevolution.

Anmerkungen:

(1) Außer den zwei ersten Teilen dieser Reihe, die in den Nummern 20 (Dezember 1978) und 21 (März 1979) dieser Zeitschrift erschienen sind, siehe auch die Artikel im "Proletarier" Nr. 2, Januar 1979, und Nr. 5, September 1979. Obwohl wir versucht haben, wie schon dem zweiten, auch diesem dritten Teil einen in sich abgeschlossenen Charakter zu geben, müßten die zwei ersten Teile für ein klares Verständnis unserer Gesamteinschätzung der sogenannten "iranischen Revolution" hinzugezogen werden.

(2) Trotz der verschiedenen Flügelkämpfe und Umbesetzungen des Kabinetts sind in dieser Regierung alle Bestandteile der iranischen herrschenden Klasse vertreten. So ist Bazargan nach der Verschärfung der Beziehungen zu den USA infolge der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft zwar aus der Regierung zurückgetreten, gehört aber nach wie vor dem Revolutionsrat an.

(3) Solange der Khomeinismus noch nicht "lanciert" und systematisch verankert war, genossen die Fedajin selbst unter den erklärten Muslimen und den reichen Basaris eine große Popularität, obwohl es bekannt war, daß sie "marxistisch" sind (siehe Interview eines Fedajin mit "Le Quotidien du Peuple" vom 21.3.1979). Es ist klar, daß nach dem Sturz des Schah alle besitzenden Klassen sich gegen die "gottlosen" Fedajin verbündeten, die für sie objektiv ohnehin nur die Rolle von "nützlichen Idioten" erfüllen konnten. Eine der Rollen des für unsere "Linken" so schwer zu deutenden Islam, auf die wir noch zurückkommen werden, bestand übrigens gerade darin, den radikal-nationalistischen und islamischen Flügel der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie an die erzreformistischen Bourgeois und die "Überläufer" des alten Regimes zu binden.

(4) Siehe hierzu auch "Klassenunterdrückung, Frauenunterdrückung, Nationalitätenunterdrückung im Iran: Die 'islamische Revolution' läßt ihren Schleier fallen" in "Proletarier", Nr. 5. Laut "Le Monde" vom 14.8.1979 sollen die Netze des CIA, des israelischen Mossad und des Savak "nach einer vor allem unter den Offizieren sehr verbreiteten Meinung noch fast unangetastet sein". So mußte auch ein linkes Mitglied der Nationalen Front wie Ahmad Faroughi in einem Interview mit "Le Quotidien du Peuple" vom 23.3.79

das iranische Sprichwort zitieren: "Durch Abschneiden des Kopfes tötet man den Wurm nicht". Indes ist es eine allgemeine Einschätzung der linken iranischen Gruppen, daß die islamischen Schlägertrupps unter Mitwirkung des CIA ausgebildet und auf Vordermann gebracht wurden.

(5) Wir zitieren nach einer Broschüre in französischer Sprache vom 1. Mai 1979 ("Quelques points de vue à propos des problèmes de la révolution iranienne"). Hier ist namentlich der Programmentwurf vom 14. Februar 1979 "Une partie du projet minimum de l'OGFPI à propos des responsabilités du gouvernement provisoire révolutionnaire" enthalten, den wir im Text mehrmals zitieren.

(6) Siehe die Notiz "Iran: Für die Revolution braucht man die Partei", in "Proletarier" Nr. 3, März 1979.

(7) Interview mit "Le Quotidien du Peuple" vom 22.3.1979. In "Le Monde Diplomatique" vom Juni 1979 erklärt ein Fedajin: "Wir haben nicht Tausende von Toten hinterlassen, damit die Revolution durch eine von einer Handvoll religiöser Fanatiker unterstützte Regierung bürgerlicher Reformisten konfisziert wird. Die werktätigen Klassen haben legitime Forderungen. Wenn sie ihrer Stimme kein Gehör verschaffen können, wenn sie ihre Rechte nicht durchsetzen können, werden wir wieder zu den Waffen greifen". Doch trotz der wachsenden Verfolgung wollen die Fedajin die Konflikte friedlich lösen, denn es ist notwendig, "angesichts der Verschwörung der Agenten des Imperialismus die Einheit der revolutionären Kräfte aufrechtzuerhalten". Also sind die "bürgerlichen Reformisten" - deren Beziehungen zum Imperialismus offensichtlich sind - und die sie unterstützenden "religiösen Fanatiker"... "revolutionäre Kräfte" ?!

(8) Siehe "Kar (Labour)", Nr. 1, ohne Datum. Dieses in Großbritannien erscheinende Bulletin übernimmt Auszüge aus "Kar", dem für die Arbeiter bestimmten Organ der Fedajin. Wie man sieht, sind die "bewaffneten Organisationen der Volksverteidigung und des Volkswiderstands"... verschwunden, und die "Volksarmee" wird also mit der Demokratisierung der Führung gleichgesetzt und nicht als "Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung" aufgefaßt, worin die traditionelle Forderung der proletarischen Bewegung in der demokratischen Revolution bestand, wie es bei dem Bund der Kommunisten in der 1848er Revolution in Deutschland und bei der bolschewistischen Partei in Rußland der Fall war (siehe insbesondere das bolschewistische Programm von 1902, Lenin, Werke Band 6, Seite 15).

(9) Getrennt von der Perspektive eines Aufstands hat die Forderung nach der Konstituante im Iran einen reformistischen und keineswegs einen revolutionären Charakter. Mehr noch: Wenn die Zerschlagung des bestehenden Staates, wie wir denken, nur das Ergebnis einer proletarischen Revolution, die die Diktatur des Proletariats errichtet, sein kann, würde die Forderung des Konstituante gegenüber diesem neuen Staat einen direkten konterrevolutionären Charakter annehmen.

(10) Man muß darauf hinweisen, daß "die Fedajin das Selbstbestimmungsrecht, aber nicht die Los-trennung anerkennen. In einer ersten Zeit müs-

sen die verschiedenen iranischen Nationen sich an der Befreiung des Iran beteiligen, dann, in einer zweiten Etappe soll jede nationale Minderheit durch Wahlen die Autonomie erlangen und auch ihre eigene Sprache sprechen, ihre eigene Religion ausüben und ihre eigene Kultur verbreiten können" (Interview mit "Le Quotidien du Peuple", zit.).

Für den Marxismus stellt sich die Frage vollkommen anders. Wenn die internationalen Interessen dazu führen, die Lostrennung als nicht wünschenswert zu betrachten, dann müssen die lokalen Parteisektionen davon absehen, die Losung der Unabhängigkeit in den Reihen der unterdrückten Minderheiten aufzustellen. Dies war z.B. zu Anfang unseres Jahrhunderts in Polen der Fall, ob es sich nun um den Teil unter deutscher, österreichischer oder sogar russischer Herrschaft handelte. Das heißt aber keineswegs, daß die proletarische Partei deshalb von der absoluten Pflicht entbunden wird, unter den Proletariern der privilegierten und unterdrückenden Nationalitäten für die Losung des Lostrennungsrechtes entschieden einzutreten. Auch dies war zu Beginn unseres Jahrhunderts für die deutschen, österreichischen und russischen revolutionären Kommunisten gegenüber Polen der Fall.

(11) "Wir werden die demokratischen Vorstöße der Regierung von Mehdi Bazargan unterstützen und zwar mit dem Ziel, den Aktionen dieser unbewußten Elemente Einhalt zu gebieten". Dies kann man in einem Interview einer iranischen Zeitung mit einem Fedajingenossen lesen, das die Fedajin selbst in der zitierten Broschüre veröffentlicht haben (S. 16).

(12) Die Rolle der zur konterrevolutionären Garde organisierten "islamischen Fanatiker" bei der Unterdrückung von Frauen- und Arbeitslosendemonstrationen, turkmenischen, kurdischen usw. Bauern wie bei der Zerschlagung von spontanen Arbeiterorganisationen wurde selbst von der bürgerlichen Presse reichlich illustriert. Für eine Zusammenfassung mit einer marxistischen Einschätzung siehe den erwähnten Artikel in "Proletarier" Nr. 5 und in unserer französischen Zeitung "Le prolétaire" Nr. 291 und 292 "En Iran se creuse le fossé entre la bourgeoisie et le prolétariat".

(13) Siehe Marx und Engels, "Ansprache der Zentralbehörde an den Bund" vom März 1850, MEW 7, S. 244 - 254. Wie der Leser schon aus den nachfolgenden Bemerkungen ersehen kann, ist die marxistische Auffassung nicht mit der Theorie Trozki's von der permanenten Revolution und noch weniger mit den "einschlägigen" Ableitungen seiner Epigonen zu verwechseln.

(14) Zwischen 1830 und Februar 1848 herrschte in Frankreich unter dem "Bürgerkönig" Louis Philippe und seiner "Julimonarchie" nicht die gesamte Bourgeoisie, sondern nur ein Teil derselben, die sogenannte Finanzaristokratie. Der industrielle Fortschritt war in dieser Phase imponierend gewesen, Eisenbahnen wurden gebaut, die Kohle- und Eisenindustrie blühte auf und der innen- wie Außenhandel weitete sich erheblich aus. Das Proletariat war schon eine Kraft, die - wenn wir einmal von den wiederholten Aufstandsversuchen, den zahlreichen Putschen der bald entstehenden sozialistischen Geheimgesellschaften absehen - noch im großen und ganzen der offiziellen Opposition, d.h. der industriellen Bourgeoisie zu-

gute kam. Die Revolution vom Februar 1848 führte zur Bildung einer Republik, zur gemeinsamen Herrschaft aller Flügel der Bourgeoisie, die sich im Juni mit blutiger Gewalt gegen die revolutionäre Erhebung des Proletariats behauptete, um sich später zu zersetzen. Denn, wenn das Proletariat noch nicht in der Lage war, die Macht zu erobern, so war die Bourgeoisie ihrerseits aber auch noch nicht in der Lage, sich parlamentarisch zu vereinigen und zu festigen, überhaupt zu herrschen. Ihre Parteien wurden im Dezember 1851 durch den Staatsstreich Louis Bonapartes an der Spitze der Armee von der Macht entfernt. Bonaparte ließ sich zum Kaiser krönen und gründete den Empire (Kaiserreich). Bei blühender Geschäftemacherei und Finanzschwindel herrschte der "Chef des Lumpenproletariats" und Retter der Bourgeoisie vor dem Proletariat durch imperialistische Politik nach außen und Despotismus und allgemeine Korruption im Inneren.

(15) Engels, "Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei", 1865, MEW 16, S. 77.

(16) Die soziale Bewegung, die ab 1956 trotz Repression (der Savak wurde in jenem Jahr gegründet) mächtig gewachsen war, erlitt mit der Niedermetzelung des Aufstands von 1963 (15.000 Opfer) einen schweren Rückschlag. Unter Bedingungen schlimmster Ausbeutung und systematischer Schürung der Konkurrenz unter den Arbeitern beginnt die Streikbewegung Anfang der 70er Jahre wieder. 1972 Streik in der Rambler Automobilfabrik gegen die innerbetrieblichen Polizeieinheiten, 1973 1.500 Kattunfabrikarbeiter, 4.000 Raffineriarbeiter in Abadan (erneuter Streik im Oktober), Bergleute von Schahrudh, bei Persi in Teheran (in dessen Verlauf die Direktion in Brand gesteckt wurde), 1974 Motorenfabrik in Täbris, Streik mit Straßenschlacht in Khavar, 1975 Textilarbeiterstreiks, 1976 Textilarbeiter und Bergleute von Kerman, um nur die wichtigsten zu nennen. Die Repression war immer brutal. Die alten despotischen Verhältnisse zwischen dem Feudalherrn, dem Beamten und dem Gendarmen auf der einen Seite und dem schlimmer als Vieh behandelten Bauern auf der anderen wurden, so wie sie waren, auf die Industrie übertragen - Feudalherr und Beamte hatten sich in Kapitalisten verwandelt und der Arbeiter arbeitete unter der Kontrolle des Gendarmen. Es gab im Iran eine einzige "Gewerkschaft", die Bestandteil des Staatsapparates war und deren Führer vom Savak ernannt wurden. In den Großbetrieben wurde praktisch unter Aufsicht des Savak gearbeitet (z.B. im Stahlwerk Arymehr 3000-3500 Arbeiter und 500 Savak-Agenten). Solche Verhältnisse, die dazu dienten, die Lardflucht mit Gewalt in die Fabriken zu lenken und die eben aus dem Elend und der Abgeschiedenheit des Landes gekommenen Bauern an das höllische Arbeitstempo und den endlosen Arbeitstag der Fabrik zu gewöhnen, kurzum die Menschen abzurichten, werden gerade infolge der Entwicklung und Festigung der modernen Produktion als absolut unerträglich empfunden. Der extreme und in den 70er Jahren noch verschärfte Polizeidruck auf die Arbeiterklasse, der die kämpferischsten Arbeiter oft dazu zwang, zum Schutz des eigenen Lebens aus den Betrieben zu fliehen, um sich manchmal den Guerrillagruppen anzuschließen, entspricht vollkommen der

Natur einer "bürgerlichen Revolution von oben", der es ja darum geht, die gesellschaftlichen Verhältnisse und den Staat zu transformieren, ohne den geringsten Spielraum für soziale Kämpfe zu lassen.

(17) Bekanntlich ein Problem, mit dem sich der Imperialismus selbst beschäftigt. Nicht von ungefähr beginnt der amerikanische "Liberalisierungs"- und "Demokratisierungsdruck" auf die Länder der "Dritten Welt" am Ende der gigantischen Akkumulationsperiode, die nach dem zweiten Weltkrieg in den Metropolen begann und sich weltweit (soweit die Bedingungen vorhanden) ausdehnte; und nicht von ungefähr konzentriert er sich auf jene Länder, die eine entscheidende ökonomische Entwicklung und soziale Transformation durchmachten. Das "Drama" des Imperialismus besteht gerade darin, daß eine tragfähige Parteienstruktur fehlt, daß die Bourgeoisie politisch rückständig, "unterentwickelt" ist. Die Naivität des Imperialismus, der sich darüber beklagte, keine Alternative zum Schah zu haben (wie er heute ebensowenig eine Alternative zu Khomeini, auch für ihn das "geringere Übel", hat), liegt darin, diese stabilitätsgefährdenden Mängel sozusagen in vitro, in einer sozial und politisch ungetrübten Ruhe und Ordnung beheben zu wollen. Hier liegt der Teufelskreis der schäbigen, durch Induktion von außen und von oben entstehenden Bourgeoisien der "Dritten Welt", wo das Militär putscht, um die Bedingungen für die Wiederherstellung der Demokratie wiederherzustellen und die Demokratie immer wieder zu schwach ist, immer wieder den Nährboden des nächsten Militärputsches bildet.

(18) So erklärte Sandjabi noch Anfang Januar 1979: *"Bakhtiar hat die Bedingungen und die Lage, die im Lande herrschen, nicht richtig eingeschätzt. Die Zustimmung des Volkes ist unerlässlich. Wir sind nicht unbedingt gegen eine konstitutionelle Monarchie, leider aber meint das Volk, daß mit dem gegenwärtigen Herrscher keinerlei Reformen durchgeführt werden können. Mit seinem Sohn könnte dies möglich sein. Die allgemeinen Wahlen werden darüber entscheiden"* ("Le Monde", 5.1.1979). Und im Juni erklärte derselbe Liberale und Demokrat, diejenigen, die gegen Khomeini opponierten, seien *"Konterrevolutionäre, die sich hinter einem Schleier von Liberalismus und Demokratie verstecken"* (Süddeutsche Zeitung, 20.6.79).

Was Bazargan angeht, so machte auch er, der nach dem Februaufstand meinte, daß es nicht darum gehe, *"die Revolution zu stoppen"*, sondern sie *... "zu kanalisieren"* ("Le Monde", 28.2.79), wertvolle Zugeständnisse in einem Interview mit "Le Monde" vom 15.5.79: *"Ayatollah Schariat-Madari und ich selbst meinten, daß wir nach der Abreise des Schah und der Bildung eines Kronrates allgemeine und freie Wahlen organisieren müßten, die den Weg zur Ernennung einer Konstituante, zu tiefgreifenden Veränderungen und dann zur Übertragung der Macht eröffnet hätten. Schapur Bakhtiar, der damals Ministerpräsident war, hatte sich diesem Vorschlag mehr oder weniger angeschlossen, was auch für etliche Leiter der Armee und der Polizei gilt. Mein Leben lang vertrat ich die Meinung, daß man langsam aber sicher voranschreiten muß"*.

(19) In "Le Monde Diplomatique" vom Juni 1979 liest man: *"Der Basar, der die islamische und*

nationalistische Opposition gegen den Schah finanziert hat, predigt eine schnelle Rückkehr zur freien Wirtschaft. Manian, der Generalsekretär des mächtigen Handelsverbandes, geht sogar noch weiter: 'Die neue islamische Regierung - erklärt er - muß bestimmte nationalisierte Sektoren dem privaten Sektor überlassen, z.B. die Petrochemie. Der Staat soll sich nicht weiter in die Wirtschaft einmischen. Produktion, Verteilung und Verkauf sollen eine ausschließliche Angelegenheit der Privatunternehmer sein. Im neuen Iran müssen die Gesetze des Marktes, die Gesetze von Angebot und Nachfrage ohne jede Einmischung seitens der Regierung zur vollen Geltung kommen'. Für den Augenblick verlangt Manian, daß die provisorische Regierung jede nicht 'absolut notwendige' Einfuhr einstellt und einen Teil des von ihr dank der Erdöleinnahmen akkumulierten Kapitals in den Kreislauf der inneren privaten Produktion lenkt. 'Der islamische Staat soll nunmehr alles einsetzen - fügt er hinzu - um den ausländischen Kapitalismus zum Zweck eines Machtzuwachses des inneren und nationalen Kapitalismus restlos zu beseitigen'".

Teufelskreis der Bourgeoisie. Man möchte die unter dem Schah herrschende Klügelwirtschaft abschaffen, zugleich aber die Subventionswirtschaft erweitern, und dies ohne Einmischung des Staates! Man verlangt Schutz vor den mächtigen Konkurrenten, zugleich die freie Entfesselung der Konkurrenz, deren Ergebnis nur wachsende Konzentration des Kapitals und die Bitte um Staatseinmischung zum Schutz der Schiffbrüchigen der kapitalistischen Konkurrenz sein kann. Der "islamischen Revolution" wird mehrfach vorgeworfen, sie habe kein klares Wirtschaftsprogramm. Was soll aber Allah tun, wenn er angesichts der auf der Grundlage der kapitalistischen Anarchie widerstreitenden Interessen der verschiedenen und im Iran noch besonders uneinheitlichen Interessen der einzelnen Bourgeoisgruppen quasi als Dreieinigkeit von Friedrich List, Keynes und Prof. Hayek auftreten muß?

(20) Der gemäßigte Flügel des Klerus, der bei weitem die Mehrheit stellt und von Ayatollah Schariat Madari, der inzwischen mit seinen Anhängern die "Islamische Republikanische Volkspartei" gegründet hat, repräsentiert wird, vertrat eine Formel, die derjenigen der konstitutionellen Bourgeoisie und der Nationalen Front durchaus entsprach: Der Schah sollte als Staatsoberhaupt bleiben, ohne zu regieren. Was die Basis angeht, die Masse der 180.000 Mullahs, von den 60.000 Theologiestudenten ganz zu schweigen, war die Mehrheit nach Aussage eines interviewten Fedajin *"neutral im Konflikt zwischen dem Schah und dem aufständischen Volk"* ("Quotidien du Peuple", 21.3.79). Diese "schweigende Mehrheit" war es, die das Gerüst des repressiven Ordnungsdienstes der großen Kundgebungen vor dem Aufstand und später den Kern der "Islamischen Komitees", auf die sich die zivile Regierung stützt, gebildet hat.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die Zusammenarbeit zwischen der alten und der neuen Macht gerade in der Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung schon lange vor dem Aufstand begann. Geistlichkeit und "gemäßigte" Armeeführer des Schah hatten im Hinblick auf Massenkundgebungen

entsprechende Absprachen getroffen und anlässlich der Rückkehr Khomeinis sogar ein Komitee zu diesem Zweck gebildet ("Neue Züricher Zeitung", 2.2 und 4./5.2.79).

(21) Solange der Schah (Ehrendoktor einiger Ostblockuniversitäten) an der Macht war und von der Sowjetunion hofiert wurde, hatte die Tudeh-Partei ihrerseits nichts zu tun, außer die bewaffneten iranischen Linken zu kritisieren und zu diffamieren. Sobald die Russen merkten, daß man auf die Khomeini-Karte setzen mußte, verwandelte sich die Tudeh-Partei in einen der eifrigsten Verfechter des "Imam", den sie sehr zur Erbauung ihrer eigenen knechtischen Natur bedingungslos unterstützt. Khomeinis Schimpf- und Hetztiraden und offene Repression hindern den Lakai nicht daran, den Herrschenden, sobald er gebraucht wird und es tun darf, zu dienen. Der Vorwand ist die inzwischen in allen Ländern und Lagen bis zum Überdruß gehörte stalinistische Litanei: "In der jetzigen Etappe der Revolution usw. usf.". Es ist allerdings nicht uninteressant, sich kurz anzuschauen, was diese berühmte "Etappe" für den völlig verkommenen Opportunismus alles beinhaltet. So erklärte Kianouri, der Generalsekretär der Partei, in seinem Interview mit "News week" vom 29.1.79 u.a.: "Wir unterstützen seine (d.h. Khomeinis) Initiativen, namentlich eine islamische Republik", und er fügte hinzu, dies sei "keine zeitweilige Taktik". (...) "Die Tudeh-Partei erkennt die progressiven Elemente seiner (d.h. Khomeinis) Bewegung an. Und wir tun alles, was wir können, um eine gemeinsame Sprache mit ihm zu entwickeln. Wir denken, daß er eine durch und durch progressive Rolle in der Entwicklung im Iran spielt". Auf die Frage, wie lange die Tudeh-Partei den Weg gemeinsam mit Khomeini gehen könnte, antwortete Kianouri: "Eine sehr lange Zeit. Ich glaube, daß es keine allzu großen Unterschiede zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus einerseits und dem sozialen Inhalt des Islam andererseits gibt. Im Gegenteil, sie haben vieles gemeinsam".

Und selbstverständlich erklärt die Tudeh später die Erhebungen der nationalen Minderheiten für "Verschwörungen", jammert über die erlittenen Verfolgungen durch religiöse Fanatiker, erfleht die baldige Ausarbeitung und Verabschiedung der Verfassung der "Islamischen Republik", zögert als verbotene Partei nicht davor, zu erklären: "Wir wissen alle, daß - obwohl im Lande Freiheit herrscht - die Möglichkeiten ihrer Ausnutzung sehr begrenzt sind", verlangt dabei Maßnahmen für die gesellschaftliche Sicherheit, warnt vor den dunklen Kräften des gestürzten Regimes und vor Gefahren eines Militärputsches, um feierlich mit der Beschwörung der üblichen Einheitsfront und mit der Beteuerung abzuschließen: "Die Tudeh-Partei ist der Auffassung, daß

die Armee als Verteidiger der Revolution bestehen bleiben und konsolidiert werden muß" (Offener Brief des ZK der Tudeh-Partei Irans, Juni 1979, "Horizont", Nr. 29/79).

(22) "Eine mächtige Armee ist heute nötiger als das tägliche Brot" (Bazargan, "Le Monde" vom 6.4.79). Und Khomeini, der "noch vor Bekanntwerden der Abreise des Schah die Vereinigten Staaten davor gewarnt hatte, militärische Einrichtungen im Iran zu zerstören oder abzubauen" (NZZ, 18.1.79), erklärte die Rolle der Übergangsregierung wie folgt: "die nationale Einheit Irans sowie Ordnung in den Fabriken, Universitäten und auf dem Lande zu erhalten" (NZZ, 19.5.79). Angesichts der Unruhen beklagt er die "Milde" (!) der Regierung: "Wenn wir Galgen auf den öffentlichen Plätzen errichtet hätten, wären alle diese Schwierigkeiten nicht vorgekommen" (NZZ, 21.8.79).

(23) Gott war den Mächtigen und Herrschenden schon immer wohl gesonnen. Die iranische Bourgeoisie ist aber offensichtlich sein Lieblingskind, das in Bedrängnis ist und dem er mit allen Mitteln zur Seite stehen muß. So wollte Gott nicht, daß der "Heilige Krieg" gegen den Schah entfesselt wurde, obwohl der Schah "gottlos" war; er ließ aber zum "Heiligen Krieg" für den "Aufbau des Landes" und vor allem gegen die Kurden aufrufen, die er für "Ungläubige" erklärte, die man "zermahlen müsse", und je nach militärischer Lage ist Gott für oder gegen Verhandlungen mit diesen "Gottlosen". Gott meinte, die gottlosen Amerikaner hätten den Iran arm gemacht und müßten dafür bestraft werden, heute läßt Gott die höchste Tugend der Armut und Entbehrung predigen. Gott wollte nicht, daß das Volk Savakagenten lyncht oder Savakobjekte angreift: "Solche Aktionen - ließ er am 11.1.79, noch vor dem Aufstand, verkünden - lassen sich mit der Lehre des Islam nicht vereinigen". Gott erklärte aber die linken Gruppierungen, diese "Kinder des Satans", "Gruppe von Ungläubigen, die versuchen, die islamische Armee zu schwächen", "Teufel", "die Unruhe stiften und zerschlagen werden müssen", schon Ende April 79 für Freiwild. Streiks sind "gottlos". Und was Botschaftsbesetzungen und Geiselnahmen angeht, so hängt es davon ab, ob die iranische Bourgeoisie sie rechtzeitig vereiteln kann. Im Februar ließ Gott schärfstens davor warnen und seine Garden konnten derartige Versuche verhindern. Im November hatte man die Lage nicht unter Kontrolle. Gott vollzog ein taktisches Manöver, sah im "Willendes Volkes" die Widerspiegelung seines eigenen, damit das Lieblingskind Zeit gewinnt, die nationale Einmütigkeit bewahren und, ohne dieser verlustig zu gehen, seine Auseinandersetzungen mit den USA regeln kann. Khomeini ist in der Tat unbezahlbar, er brachte Gott selbst in die Einheitsfront mit der iranischen Bourgeoisie hinein.

Die Kommunistische Partei Italiens und die Faschistische Offensive (1921-1924)

III. Teil

Vom Herbst 1921 bis zum Sommer 1922

Der I. Teil dieser Reihe wurde in KP Nr. 22 veröffentlicht und enthält folgende Abschnitte: Faschismus, Antifaschismus, Kommunismus - Die "vorbeugende Konterrevolution" reift im Schatten der Demokratie heran - Der Beginn der faschistischen Offensive. Zwei falsche Thesen über den Faschismus - Der wirkliche Verlauf der "faschistischen Eskalation" - die Gründung der Kommunistischen Partei in Livorno. Die historische Notwendigkeit der Spaltung - Die Bedingungen für die defensive und die offensive Aktion des Proletariats - Der sozialistische Defätismus - Die Scheinheiligkeit des Maximalismus - Von den Wahlen bis zum Regierungswechsel (1921) - Der Kampf der Kommunistischen Partei für die militärische Organisierung der Massen.

Der II. Teil erschien in KP Nr. 23 und ging vom Friedenspakt zwischen Sozialisten und Faschisten bis zum Kongreß der faschistischen Partei vom November 1921: Die Wiederaufnahme der faschistischen Offensive und der Friedenspakt - Die "Arditi del Popolo" - Taktisches Problem oder theoretischer Luxus - Der Monat der Schmach - Kein Burgfrieden - Kampf an allen Fronten - Die zweite Welle - Was also ist der Faschismus? - Noch einmal über das faschistische "Programm" - Es lebe die starke Regierung der Revolution.

STREIKS UND REFORMISTISCHE SABOTAGE

Die schwarzen Banden waren zum Zeitpunkt des Bildungskongresses der PNF (Partito Nazionale Fascista = Nationale Faschistische Partei) von den Arbeitern eines relativ unbedeutenden Industriezentrums, nämlich Roms, auf dem Boden des offenen Kampfes zurückgeschlagen worden. Diese schwere Niederlage stellte den Faschismus, dessen verschiedene Tendenzen sich inzwischen wieder miteinander versöhnt hatten, vor das Problem, seinen Feldzug gegen die Industriezentren des Landes, diese wahrhaftigen Festungen der organisierten Arbeiterklasse, gewissermaßen wieder von vorn zu beginnen, und zwar wie immer ausgehend von den landwirtschaftlichen Gebieten der niederen Po-Ebene und vor allem der Emilia, um sich nach und nach dem Industriedreieck Mailand-Genua-Turin

anzunähern. Diese Offensive sollte aber nicht sofort geschehen, sondern erst nach einer ziemlich langen militärischen Vorbereitung und nach einer vorsichtigen Beobachtung des gegnerischen Lagers. Als sie schließlich entfesselt wurde, kennzeichnete sie sich durch eine *äußerste Konzentration*, durch die *Mannigfaltigkeit der angewandten Mittel* und durch den *Willen, nicht auf halber Strecke stehen zu bleiben*. Sie erreichte ihren Höhepunkt in der Zeit des Streiks vom August 1922: In diesem Monat und nicht erst im Oktober eroberten die Faschisten faktisch die Macht.

Die Rechnung war schnell gemacht, und man brauchte keinen großen Geist und keinen 'Duce', um die sich daraus von selbst aufzwingenden Konsequenzen zu ziehen. Einerseits war die PNF nunmehr eine anerkannte und mit allen Segen der demokratischen und parlamentarischen Legalität versehene Partei und wie alle Parteien, die strikt im Dienste der Bourgeoisie stehen, genoß auch sie die ganze Unterstützung des Staatsapparates. Andererseits war vorauszusehen, daß die im Herbst 1921 ausgelöste Unternehmeroffensive für die *Lohnsenkung* und die steil ansteigende Arbeitslosigkeit (609 819 Arbeitslose im Januar 1922 gegen 512 260 im Dezember 1921) angesichts der Sabotage seitens der reformistischen Gewerkschaftsführer zu einer wachsenden Demoralisierung der Arbeiterklasse führen würde. Denn diese leistete schon seit zwei Jahren Widerstand, und obwohl sie entschlossen war "standzuhalten", war zu erwarten, daß sie früher oder später unter dem Druck der Lohnsenkungen und der Arbeitslosigkeit nachgeben würde.

Infolge der entschlossenen Aktion der Kommunistischen Partei wurde die CGL (Confederazione Generale del Lavoro) unter dem Druck der Arbeiter gezwungen, ihren Nationalrat für den 5. November nach Verona einzuberufen. Im Hinblick darauf wiederholte der Kommunistische Gewerkschaftsausschuß am 25. Oktober seinen Vorschlag an die großen Organisationen des italienischen Proletariats: *"Für eine einheitliche Bewegung bis hin zum Höhepunkt des nationalen Generalstreiks, um die unabdingbaren Grundforderungen in Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter durchzusetzen"*.

Diese Forderungen mußten den Wert von Prinzipien erhalten, d.h. man sollte von ihrer Verteidigung nicht abrücken dürfen, und was die Bewegung angeht, so mußte man sie "seit den ersten Symptomen der Arbeitgeberoffensive" voraussehen und organisieren, "anstatt diese zu unterschätzen und die Massen von der direkten Anwendung ihrer organisierten Kraft abzulenken".

Der Plan der CGL sah ganz anders aus. Sie wollten im Gegenteil - und dies gerade zu jenem Zeitpunkt - die Arbeiterkämpfe durch Einführung der verdammtten Politik der "artikulierten Streiks" zersplittern und, was noch schlimmer ist, sie akzeptierte die Auffassung, derzufolge die Lohnhöhe aufgrund einer Untersuchung und einer Kontrolle der Wirtschafts- und Finanzlage der Unternehmen bestimmt werden sollte. Damit kehrte sich die "Kontrolle über die Produktion" gegen die Arbeiter und wurde zum Alibi für Lohnsenkungen - und dabei hatten die Gewerkschaftsführer im September 1920 die Betriebsbesetzungen gegen das bloße Versprechen dieser "Kontrolle", die ihnen zufolge eine Abschöpfung der im Krieg gemachten Überprofite erlauben sollte, abgebrochen! Die Frage einer allgemeinen und einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Löhne, der Arbeitsplätze und der gewerkschaftlichen Organisation wurde beiseite gelassen. Ein Antrag, der zwischen dem Führungsrat der CGL und dem Vorstand der PSI vereinbart wurde und auf den sich der Antrag der reformistischen Gewerkschaftsführung auf dem Kongreß von Verona berief, forderte die sozialistische Parlamentsfraktion dazu auf, im Abgeordnetenhaus, "ein globales Projekt für Tiefe und wesentliche Änderungen in der politischen Orientierung der Staatsverwaltung" vorzulegen, "damit die heute für unproduktive Krieger-, Marine-, Kolonien- usw. -Ausgaben verschwendeten Mittel wieder den lebenswichtigen Gemeinschaftsinteressen zufließen und die vielen, für die Gemeinschaft wirklich nützlichen, aber von der Bourgeoisie nicht in Angriff genommenen öffentlichen Werke umfassend finanziert werden".

Es handelte sich also um einen vierfachen Plan: eine uneinheitliche Aktion des Proletariats im Rahmen einer verschwommenen "Kampagne" für die "Sicherung der proletarischen Interessen"; die Fiktion einer "Kontrolle über die Industrie"; eine parlamentarische Initiative für "soziale" Maßnahmen, die von einer so weit wie möglich "linksstehenden" Regierung zu ergreifen wären; und, was die Aktion angeht, Anwendung von "jeden Mitteln und Formen, welche die Absichten der unverantwortlichen Elemente verwerfen und Erfolgsaussichten haben", zugleich Zurückweisung jeder Handlung, die einen "Disziplinbruch" darstellte, was ja soviel wie die Zurückweisung jeder auf klaren Klassenpositionen beruhenden Handlung bedeutete.

In seinem Vorschlag an die gewerkschaftlichen Organisationen schrieb der zentrale kommunistische Gewerkschaftsausschuß am 25. Oktober: "In der heutigen Gesellschaftslage (...) muß sich das Proletariat mit seiner Klassenaktion und mit der Kraft seiner Organisationen den Forderungen der Kapitalisten entgegenstellen. Das Proletariat muß sich weigern, auf den hinter-

listigen Boden der Untersuchung der Lage der bürgerlichen Betriebe hinabzusteigen, die mit tausend Kunstgriffen verschleiert werden kann, vor allem wenn die Untersuchungen Vertreterausschüssen anvertraut werden, in denen die Schiedsrichterrolle den Vertretern des bürgerlichen Staates vorbehalten wird (...). Das Gleichgewicht zwischen der Ertragslage der bürgerlichen Betriebe und dem Arbeitsentgelt wird in Wirklichkeit auf dem Boden der Klassenkämpfe hergestellt, bis zu dem Zeitpunkt, wo dieses Gleichgewicht selbst unmöglich wird und der proletarische Kampf dazu neigen wird, die Grenzen der politischen und ökonomischen Ordnung zu sprengen".

Für die KPI waren der Unternehmerangriff gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen und die bewaffnete Offensive gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zwei Seiten eines einzigen Vorhabens, um die Arbeiterklasse endgültig auf die Knie zu zwingen. Das Nachgeben auf der einen Seite käme dem Nachgeben auf der anderen gleich, und die Unterordnung der gewerkschaftlichen Forderungen unter die Rentabilitätsberechnungen der Betriebe, bzw. die Unterordnung der Klassenaktion unter die Ergebnisse der parlamentarischen Debatten war bereits eine Form des Nachgebens. Gerade deshalb hatte die KPI gefordert, daß die Grundforderungen der Arbeiter auf den Rang von Prinzipienfragen erhoben würden, ebenso wie die Verteidigung auf dem Boden der physischen Gewalt eine Prinzipienfrage war.

Am 2. November veröffentlichte "Il Comunista" einen Artikel, dessen Titel bereits das Problem sehr klar stellte: "Wie sich der Kampf heute den Arbeitern stellt: Kampf oder Tod". Darin kann man unter anderem lesen:

"Die Frage des Staates liegt auf dem Tisch. Die Kräfte der Produktionsentwicklung verlassen für einen Augenblick den Mittelpunkt der Bühne, um das Urteil abzuwarten, das das Ergebnis des Bürgerkrieges aussprechen wird. Wenn die Gewerkschaft gegenüber der kapitalistischen Offensive kapituliert, so macht sie den Weg frei für eine schreckliche Lösung, die ein-geschwächtes und zersplittertes Proletariat unter das Joch einer grausamen und uneingeschränkten kapitalistischen Herrschaft zwingen wird. Wenn die Gewerkschaft auf den Angriff mit der Bitte um eine Intervention des bürgerlichen Staates antwortet und sich auf den gefährlichen Standpunkt stellt, daß sie den Kampf nicht aufnehmen kann, weil sie überzeugt ist, daß die Aufrechterhaltung der Lohnhöhe mit dem Überleben der Produktionsbetriebe unvereinbar ist, so führt das zum selben Ergebnis. Der bürgerliche Staat kann nur im Sinne der Interessen des Arbeitgebermonopols intervenieren ... die zögernde Haltung gegenüber den vermeintlichen Bedürfnissen des heutigen Produktionsapparates, die ja nichts anderes sind als die Bedürfnisse der Verewigung des Profits und der kapitalistischen Ausbeutung, und das Stillhalten der Massen haben nur eins zur sicheren Folge: Die Zersetzung und die Niederlage".

Zwei Tage später konnte man im Artikel "Die bürgerliche Kontrolle" lesen: "Das Proletariat-

at muß sich hüten (...) vor dem verbrecherischen Betrug, den diejenigen begehen, die es glauben machen möchten, daß die Intervention der Regierung den Lauf der Wirtschaftskrise irgendwie aufhalten oder regulieren könnte, und die es dazu überreden möchten, seine Angriffskämpfe und selbst seine Verteidigung aufzugeben. Die Kontrolle der Wirtschaft durch einen Ausschuß aus Delegierten der Arbeiter, der Unternehmer und des Staates bedeutet nicht einmal entfernt einen Schritt in Richtung auf die proletarische Kontrolle über die Produktion: Sie wäre eine BÜRGERLICHE KONTROLLE. Bürgerliche Kontrolle nicht in dem Sinne, daß die Mehrheit aus Unternehmern und Staatsvertretern neue Wege für die Disziplinierung der Produktivkraftentwicklung finden könnten, denn die Disziplinlosigkeit der Wirtschaft und die bürgerliche Ordnung bilden eine Einheit in der Geschichte. Sondern bürgerliche Kontrolle, weil die Arbeiterklasse durch solche Ausschüsse die Kontrolle über die Taktik der eigenen Klassenaktion in die Hände des Gegners legen würde, weil sie durch einen wahren Verzicht die Fähigkeit des Staates, die konterrevolutionäre Verteidigung des Kapitalismus zu führen, vervielfachen würde. Wer dem Proletariat erzählt, er wolle ihm ein Mittel liefern, einen Blick in die geheimnisvolle Welt der Wirtschaft zu werfen und auf diese Welt einen Einfluß zu gewinnen, der ist ein direkter oder indirekter Agent der Bourgeoisie, und ihm muß das Proletariat antworten: Wir wollen die Kontrolle über die Produktion ohne euch und gegen euch erobern, wir wollen sie nicht durch euren Staatsapparat erobern, sondern erst nachdem wir ihn dank der Einheit unserer revolutionären Kraft zerstört haben, denn darin liegt die Grundlage unseres politischen Sieges und nur dadurch können wir mit der Disziplinierung der Produktivkräfte beginnen".

Bereits im Oktober hatte die FIOM, die Metallarbeitergewerkschaft, zugelassen, daß der Metallarbeiterstreik in der Lombardei infolge der Isolierung zerbrach. Sie hatte Verhandlungen über Lohnsenkungen "akzeptiert" und, was den Höhepunkt der Schmach darstellte, sie hatte sich mit den Industriellen über eine Verschiebung der Untersuchung der Lohnsenkungen und der "Lage der Betriebe" um zwei Monate, d.h. ab den Januar 1922, verständigt, um jeden einzelnen Fall nacheinander zu "analysieren". Sie gab vor, durch diese Frist und durch die Zersplitterung der Verhandlungen einen Präzedenzfall geschaffen zu haben, der für die ... Arbeiter günstig sei. Ermüdet durch den Abschluß der Streiks in der Lombardei begann die Industrie Liguriens ihrerseits Anfang November den Schraubstock enger zu drehen. Die Reaktion der Arbeiter, die bis zum 17. November dauerte, blieb trotz der Aufrufe der KPI zu einem landesweiten Generalstreik isoliert.

"Um die Geister zu beruhigen (!) und im Vertrauen auf die Möglichkeit einer Periode dauerhafter Verständigung zwischen den Industriellen und ihren Belegschaften", setzten die Arbeitgeber und die CGL den Kämpfen ein noch

schlimmeres Ende als in der Lombardei. Die Betriebe wurden wieder geöffnet und der Beginn der Verhandlungen für den 27. festgelegt - für die Beendigung der Angriffe auf die Löhne wurde aber kein Termin gesetzt! Auf den "Präzedenzfall" griffen die Industriellen des julischen Venetien sofort zurück, was die Metallarbeiter dieser Provinz zu einem großen Streik führte, der vom 18. bis zum 28. November dauerte, aber ebenfalls in der Isolierung durchfochten werden mußte. Dieser Streik wurde durch Gewaltakte, Morde und Verhaftungen begleitet. Unterdessen verhängte die Regierung Bonomi Disziplinarstrafen gegen die Eisenbahner von Neapel wegen ihres Streiks in Solidarität mit den römischen Kollegen: Drei neapolitanische Eisenbahner wurden des Dienstes enthoben. Eine sofortige Antwort in Richtung auf den Generalstreik der Eisenbahner, wozu die KP wiederholt aufrief, hätte eine doppelte Bedeutung gehabt, einerseits für den Kampf gegen die Angriffe des Staates und der schwarzen Banden, andererseits für den Kampf in Verteidigung der gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahre. Am 29. November nehmen die Drucker von Triest den Kampf auf, um gegen die Ermordung von zwei Druckern zu protestieren. Ihre Gewerkschaft ruft zum Generalstreik auf ... aber nur für einen Tag. Am 8. Dezember legt das gesamte Proletariat Turins die Arbeit nieder, um gegen die drakonischen Strafen zu protestieren, die die Gerichte gegen die vermeintlichen Mörder eines Polizisten der Königlichen Garde ausgesprochen hatten. Die Sozialdemokraten können aus diesem Anlaß ihre bürgerliche Tugend öffentlich zur Schau stellen: Sie sehen davon ab, sich diesem Streik anzuschließen. Es waren die Tatsachen selbst, die den Proletariern den Weg einer einheitlichen Aktion wiesen und eine Verbreiterung der Basis der verschiedenen Teilkämpfe durch ihre Verschmelzung über die Grenzen der Berufszweige hinaus wie die Verbindung der politischen und ökonomischen Forderungen verlangten. Es waren aber andere Lehren, die der Reformismus aus der Geschichte zu ziehen hatte. Im Laufe dieser Monate vervielfältigte er in der Tat seine Kontakte zu der Regierung und versprach die Verwirklichung der "Kontrolle über die Industrie". Jeder Hinweis auf das Prinzip der Unabhängigkeit des proletarischen Kampfes störte seine Perspektiven eines "friedlichen Fortschritts" in Richtung auf eine offene Kollaboration. Hingegen rührte er sich nicht, wenn die schwere Faust der Richter auf die extremistischen Störenfriede niedersauste, denn für ihn ist der Extremismus ein Ballast.

Es kann unter diesen Umständen nicht verwundern, daß der Faschismus meinte, "Zeit gewinnen" zu können. Er verhielt sich still und überließ dem gewerkschaftlichen und parlamentarischen Reformismus die Aufgabe, ihm den Boden zu bereiten, um erst dann den entscheidenden Schlag zu vollziehen. Solange die Arbeitgeber durch Entlassungen und Lohnsenkungen den Widerstand der Arbeiter mürbe machten, konnten die Strafexpeditionen der faschistischen Banden warten. Die seltenen Kundgebungen junger Schwarzhemden, die im Januar unter der Losung "Nieder mit dem Parlament! Es lebe die Diktatur!" in den Straßen Roms stattfanden, dienten wieder einmal der PSI als Anlaß, um sich in die Verteidigung na-

türlich nicht der Arbeitskammern (örtliche Gewerkschaftskartelle) und der proletarischen Organisationen, sondern der Institutionen des Vaterlandes zu stürzen!

Gerade in dieser Lage zeigt sich das im vollsten Sinne des Wortes defätistische Zersetzungswerk der PSI gegenüber den Arbeiterkämpfen in seinem ganzen Zynismus und bestätigt einmal mehr, daß der Faschismus nur dort siegen kann, wo die Arbeiterklasse durch den reformistischen und demokratischen Verrat bereits neutralisiert wurde. Am 6. Dezember, nach einem Jahr des Stillhaltens, der Kapitulation, des passiven Gehorsams unter dem Diktat der Gewerkschaftsbonzen und der Parteirechten, der Zurückweisung der viel zu großmütig angebotenen Hand der Kommunistischen Internationale, wachte die "unnachgiebige" Führung der PSI plötzlich auf und lancierte ein Manifest "Gegen die Reaktion". Diese Reaktion, behauptete sie, hätte die Partei "überrascht":

"Wenn wir auch voraussehen konnten und vorausgesehen haben, daß die Bourgeoisie zum Angriff übergehen würde, weil sie durch unsere Macht erschrocken war" (gerade das Gegenteil ist wahr: die Bourgeoisie ging zum Angriff gegen das Proletariat über, weil sie von der Schwäche der sozialistischen Führer überzeugt war), "so war es doch nicht vor auszusehen (!!!), daß sie hierbei auf eine Reaktion seitens der Regierung verzichten würde, um, ihre eigenen Gesetze außer Kraft setzend (!), auf die wilde und außergesetzliche Gewalt zurückzugreifen, wodurch sie frühzeitig zeigte" (und man stelle sich vor, daß die Maximalisten zum selben "frühzeitigen" (!) Zeitpunkt von einer unmittelbar bevorstehenden Revolution gesprochen hatten), "wie illusorisch die Hoffnung der feinsten humanitären Geister war, daß der Kapitalismus in einem Land mit einer jahrtausendealten Zivilisation im Laufe einer friedlichen Umgestaltung absterben könnte".

Sie entschuldigte sich, nicht mehr unternommen zu haben ("Die Partei hat die Losung ausgegeben: Widerstand leisten, wie und wo man es kann", ergo niemals); sie erklärte, "den Schmerzensschrei der unterdrückten Arbeiter nicht ohne Wiederhall lassen" zu können und fuhr fort: "Wir müssen alle unsere Kräfte ohne Verzögerung und ohne Vorbehalte zusammenschließen in der Gewißheit, daß ihr Werk zu einem gemeinsamen Ziel beiträgt. Das System, das die italienische Bourgeoisie aus der Taufe hob, ist kein Zeichen eines neuen Zeitalters, sondern verrät die Verwirrung am Vorabend einer unvermeidbaren Katastrophe ... von euch, Genossen, verlangen wir Vertrauen, das bürgerlichste Vertrauen zu unserem Werk der Koordinierung der Aktion und des Willens. Wir sagen euch: Glauben und Solidarität in den Reihen! Und auch Disziplin, unsere wunderbarste Kraft, an der auch die monströseste Gewaltherrschaft zerbrechen wird".

Über die Richtlinien für den Kampf, über das demoralisierende Werk der CGL bei den letzten Streiks - kein einziges Wort! Eine rein verbale Opposition gegen die Schläge der Reaktion. Aber was hatte dem vor sich hin däm-

mernden Bewußtsein der PSI eröffnet, man sei am Vorabend einer Katastrophe? Die Tatsache, daß der Zusammenbruch der Diskonto-Bank und eine Reihe anderer Fragen der Wirtschaftspolitik zu einer Spannung innerhalb der Regierungsmannschaft geführt hatten und sich eine Regierungskrise ankündigte. Wie man weiß, war die PSI-Führung "unnachgiebig" in ihrer Ablehnung, der Regierung beizutreten; sie hatte aber "einen politischen Riß innerhalb der bürgerlichen Klasse" gewittert und wollte "diesen Zustand auf parlamentarischer Ebene ausnutzen (...), um jene grundlegenden Auseinandersetzungen im gegnerischen Lager zu vertiefen, die dazu bestimmt sind, seinem verbrecherischen Werk Einhalt zu gebieten". Das Geheimnis ist somit geklärt: Wir befinden uns am Vorabend einer parlamentarischen Katastrophe, und wir Sozialisten, wir werden die "Auseinandersetzungen vertiefen", damit die "verbrecherische" außerparlamentarische Aktion aufhört!

Wie immer waren die reformistischen Rechten in der PSI sensibler für die Stimmung im Parlament, und sie sahen neue Möglichkeiten heraufziehen. Und im übrigen wußten sie, daß nicht der Parteivorstand, sondern die CGL-Führung in der Partei das Sagen hatte. Am 11. Januar, zwanzig Tage vor dem Ausbruch der Regierungskrise, versammelte sich der Führungsausschuß der CGL und beschloß, seinen Vertretern bei der Führung der PSI und beim Nationalrat das Mandat zu erteilen, zu befürworten, "daß die Parlamentsfraktion die Befugnis erhält, jene Regierung zu unterstützen, welche Sicherheiten für die Wiedererrichtung der Grundfreiheiten und für die Durchsetzung eines Programms, das die dringlichsten proletarischen Forderungen enthält, gibt."

Nicht der Inhalt, wohl aber der Ton dieser Resolution rief bei dem Nationalrat der PSI Sorgen hervor, und er hat sich sofort zwischen dem 17. und dem 20. Januar außerordentlich versammelt. Hier wurde eine "linke" Tagesordnung abgelehnt, in der es hieß, daß "jeder Versuch, die Klassenauseinandersetzungen in die Grenzen des friedlichen Kampfes zurückzuführen, illusorisch ist", bzw. "der festeste und kühnste, mit allen Mitteln entfaltete Widerstand gegen die andauernden verbrecherischen Umtriebe" gefordert wurde. Statt dessen forderte der Nationalrat die Parteiführung dazu auf, "eine aktive und energische Aktion im Lande vorzubereiten und zu koordinieren, um der bürgerlichen Gewalt entgegenzutreten, ohne jegliches kollektive Mittel auszuschließen und unter Beteiligung an einer eventuellen (!) defensiven (!) Einheitsfront aller proletarischen Kräfte, die auf dem Boden des Klassenkampfes handeln". Er verlangte auch eine Disziplinierung der Parlamentsfraktion, die sich in einer "konkreten, entschlossenen, von jeder Verhandlung und Vereinbarung mit anderen gruppenunabhängigen Aktivität" äußern sollte, um den "Bestand jeder Regierung, deren Politik die Gewalttaten und Unterdrückungsversuche gegen die proletarische Bewegung schützt, unsicher zu machen". Es wurde auch beschlossen, die engste Bindung zur CGL aufrechtzuerhalten, "so daß durch den bestehenden Bündnisakt" (d.h. durch den Pakt, der der CGL die Führung der ökonomischen und der Parteiführung jene der politischen Bewegungen überließ

und immer zugunsten der Reformisten angewandt wurde) *"die politischen Erwägungen die Oberhand über die Erwägungen vorwiegend ökonomischer und unmittelbarer Natur behalten"*. Schließlich schlug der Rat vor, *"mit allen sozialistischen und kommunistischen Parteien Europas und Amerikas eine Vereinbarung zu treffen, um einen Plan für den internationalen Kampf gegen die bürgerliche Reaktion der Nachkriegszeit festzulegen"*, und beauftragte sofort eine Kommission damit, *"die einzelnen europäischen Parteien direkt über die italienische Lage zu informieren und sie zu bitten, diese Lage von der Tribüne der jeweiligen nationalen Parlamente anzuprangern und zu schildern."*

Selbst wenn man von dieser grotesken Stelle absieht, ist die Mischung aus Demagogie und Zynismus, die das Dokument wie ein roter Faden durchzieht, nicht zu übersehen. Eine Partei, die bislang bestenfalls eine völlige Passivität gegenüber der gegnerischen Offensive an den Tag legte, entdeckt plötzlich die Notwendigkeit einer "aktiven und energischen" Aktion. Und hatte sie ununterbrochen den Eingriff des Staates in Verteidigung der ... Arbeiter gefordert, so will sie jetzt der bürgerlichen Gewalt entgegenreten, "ohne irgendein kollektives Mittel auszuschließen", womit sie durchblicken läßt, daß sie jedes individuelle Mittel aus Prinzip ausschließt und im Grunde jede proletarische Initiative und jede eigene kämpferische Parteiinitiative zugunsten von ausgehandelten Aktionsformen preisgibt. Es ist von einer "defensiven Einheitsfront aller proletarischen Kräfte, die auf dem Boden des Klassenkampfes handeln", die Rede, es wird aber kein Wort über die Kriterien verloren, auf deren Grundlage zu bestimmen ist, ob eine Kraft auf diesem Boden steht. Parlamentarische Unnachgiebigkeit gegenüber Verhandlungen und Vereinbarungen mit "anderen Gruppen" wird zur Schau getragen, zugleich aber die Forderung des offen reformistischen Flügels nach maximaler Nachgiebigkeit geduldet. Man verlangt von der CGL die Anerkennung des Primats der "politischen Erwägungen" auf der Grundlage des "Paktes" mit dieser Gewerkschaftszentrale, aber gerade dieser "Pakt" legte keine Prioritätsskala, sondern ein Verhältnis des vollkommenen Gleichgewichts zwischen ökonomischer und politischer Aktion fest und hatte nicht zufällig die ständige Lähmung der Partei angesichts der Gewerkschaftsinitiativen zur Folge. Man verurteilt die Regierungen, "deren Politik die Gewalttaten und Unterdrückungsversuche gegen die proletarische Bewegung schützt", als ob es bürgerliche Regierungen geben könnte, die bereit wären, die Proletarier gegen die Kapitalisten und deren Schergen zu schützen, und als ob eine Regierung, die auf dem rechten Auge blind gewesen wäre, die wohlwollende Neutralität oder gar die Unterstützung der "Arbeiterpartei" verdient hätte! Schließlich wirft man den Köder einer internationalen Aktion gegen die "Reaktion", die von den sozialistischen (aber welche?) und kommunistischen Parteien getragen werden soll, beschränkt diese "Aktion" aber von vornherein auf die Grenzen der Parlamente!

DIE REGIERUNGSKRISE

Die Regierungskrise, die am 2. Februar 1922 mit dem Rücktritt Bonomis eröffnet wurde, sollte ein Prüfstein für die "kämpferischen" Absichten der sozialistischen Partei werden. Die parlamentarische Fraktion faßte gleich am Rücktrittstag mehrheitlich einen Beschluß, in dem es hieß: *"In Zusammenhang mit den Wünschen des Proletariats, die in der Tagesordnung des Gewerkschaftsbundes zum Ausdruck kommen"* (trotz der Beschlüsse des Nationalrates tanzt die parlamentarische Fraktion nach der Pfeife der CGL), *"und ausgehend vom Geist der Parteibeschlüsse, beauftragt die Fraktion ihre Führung damit, in enger Verbindung mit der Parteiführung die Entwicklung der Krise zu verfolgen und auf sie Einfluß zu nehmen, damit sie in einem für die proletarischen Interessen günstigen Sinne verläuft"*. Am Tage darauf trafen sich Fraktion und Parteiführung und bekräftigten ihren Wunsch nach *"einer Regierung der Freiheit und der unparteilichen (!) Verwaltung im Innern, des Friedens, der Abrüstung und der europäischen Zusammenarbeit nach außen"*. Sie setzten sich in der Tat in Bewegung, um die Bildung einer neuen Regierung ... Bonomi zu erreichen, einer Regierung, deren Programm, wie es Bonomi selbst in einem neuerlichen parlamentarischen Auftritt am 16. erklärte, darin bestehen sollte, *"die unerläßlichen Bedingungen für das friedliche Zusammenleben der Klassen im Lande wiederherzustellen, in Achtung der Arbeits- und Organisationsfreiheit und im Gehorsam vor dem Gesetz; - die werktätigen Klassen in die Lage zu versetzen, eine höhere Beteiligung und Verantwortung für den Gang der Betriebe zu übernehmen und durch ihre eigenen Vertreter zur Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung beizutragen"*.

Rechte und Linke waren sich zwar über dieses Programm einig, der Versuch mußte aber scheitern, weil die Rechten aus einer Reihe von Gründen, die wir hier nicht untersuchen können, Bonomi nicht haben wollten. Aus alledem geht aber hervor, daß die ganze "kämpferische" Unnachgiebigkeit der maximalistischen Führung der PSI sich darauf beschränkte, *"für die Ernennung einer Regierung"* zu arbeiten, *"deren Mission darin besteht, die Freiheiten zu achten, eine Außenpolitik des Friedens zu praktizieren, die Arbeitsrechte und die Entwicklung der Arbeiterorganisationen zu sichern (...), um, sollte es nötig sein (!), den von den reaktionärsten Strömungen des Landes ausdrücklich verfolgten Versuchen einer Fortsetzung und Verschärfung der antiproletarischen Offensive entgegenzutreten"*.

Der "unnachgiebige" Serrati selbst schrieb kurz darauf in seiner Zeitschrift *"Comunismo"*: *"Wie sich die verwickelte Lage auch lösen mag, sicher ist es, daß die sozialistische Parlamentsfraktion ihre Opposition nicht mildern kann, es sei denn, daß ein neuer Mann an die Macht kommt, der ernsthaften Verlaß dafür bietet, daß er in Italien die Freiheit wiederherstellen, das Leben und die Grundrechte der Bürger schützen und eine Außenpolitik gegen alle Imperialismen verfolgen wird"*.

Serrati verließ sich also nicht allein auf das Parlament, sondern auf einen "neuen Mann", der die "Freiheit", das "Recht", ja das "Leben" der "Bürger" schützen sollte, worin für ihn alle Pro-

bleme lagen, während der Faschismus eine weitere Welle seiner Offensive vorbereitete!

Die Episode wurde am Ende des Monats durch die Bildung einer Regierung unter dem Giolittianer (1) Facta abgeschlossen. Wenn wir uns bei ihr aufhaken, so weil sie die Verlogenheit des Maximalismus und seiner vermeintlichen Unnachgiebigkeit zeigt, aber auch weil sie ein anderes, unvergleichlich wichtigeres Ereignis besonders aufhellt - die Gründung der "Allianz der Arbeit".

Was den ersten Punkt anlangt, so hatte die KP Italiens seit jeher das Philisterhafte einer "Unnachgiebigkeit" angezeigt, die sich darauf beschränkte, eine Regierungsbeteiligung oder, sieht man von den "besonderen Garantien" ab, die Unterstützung einer bürgerlichen Regierung abzulehnen, und die sich zugleich als Garant des Parlaments und der "demokratischen Freiheiten" verstand. Diese Art "Unnachgiebigkeit" mußte die Arbeiterkämpfe zwangsweise auf den parlamentarischen Boden ablenken, während sie immer noch auf diesem Boden vortäuschte, eine saubere Weste zu haben. Der Maximalismus erwies wieder einmal, daß er die Rolle eines Schutzhelms des klassischen Reformismus spielt. Um die Position der KP zu dieser "Unnachgiebigkeit" der PSI-Führung zu illustrieren, eine Position, die sich dialektisch gegen die Neigung der Komintern richtete, reumütige maximalistische Seelen nach Möglichkeit zu gewinnen, werden wir hier den Artikel "Laienspielerfreuden", der am 14. Oktober 1921 aus Anlaß des sozialistischen Parteitages von Mailand in "Il Comunista" erschien, zitieren:

"Geht es um die proletarische Aktion, so reicht es nicht aus, daß man sagt: Wir gehen nicht mit den Parteien der Bourgeoisie. Man muß sagen: Wir rechnen nicht mit dem politischen, institutionellen Apparat der Bourgeoisie, wir rechnen nicht mit der parlamentarischen Demokratie. Man muß nicht allein denjenigen verurteilen, der die bürgerliche Regierung aufwerten will, sondern auch denjenigen, der das bürgerliche Parlament aufwerten will. Wer zwischen den Zeilen verstehen läßt (...), daß man, wenn man unabhängig von den bürgerlichen Parteien handelt, den Übergang der Macht an das Proletariat auf parlamentarischem Weg erreichen kann; wer zögert, im Gegenteil zu sagen, daß man nur durch die revolutionäre Gewalt die Macht erobern und nur durch die Diktatur, die die Parlamente auseinanderjagen wird, die Macht behalten kann - der hat den Rubikon noch nicht überschritten, der ist noch voll und ganz Sozialdemokrat, der verfehlt eine Methode der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, die sich dadurch von der Methode der Ministerialisten unterscheidet, daß sie wegen ihrer Klassenposen für das Proletariat noch gefährlicher ist. Diese "Unnachgiebigkeit", die sich über eine eventuelle Machtbeteiligung entrüstet, aber den Friedensschluß mit dem Faschismus nicht zurückweist, diese Anhimmlung der parlamentarischen Aktion und des Wahlfimfingers als oberste Mittel des proletarischen Gegenangriffs, diese Ergebnislosigkeit vor der korporativen Taktik und den Methoden von Amsterdam (2) auf gewerkschaftlichem Gebiet - sie ist schlim-

mer als die offene Kollaboration, und wer sie vertritt, sthet dem Reformismus näher als dem Kommunismus, ist mehr auf der Seite von Turati als auf der Seite von Lenin".

Wie wir im Laufe dieser Arbeit bereits geschrieben haben, hätte man die PSI allein oder mit anderen bürgerlichen Parteien die Regierung übernehmen lassen sollen, anstatt sich anzustrengen, sie auf ihrem Weg nach unten zurückzuhalten, was ja das Mißverständnis über ihre wahre Natur, über den laschesten und kriminellsten Opportunismus, der sich hinter der verbalen Unnachgiebigkeit verbarg, gerade zu dem Zeitpunkt fortsetzte, wo die Tatsachen des sozialen Kampfes die Augen der Proletarier über die wirkliche Bedeutung der sozialdemokratischen Politik und über die verlorene demokratische Legalität öffneten und diese Proletarier dazu führten, gegen die Zersetzung der proletarischen Energien durch die infame Taktik des "von Fall zu Fall" vereinigende Aktionsformen zu fordern.

DIE BILDUNG DER "ALLIANZ DER ARBEIT"

An diesem Punkt stellt sich die Frage der "Allianz der Arbeit", die selbst innerhalb der Komintern einen großen Widerhall fand. Am 2. Februar - und es ist bemerkenswert, wie die Daten zusammenfallen - erklärte die Führung der PSI, sie sei von einem Ausschuß aus Vertretern der Eisenbahner- und Seeleutegewerkschaft aufgesucht worden, die ihr "über die Lage der Beziehungen zwischen ihren jeweiligen Organisationen und der Regierung, die ihnen gegenüber eine Politik der Unterdrückung verfolgt", berichteten. Die Parteiführung sei über diese ernsthafte Frage sehr betroffen gewesen und hätte mit dem erwähnten Ausschuß Vereinbarungen getroffen, damit "die Abwehraktion der Organisationen in voller Übereinstimmung mit den Organen der Partei und mit dem Gewerkschaftsbund abläuft. Seit dieser Versammlung nahm die Einheit aller proletarischen Kräfte konkrete Formen an: Die Parteiführung wird die genauen Bedingungen nennen, unter denen die Einheitsfront zu verwirklichen ist. Es wurde beschlossen, daß die Kontakte zu den Seeleuten und den Eisenbahnern öfter stattfinden werden, insbesondere in dieser Periode der Regierungskrise".

Der letzte Satz ist für die Haltung der Sozialisten - und in noch größerem Maße für die Haltung der Republikaner, mit denen sich die Eisenbahnergewerkschaft ebenfalls beraten hatte - kennzeichnend. Der Vorschlag einer Einheitsfront wird gerade zur rechten Zeit gemacht, um einerseits auf den Ablauf der Regierungskrise Einfluß zu nehmen, andererseits um der CGL und der PSI die Jungfräulichkeit zurückzugeben. Nachdem sie am 17. Februar die Hoffnung auf die Bildung einer "linken Regierung" verlor, kam die PSI am 18.-19.2. auf die Bildung einer Einheitsorganisation für den gewerkschaftlichen Kampf zurück. Aber selbst abgesehen von den Absichten dieser oder jener Partei hat die Initiative einen wichtigen Hintergrund. Sechs Monate früher war der Vorschlag der KP, eine gewerkschaftliche Einheitsfront zu bilden, energisch zurückgewiesen worden. Jetzt wurde er unter

dem Druck eines Proletariats, das instinktiv dem von der revolutionären Partei gezeigten Weg folgte, im Prinzip übernommen. Und gerade die Eisenbahnergewerkschaft, die es einige Monate früher abgelehnt hatte, der Roten Gewerkschaftsinternationale beizutreten und noch im November den kommunistischen Aufruf zu einem Generalstreik in Solidarität mit den von Repressionsmaßnahmen offen ... faschistischen Stils getroffenen Eisenbahnern zurückgewiesen hatte, war jetzt die erste, ihn anzunehmen. Anarchisten und Syndikalisten paßten sich ihrerseits der "neuen Wirklichkeit" an. Es ist aber festzuhalten, daß sie anlässlich der Besprechungen zur Vorbereitung der Versammlung vom 18.-19. Februar für die Bildung einer "Allianz der Arbeit" die Forderung der Kommunisten nach einer Beteiligung der *Minderheitstendenzen* (und nicht allein der "Spitzen" und des "Apparates"), deren Einfluß über die Massen auf der Tagung der CGL in Verona im November klar zu Tage getreten war, nicht unterstützten. Sie, die "Anti-Politiker" und "Anti-Partei" sind, verhandelten zunächst mit einigen ganz bestimmten Parteien und erst dann mit den Gewerkschaften und sollten schließlich, wie wir sehen werden, einen äußerst zweideutigen Beschluß annehmen.

Ganz anders die Haltung der KP Italiens. Im Einklang mit ihren öffentlichen Stellungnahmen und Richtlinien nimmt sie an keinen Geheimverhandlungen zwischen Parteien teil (3), sondern unterstützt die Initiative von außen, um zu vermeiden, daß ihre Polemik die Entstehung dieses ersten Keimes einer gemeinsamen Aktion verhindert. Für den Fall der Bildung des neuen Organismus stellt sich die Partei die Aufgabe, ihm durch ihre Gewerkschaftsgruppen eine klare und wirklich einheitliche Führung zu geben. Im übrigen fordert sie von Anfang an, daß die *gewerkschaftlichen* Minderheitstendenzen nicht allein auf der Versammlung, sondern auch in den konstitutiven Organen eine Vertretung bekommen, was von den Trägern der Initiative, allen voran die CGL, selbstverständlich abgelehnt wird. (4) In alledem gibt es im Gegensatz zu den Vorwürfen, die die Komintern später der Linken machen sollte, kein Quentchen "Reinheitsfimmel". Die Parteiaktion geht in Wirklichkeit von einem gesunden *Klassenrealismus* aus, dem jede Sorge um eigene "Cliquesinteressen" fremd ist. Sie ist entschlossen, die "Gewerkschaftsfront", wenn diese sich bildet, für ihre Positionen zu gewinnen, sie maßte sich aber niemals an, diese Bildung selbst von ihren eigenen politischen Bedingungen abhängig zu machen. Am 10. Februar, einige Tage vor der offiziellen Bildung der "Allianz der Arbeit" veröffentlichte "Il Comunista" einen Artikel, den wir hier vollständig wiedergeben, damit nach den tausend opportunistischen Spekulationen über die Haltung der Linke in der Führung der KPI der Sinn ihrer Aktion unmißverständlich klar wird:

"DIE ALLIANZ DER ARBEIT"

Es wurde eine kurze Erklärung veröffentlicht über eine Versammlung, die auf Initiative der italienischen Eisenbahnergewerkschaft zwischen der sozialistischen Partei, der republikani-

schen Partei und der anarchistischen Union stattfand, um sich über die sogenannte "Allianz der Arbeit" zu verständigen. Es wurde berichtet, daß die Kommunistische Partei, OBWOHL SIE IN EINEM BRIEF IHRE BEREITSCHAFT ERKLÄRT HATTE, SICH MIT ALLEN IHREN KRÄFTEN FÜR EINE EINHEITLICHE AKTION DES ITALIENSICHEN PROLETARIATS EINZUSETZEN, sich der Versammlung fernhielt. Es ist daher notwendig, einige Worte zu sagen, um die Haltung unserer Partei und die Bedeutung der laufenden Verhandlungen klarzustellen.

Durch ihre eigene Lage im Laufe der jetzigen Kämpfe wurde die Eisenbahnergewerkschaft dazu getrieben, die Initiative für eine Einheitsaktion des Proletariats und für das Treffen aller "auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden" Gewerkschaftsorganisationen zwecks Bildung eines einzigen Kampfausschusses zu übernehmen. Man hat dieses Treffen für den 15. Februar in Genua angekündigt. Um die Vorbereitungen zu erleichtern, hielten die Führer der Eisenbahnergewerkschaft die Durchführung eines Treffens der "fortschrittlichen" politischen Parteien für angebracht. Dadurch sollte im voraus eine Vereinbarung erzielt werden, um gleichlautend auf die Gewerkschaftsorganisationen, in denen diese Parteien vertreten sind, einzuwirken.

Die Eisenbahnergewerkschaft hat auch einen konkreten Katalog mit Forderungen, die das gesamte Proletariat betreffen, vorgeschlagen. Mindestens soweit aus der oben erwähnten Erklärung ersichtlich, hat sich die Parteienversammlung diesen Forderungskatalog jedoch nicht zu eigen gemacht.

Die Kommunistische Partei hielt es nicht für angebracht, an dieser Versammlung von politischen Parteien teilzunehmen, und sie glaubt nicht, daß der Weg, den die Eisenbahnergewerkschaft für die Vorbereitung der gewerkschaftlichen Einheitsfront gewählt hat, der sicherste sei.

Wir brauchen hier nicht daran zu erinnern, daß gerade unsere Partei seit dem vergangenen August die Vereinbarung zwischen den großen gewerkschaftlichen Organisationen vorgeschlagen und gegen Warnungen und Verdächtigungen entschieden verteidigt hat. Wir sehen daher mit großer Genugtuung die Einberufung der Gewerkschaftsorganisationen nach Genua. Ohne es für nötig zu halten, sich an den vorbereitenden politischen Treffen zu beteiligen, wird die Kommunistische Partei die Kräfte aller ihrer gewerkschaftlich tätigen Mitglieder ohne weiteres dafür einsetzen, damit diese Versammlung Erfolg hat. Man muß aber viele Punkte aufhellen, um genau klarzustellen, welche Plattform die proletarische Einheitsfront haben muß, wenn sie eine Wirklichkeit und eine Kraft darstellen soll.

Das Proletariat ist die Zielscheibe einer Unternehmeroffensive, und die Notwendigkeit der Einheitsfront zwingt sich ihm auf, weil es feststellen muß, daß die einzelnen Aktionen der Arbeiterklasse, die lokalen und beruflichen Bewegungen nicht ausreichen, um sich gegen die tausend Manifestationen des bürgerlichen Angriffs zu verteidigen. Dass hier die ursprüngliche Plattform jeder wirksamen Abwehraktion des Proletariats liegt, wird schon aus dem Anlaß der Initiative der Eisenbahnergewerkschaft of-

fensichtlich. Diese mußte feststellen, daß auch die sehr mächtige Eisenbahnerorganisation der Reaktion nicht widerstehen kann, wenn sie ihre Verteidigung nicht mit derjenigen der Proletarier der anderen Industriezweige und Berufe zusammefaßt. Man muß also festhalten, daß die Grundlage jeder gemeinsamen Bündniserklärung der verschiedenen Arbeiterorganisationen folgende von der Notwendigkeit diktierte Absicht ist: **ZUSAMMENFASSUNG ALLER VON DER BÜRGERLICHEN OFFENSIVE HERVORGERUFENEN TEILKÄMPFE ZU EINER EINZIGEN AKTION.** Wenn sich die Führer der verschiedenen Organisationen nicht über diesen realen Inhalt des Begriffes der proletarischen Einheit verständigen, so wird ihre formale Annäherung nur zu einer Karikatur der Einheitsfront führen. Es geht nicht darum festzulegen, daß die *Confederazione generale del Lavoro*, die *Unione Sindacale*, die Eisenbahner usw. im Einklang mit einem unbestimmten Programm, das auf dem Papier bleiben wird, handeln werden. Man muß vielmehr festlegen, daß diese Organisationen miteinander vereinbaren, **DIE PROLETARISCHE AKTION VOM HORIZONT DES EINZELNEN ORTES UND DES EINZELNEN BERUFSZWEIGES ZU BEFREIEN, UM SIE AUF DIE EBENE EINES SIMULTANEN KAMPFEINSATZES DER GANZEN ARBEITERKLASSE IM NATIONALEN UND MORGEN INTERNATIONALEN MASSTAB ZU VERLAGERN!**

Darüber hinaus muß man den Inhalt der zu verteidigenden Forderungen genau festlegen. Auch hier muß man darauf hinweisen, daß der Antrag der Eisenbahner deutlich jene Forderungen enthält, welche der kommunistische Gewerkschaftsausschuß und die Kommunisten schon früher gestellt haben und mit ihrer ganzen Kraft vertreten. Die wichtigste von ihnen ist **DIE VERTEIDIGUNG DER LÖHNE UND ALLER VOM PROLETARIAT ERRUNGENEN BEDINGUNGEN.** Nur auf dieser Grundlage ist eine Vereinbarung nützlich. Wir brauchen nicht zu sagen, daß diese Plattform von den Sozialisten und der CGL-Führung abgelehnt wurde.

Der Antrag der Eisenbahner verdeutlicht auch, daß man der Reaktion **MIT JEDEM MITTEL** entgegenzutreten muß. Es ist vielleicht zuviel verlangt, daß diese Aussage als Bedingung für die Vereinbarung angenommen wird; es ist jedoch daran zu erinnern, daß die Sozialisten und die CGL-Führung eine dauernde Kampagne **GEGEN** diese Auffassung führen. Wenn aber die Gewaltanwendung keine Forderung darstellt, die man zur Vorbereitung machen soll, um den Opportunisten kein allzu bequemes Alibi zu liefern, so muß man nach unserem Dafürhalten als Grundlage für die Vereinbarung von Genua deutlich festlegen, daß es zwar jeder Partei oder politischen Strömung freisteht, ihre spezifischen Aktionsmittel einzusetzen, d.h. Parlamentarismus für die Sozialdemokraten und illegale Aktion für die Kommunisten, daß aber die gewerkschaftlichen Organisationen sich eindeutig darüber einigen müssen, **DIE GEWERKSCHAFTLICHEN KRÄFTE AUF DEM BODEN DER KLASSENAKTION EINZUSETZEN.** Die Gewerkschaften müssen erklären, daß die Unterwerfung unter die Zwänge der Bourgeoisie ihren Tod bedeuten würde und daß die einzige mögliche Antwort **IN DEM EINSATZ DER KRÄFTE DER PROLETARISCHEN ORGANISATION FÜR DEN KAMPF AUF IHREM EIGENEN BODEN, AUF DEM BODEN DES GENERALSTREIKS, LIEGT.** Man soll in Genua nicht den Generalstreik ausrufen, son-

dern, wie im kommunistischen Antrag von Verona vorgeschlagen wurde, dem proletarischen Komitee das Mandat geben, den Kampf im Hinblick auf dieses zentrale und zum geeigneten Zeitpunkt anzuwendende Aktionsmittel vorzubereiten.

Die Einheitsfront verliert jeden Wert, wenn sie nicht auf dieser von den Kommunisten vorgeschlagenen Plattform steht: **ZUSAMMENFASSUNG ALLER TEILKÄMPFE; UNNACHGIEBIGE VERTEIDIGUNG DES LEBENSSTANDARDS DES PROLETARIATS; ANWENDUNG DER DIREKTEN GEWERKSCHAFTLICHEN AKTION BIS HIN ZUM GENERALSTREIK.**

Von alledem war in der Parteienversammlung, über die die bereits erwähnte Erklärung berichtet, nicht die Rede. Wozu haben sich Sozialisten, Republikaner und Anarchisten also verpflichtet? Dazu, in den gewerkschaftlichen Organisationen ein formales und lebloses Bündnis zu vertreten, das jeder auf seine Weise interpretieren wird? Man hätte hingegen im Hinblick auf die Versammlung von Genua ein besseres Ergebnis erzielen können, wenn jede Partei ihren Mitgliedern, die in den Gewerkschaften kämpfen, eine klare Losung gegeben hätte, wozu keine gemeinsamen Parteienversammlungen nötig wären - diese können nur zu einem Kompromiß zwischen den verschiedenen und miteinander unvereinbaren politischen Programmen, also zu nichtigen Ergebnissen führen. Ohne von den anderen Bewegungen und Organisationen, die sich für die Einheitsfront erklären, etwas zu verlangen, ohne Vorbedingungen bezüglich ihrer eigenen Beteiligung und Vertretung im Führungsausschuß zu stellen, hat die kommunistische Partei seit langem allen ihren Mitgliedern die Anweisung gegeben, für die grundlegenden Punkte einzutreten, die die einzige mögliche Grundlage der Einheitsfront darstellen. Die anderen politischen Parteien bzw. nach einer alten Bezeichnung (die verwendet wird, um die Republikanische Partei, die man, was wahrscheinlich ihrem Willen entspricht, nicht proletarisch nennen kann, einzubeziehen) die "fortschrittlichen" Parteien sollen sich ebenso verhalten.

Man wird nicht sagen können, daß die kommunistische Partei auf diese Weise ihr Programm gegen dasjenige der anderen Parteien durchsetzen will. Sicher verzichtet die kommunistische Partei nicht auf ihr Programm. Sie behält sich eine äußerst breite Freiheit der kritischen Propaganda und der politischen Polemik vor (und sie verlangt von niemandem, daß er darauf verzichtet, ihr gegenüber dasselbe zu tun). Was aber die Bildung der proletarischen Einheitsfront angeht, so enthalten die Vorschläge der kommunistischen Partei weder die Verpflichtung zum Kampf, um die bürgerliche Ordnung mit Gewalt zu stürzen, noch die Verpflichtung zur Errichtung der proletarischen Diktatur. Sie sind dergestalt, daß sie eine Plattform bilden, auf die man sich stellen muß, wenn die Einheitsfront kein Betrug sein soll, und die man auch dann annehmen kann, wenn man das sozialistische oder das anarchistische Programm vertritt.

MAN DARF ALSO DIE EINHEITSFRONT NICHT MIT EINER UNBESTIMMTEN FORMALEN VEREINBARUNG ZWISCHEN PARTEIEN AUF LOKALER ODER NATIONALER EBENE VERWECHSELN, die so zu interpretieren wäre, daß

jeder mit seinen eigenen Aktionsmitteln seinen Beitrag zum gemeinsamen Ziel der Arbeiterverteidigung zu liefern versuchte, ein Organ, das sich auf parlamentarischer Ebene der Sozialisten (und vielleicht der sozialistischen Minister) und für das Bombenwerfen der Anarchisten bedienen würde. Hier hätte man keine Einheit, sondern ein leeres demagogisches Spiel. Die Einheit der proletarischen Aktion kann auf dem von der Kommunistischen Partei gezeigten Boden praktisch und konkret ALS EINHEIT DER ZIELE UND DER MITTEL verwirklicht werden, weil es sich um Ziele und Mittel gegen die bürgerliche Offensive handelt, die jeder organisierte Arbeiter verfolgen und anwenden kann, ohne daß sich seine Partei dagegen stellt.

Geht aus der Versammlung von Genua eine solche Vereinbarung hervor, so wird man mit den Kräften der Kommunistischen Partei und mit allen ihren Proapaganda- und Kampforganen an vorderster Front rechnen können.

Schließlich stellen wir nicht zwei Bedingungen, sondern zwei Fragen über die Organisierung der Versammlung von Genua. Die alte Formel: "Auf dem Boden des Klassenkampfes" hat keine Bedeutung mehr. Im politischen Sinne ist mehr als fraglich, ob die Politik der Führer der CGL auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Im gewerkschaftlichen Sinne sollen wir jede Arbeitervereinigung mit ökonomischen Zielen als Klassenorganisation anerkennen, ungeachtet der politischen Farbe ihrer Führer. Wir schlagen daher vor, daß die Einladung für die Versammlung von Genua OHNE JEDE EINSCHRÄNKUNG AUF ALLE ORGANISATIONEN, DIE DARAN TEILNEHMEN MÖCHTEN, AUSGEDEHNT WIRD.

Darüber hinaus stellen wir noch die Frage, ob auf einer so wichtigen Versammlung die großen ökonomischen Organisationen allein durch die in den Händen der jeweiligen Mehrheit befindlichen Exekutivkomitees und Führungsausschüsse vertreten sein sollen und nicht vielmehr DURCH EINE NACH BREITEREN KRITERIEN UND IM VERHÄLTNIS ZU DEN POLITISCHEN FRAKTIONEN, DIE ES IN JEDER ORGANISATION GIBT, GEWÄHLTEN DELEGATION. Auf diese Weise wären alle im proletarischen Lager vorhandenen Tendenzen vertreten, ohne die politischen Parteien einzuberufen, was in der Tat den Erfolg der Initiative nicht begünstigen würde.

Wenn die kommunistischen Minderheiten auf der Versammlung reden dürfen, so nicht um zu behaupten, daß das Proletariat allein durch die Annahme des kommunistischen Programms vereint werden kann. Sie werden lediglich die drei Punkte, auf die wir hingewiesen haben, aufstellen; sie werden lediglich einen klaren Inhalt und eine klare Methode für die Einheitsfront fordern. Die Haltung unserer Partei könnte nicht einfacher und klarer sein. Sie ist bereit, alles für die Einheit zu geben, sie ist bereit, alles zu geben, damit die Einheit nicht mit neuen und verheerenden Enttäuschungen für das italienische Proletariat bezahlt wird, das auf dem Wege des Sieges allzuoft durch die Unfähigkeit der Führer gebremst wurde."

Die Einschätzung der Partei über den zweideutigen politischen Charakter der Allianz wurde

durch die Erklärung der Organisationen, die an dieser zunächst für Genua einberufenen und dann am 18.-19. Februar in Rom stattgefundenen Versammlung teilnahmen, bestätigt. Diese Erklärung vom 20. Februar zeigt sehr klar die heterogene Natur der hastig versammelten Kräfte: Seite an Seite mit der Forderung nach dem Generalstreik findet man dort die typisch sozialdemokratische Formel der "Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten und des gewöhnlichen Rechts (!)". Die Erklärung, deren allgemeiner Ton strikt defensiv ist, verrät eine bürokratische Sorge, die proletarische Beteiligung durch Gipfelverhandlungen einzuschränken. Eine wesentliche Neuigkeit war aber darin enthalten, denn sie erkannte die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer gemeinsamen, koordinierten und auf allen Ebenen abgesprochenen Aktion unter Führung eines Zentralorgans mit effektiver Macht über alle Mitgliedsorganisationen. Wir zitieren diese "Erklärung über die Bildung der Allianz der Arbeit":

"Die Vertreter der Arbeiterorganisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes handeln (CGL, USI, UIL, Eisenbahnergewerkschaft, Nationaler Verband der Hafendarbeiter) (4a) - ausgehend davon, daß die Einheit der Kräfte der Arbeit im Kampfe gegen den Kapitalismus die wesentliche Bedingung für die Erzielung der proletarischen Emanzipation ist,
- in Erwägung, daß sich diese Einheit umso mehr in den Augenblicken aufzwingt, in denen (wie heute) die organisierte Gewalt der reaktionären Kräfte sich gegen die Arbeiterorganisationen blind niederschlägt, um diese zu zerstören und das Proletariat somit des Instruments seiner eigenen Verteidigung und seiner eigenen Eroberungen zu berauben,
- beschließen, den verbündeten Kräften der Reaktion die Allianz der proletarischen Kräfte entgegenzustellen, mit dem Ziel der Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten und des gewöhnlichen Rechts wie der Verteidigung der allgemeinen Errungenschaften der arbeitenden Klassen sowohl auf ökonomischer wie auf moralischer Ebene.

Um diese Ziele zu erreichen, halten es die Versammlungsteilnehmer für angemessen, ein nationales Komitee zu bilden, bestehend aus Vertretern aller Verbündeten Organisationen und mit der Aufgabe, die Koordinierung und Disziplin der Abwehraktionen der Arbeiterklasse zu erreichen.

Das nationale Komitee wird seine Arbeit mit der Zusammenstellung eines praktischen Aktionsprogramms aufnehmen (ohne jegliches Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes einschließlich des Generalstreiks auszuschließen", das die nachlassenden Energien des Proletariats wieder aufrichten und das Proletariat überzeugen soll, daß durch die Zusammenwirkung seiner eigenen Kräfte die Wiederaufnahme der freien Ausübung seiner gewerkschaftlichen und politischen Aufgaben sehr bald möglich sein wird.

Das nationale Komitee wird sich aus zwei Vertretern jeder Mitgliedsorganisation zusammensetzen, mit Ausnahme der CGL, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Bedeutung und der Notwendigkeit, die wichtigsten in ihr organisierten Wirtschaftszweige im Komitee vertreten zu lassen, fünf Vertreter ernennen wird. Diese Ver-

treter werden von ihren jeweiligen Organisationen ernannt. Einstimmig gefaßte Beschlüsse sind für alle Mitgliedsorganisationen bindend (...)"

Die Erklärung der KP aus Anlaß der Gründung der Allianz greift auf die Argumente des Artikels vom 10. Februar zurück und schließt mit der Bemerkung ab, daß die Partei trotz ihrer Vorbehalte "die Vereinbarung an sich für einen ersten und nützlichen Schritt hält" und daß das neue Komitee "mit der Unterstützung der kommunistischen Kräfte rechnen kann, die neben dieser Aufgabe auch wachsam sein werden, damit der proletarische Einsatz nicht auf Scheinziele gelenkt wird und die Klassenaktion nicht zur Kollaboration mit der Bourgeoisie entartet oder für die parlamentarische Konkurrenz unter den verschiedenen Gruppen im Streit um die Regierungsbildung mißbraucht wird" ("Sin-dacto rosso", 25. Februar 1922).

Unabhängig von den Absichten der sozialistischen Rechte und den Vorteilen, die sich diese aus der neuen Situation erhoffte, war die Allianz der Arbeit (AA) entstanden, weil das Proletariat sich an einem Wendepunkt seines Lebenskampfes befand und seine Alternative klar war: entweder die Waffen ohne Kampf zu strecken oder mit offenem Visier zu kämpfen. Auf dieser Feststellung beruhte die Taktik der Kommunistischen Partei, "bedingungslos" an der AA teilzunehmen. Für die Partei handelte es sich darum, unter den Massen, in den Gewerkschaften, am Arbeitsplatz, eine große Aktivität zu entfalten, damit sich das Proletariat angesichts der kapitalistischen Offensive die kommunistische Plattform zu eigen machte und die AA zu einer frontalen Aktion gegen den Feind zwingt.

"Man könnte fragen" - heißt es darüber in einem Leitartikel des Parteiorgans "Rassegna Comunista" vom 28. Februar 1922 - "warum die kommunistische Partei nicht an der Versammlung der politischen Parteien teilnahm, um diese drei Punkte" (vgl. den zitierten Artikel "Die Allianz der Arbeit") "als gemeinsames Programm einer Vereinbarung zu stellen. Sowohl die prinzipiellen wie die praktischen Gründe liegen auf der Hand. Was das Grundsätzliche angeht, so kann und soll man dem Proletariat sagen, daß man erwartet, daß die Gewerkschaften sich auf den Boden einer offenen Abwehr der bürgerlichen Offensive stellen, weil diese Aktion in ihrer Natur und in ihrer Möglichkeit liegt; dieselbe Überzeugung kann man nicht im Hinblick auf die politischen Parteien aussprechen, deren Methode, der Unternehmeroffensive zu entgegen, von uns ständig als betrügerisch und unzulänglich verworfen werden muß. Dies gilt für diejenigen, die die Rolle des bürgerlichen Staates positiv bewerten, wie für diejenigen, die die Rolle des bürgerlichen Staates negieren.

Die praktischen Gründe ergeben sich aus den Tatsachen selbst. Wie die Polemik unserer Partei gezeigt hat, haben sich die Sozialisten der Einheitsfrontinitiative angenähert, um einen Trumpf für die Einwirkung auf die Regierungskrise zu haben, bzw. um eine bürgerliche Regierung, die ihre Pläne begünstige, vom Stapel zu lassen. Es ist nicht ganz eindeutig,

ob die Führer der Eisenbahnergewerkschaft, obwohl es unter ihnen Anarchisten und revolutionäre Syndikalisten gibt, immun sind gegen den taktischen Plan, sich der Einheit der proletarischen Organisationen nicht für den Kampf der Massen gegen die bürgerliche Offensive zu bedienen, sondern um durch eine Regierungspolitik die unmittelbaren Probleme des Personals der staatlichen Eisenbahnen zu lösen.

Jeder sieht, wie die Taktik unserer Partei, ohne die Deutlichkeit und Entschlossenheit unserer Kritik und unserer spezifischen Propaganda zu beeinträchtigen, alle positiven Faktoren ausnutzt, um die Einheitsfront der Massen zu verwirklichen und gegen opportunistische Irreführung zu schützen. Durch unsere Taktik erreichen wir auch das Ziel, deutlich und ohne Hintergedanken als die wahren Verfechter der Einheit zu erscheinen.

Von der so aufgefaßten und verfolgten Kampfeinheit zu einer allgemeinen Koalition aller proletarischen Gewerkschaften und Parteien überzugehen, würde in Wirklichkeit nicht bedeuten, daß man den Umfang und die Kraft der Einheitsfront erhöht, und unsere Partei lehnt es nicht aus Prinzipienreiterei ab, diesen Boden zu betreten. Eine solche Einheit wäre nur dem Namen nach eine Einheit, sie würde keine Einheit des KAMPFES, der ZIELE und der MITTEL bilden und sie würde den Zusammenhalt des Proletariats in Gefahr bringen." Und der Artikel fügte hinzu, um auf die Kritik der Komintern an der Politik der Parteiführung zu antworten (mit Argumenten, die übrigens alles andere als "abstrakt" waren): "Die ganze Internationale befaßt sich heute leidenschaftlich mit der taktischen Frage. Wir sind (...) der Ansicht, daß unsere Auffassung von den Grenzen" (der Einheitsfronttaktik) "besser als durch die allgemeine Diskussion aufgrund der Prinzipien und der spezifischen Maßstäbe der kommunistischen Taktik - eine Diskussion, zu der unsere Partei einen großen Beitrag leistet - durch die einfache Darlegung der wirklichen Politik, die wir zwangsläufig einschlagen mußten, klargestellt werden kann, einer Politik, die wir mit einem Höchstmaß an Energie und in der Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein, betreiben: auf dem Weg des kämpferischen Marxismus, von dem die Leitsätze des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Einheitsfront in bezug auf Italien sprechen".

Da es durch die Führungsorgane der AA formal benachteiligt worden war, richtete das Gewerkschaftsnetz der Partei alle seine Anstrengungen auf die lokalen Komitees der Allianz, die den Massen näher standen und daher leichter zu gewinnen waren, um die höheren Instanzen unter Druck zu setzen und vor allem, um entschlossene Kerne für den physischen und bewaffneten Kampf gegen die Faschisten zu bilden. Diese Position, die aus den gegebenen Kräfteverhältnissen und nicht aus einer "Wahl" der Partei resultierte, entsprach keiner Idealisierung der "lokalen Demokratie" und sie sollte im Laufe der von der Partei zentral koordinierten und geführten Tätigkeit die Orientierung der Massen anläßlich der periodischen Tagungen der Allianz wie vor allem von Manifestationen und Streiks ermöglichen.

Die Hervorhebung der gewerkschaftlichen Aktion der Partei führt uns nicht von unserem Thema - ihrem Kampf gegen den Faschismus - weg. Die Partei setzte ihre Organisationsbemühungen insbesondere auf militärischer Ebene fort, sie versuchte aber zugleich, sich auf die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen (Arbeitskammern, Allianz-Komitees, Streikkomitees, Bauernverbände usw.) zu stützen, die lauter Organisationen der proletarischen Verteidigung auf dem Boden des *physischen Kampfes* waren. Die zwei Aktionen entwickelten sich in einer engen Verbindung miteinander und entsprachen dem doppelten Maßstab der Parteiselbständigkeit und ihrer Verbindung mit dem Massenkampf. Gerade dies zeigt den "Realismus" der Partei, den man schon deshalb hervorheben muß, weil diese Politik einer Distanznahme auf politischer Ebene bei gleichzeitiger voller Unterstützung der AA von der Komintern mißverstanden wurde.

Ende April fand in Rom der 2. Kongreß der Kommunistischen Partei statt, dessen Thesen über die Taktik der Leser in "Kommunistisches Programm" Nr. 14 finden kann. Auf dem Kongreß wurden "praktische Richtlinien für die Anwendung der Gewerkschaftsthesen" beschlossen, die wir im folgenden auszugsweise wiedergeben:

1. *Es ist notwendig, daß die Partei und ihre zentralen wie lokalen Organe besonders darauf achten, daß die Kommunisten ihren gewerkschaftlichen Pflichten nachkommen, zumal da in dieser Periode die Gewerkschaftsaktion eine Bedeutung als Grundlage für die Verwirklichung der Einheitsfront gewinnt;*
2. *der zentrale Gewerkschaftsausschuß muß eine landesweite Kampagne für die Satzungsänderung der Arbeitskammern beginnen, damit die verantwortlichen Organe der Bewegung von den Organisationsmitgliedern durch allgemeine und direkte Stimmabgabe nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden und damit den Wahlen immer eine ausreichende Zeit für vorbereitende Diskussionen vorausgeht;*
3. *Es wird das Vertrauen ausgesprochen, daß die Mängel der "Einheitsfront" durch die Bildung von lokalen Komitees behoben werden können. Diese Komitees müssen nach Überwindung der jetzigen Phase direkt von den organisierten Massen gewählt werden, damit sie die Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterklasse konkret und wirksam verwirklichen können;*
4. *der zentrale Gewerkschaftsausschuß soll den lokalen Komitees der AA angemessene Formen der Abstimmung der gesamten Arbeitermassen jedes Ortes und eine gleichartige Befragung der gesamten Belegschaft jedes Betriebes durch die jeweiligen Betriebskommissionen vorschlagen;*
5. *in Voraussicht, daß die AA mindestens für die Schaffung der Einheitsgewerkschaft in Italien dienen soll, soll man die weitere Entwicklung in der Haltung der ihr beigetretenen Organisationen abwarten, bevor man entscheidet, ob die Kommunisten die nicht zum Verband gehörenden Organisationen verlassen sollen;*
6. *der zentrale Gewerkschaftsausschuß muß veranlassen, daß die kommunistischen Gruppen innerhalb der Gewerkschaften und der Arbeitskammern Anfragen einbringen, mit der Forderung nach Versammlungen der organisierten Massen,*

- damit sich diese über die Politik der Führer der Gewerkschaftszentrale äußern, denn diese Führer ernennen sich selbst zu Sprechern der gesamten organisierten Masse und nehmen politische Einstellungen an, die von der Mehrheit der Mitglieder keineswegs autorisiert wurden;*
7. *die Kommunisten, die Organisationen führen oder die Mehrheit von Betriebskommissionen stellen, müssen die Organisierten oft versammeln, um ihnen die wirkliche Lage und die sich daraus ergebenden Positionen darzulegen; gerade weil sie sich der inneren Grenzen jeder Teilaktion bewußt sind, sollen sie keine in Angriff nehmen, bevor sie die betroffenen Massen befragt und ihnen die erwähnten Grenzen dargelegt haben, was allerdings niemals als Vorwand dienen darf, um sich der Pflicht zu entziehen, überall, wo es auch nur möglich und notwendig ist, zu kämpfen;*
 8. *der zentrale Gewerkschaftsausschuß muß eine Kampagne durchführen, damit die Arbeitskammern die notwendige Autonomie behalten, um die lokalen Bewegungen wirksam zu unterstützen; es ist dabei zu erklären, daß dies in keinem Gegensatz zur Disziplin und Koordinierung der Aktion steht, sondern vielmehr deren Grundlage bildet, da Disziplin und Koordinierung undenkbar sind, wenn die Struktur des Gewerkschaftsbundes nicht den praktischen und lebenswichtigen Bedürfnissen der Gewerkschaftsbewegung entspricht;*
 9. *Der Parteikongreß weist die gewerkschaftlich organisierten Kommunisten auf die dringende Aufgabe hin, in den Organisationen, denen sie angehören, die Initiative für die Verteidigung und die Unterstützung der Arbeitslosen zu ergreifen; den Arbeitslosen muß man an erster Stelle die Möglichkeit bieten, weiterhin am Leben der Organisationen teilzunehmen. In diesem Sinne muß der zentrale Gewerkschaftsausschuß der Partei eine energische Aktion entfalten, um zu erreichen, daß die Arbeitslosen, die, weil sie arbeitslos sind, von den Gewerkschaftsorganisationen für gestorben betrachtet werden, die Mitgliedskarte und mit ihr sämtliche gewerkschaftlichen Rechte voll behalten (...)."*

Es handelte sich, wie man sieht, um eine aktive und offensive Taktik, die sich auf die traditionellen lokalen Organe der Gewerkschaften stützte und sie mit dem Kampfgeist der Partei durchtränkte, im Versuch, aus ihnen Bollwerke des proletarischen Widerstandes und ebenso Stützpunkte für den Kampf gegen die bürokratisierte und verkalkte Führung und deren eigentlich nicht einmal mehr zwielichtige Manöver zu machen.

Mitte Mai, während sich die Reihe großer Streiks in der Metallindustrie ganz Norditaliens wieder eröffnete, untersuchte der kommunistische Gewerkschaftsausschuß die Lage wie folgt ("Ordine Nuovo", 19. Mai 1922):

"FÜR DIE STÄRKUNG DER ALLIANZ DER ARBEIT"

1. *Die ökonomische Offensive der Arbeitgeber hat im Laufe der letzten Zeit wieder zugenommen und sie bedroht die ohnehin schlechten Positionen, auf die sich das Proletariat, von der Reaktion geschlagen, zurückziehen mußte. Die*

Furcht vor einer Gegenoffensive der Arbeiter und der Bauern führt die Kapitalisten dazu, den entscheidenden Kampf gegen das Proletariat zu führen, um es in eine solche Lage zu versetzen, daß es sich für eine lange Zeitspanne nicht wieder aufrichten kann.

2. Die Arbeitslosigkeit breitet sich besorgniserregend aus. Die von der Regierung bewilligten Zeiträume für die Auszahlung der elenden Arbeitslosenunterstützung verfallen, und der Erfolg der Forderungen nach Verlängerung ist zweifelhaft. Von den unvermeidlichen Folgen der Krise getrieben, mußten sich die Arbeitermassen zwangsläufig in den 'ökonomischen Gewerkschaften' organisieren und sie wenden die Methoden der Klassenaktion gegen Arbeitgeber und Staat an.

3. Die zunehmende ökonomische Offensive des Kapitalismus wird durch eine lebhaft und blutige Steigerung der staatlichen Reaktion begleitet. Ein heftiger Kampf zwischen Proletariern und weißen Gardien wird tagtäglich geführt, und letztere haben weite Landstriche und Abertaumende von Arbeitern unter ihre Herrschaft gebracht.

Der Regierung ist der reformistische Standpunkt der CGL-Führer ebenso bekannt wie die traurige Lage der Gewerkschaften; sie fühlt sich daher stark, zu verteidigen, um neue Tarifverträge zu schließen und um die landwirtschaftlichen Verträge, die letztes Jahr den Bauern und Landarbeitern mit dem Knüppel der weißen Gardien aufzungen wurden und sich heute noch verhärten und verschlechtern sollen, zu erneuern.

4. In Stadt und Land sind bereits viele Kämpfe, denen sich demnächst weitere anschließen werden, im Gange. Um die Löhne, deren Höhe unaufhörlich sinkt, zu verteidigen, um neue Tarifverträge zu schließen und um die landwirtschaftlichen Verträge, die letztes Jahr den Bauern und Landarbeitern mit dem Knüppel der weißen Gardien aufzungen wurden und sich heute noch verhärten und verschlechtern sollen, zu erneuern.

5. Das in alle Winde hinausposaunte Versprechen der CGL, mit der geistreichen Erfindung der 'Untersuchung der Industrie' (...) die Lohnsenkungen aufzuhalten, erwies sich in dieser für die Arbeitermassen tragischen Lage als ein Betrug, wie es die Kommunisten deutlich vorausgesehen hatten. Dieses hinterhältige Manöver der Reformisten diene lediglich dazu, den Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer aufzuschieben; und heute, da die Bedingungen für den Widerstand der Arbeitermassen sich verschlechtert haben, droht dieser Kampf, heftiger auszubrechen.

6. Trotzdem, trotz einer bewaffneten Reaktion, die schon mehr als achtzehn Monate dauert, trotz der erlittenen Niederlagen, kann man bei den Arbeitern aller Wirtschaftszweige die Tendenz feststellen, die Kräfte für die Verteidigung der wesentlichen moralischen und ökonomischen Interessen der Arbeiter wieder zu sammeln. Der erste Grund dafür, daß die Energien der Massen wieder aufblühen, liegt in dem Zusammenschluß aller großen Gewerkschaftsorganisationen, die sich auf dem Boden der AA entfaltet, dieses ersten und noch unvollkommenen Versuches, die Einheitsfront der organisierten Arbeitermassen zu verwirklichen.

7. Die Kommunistische Partei muß betonen, daß der Versuch, der zur Bildung der AA geführt hat, verbessert und verallgemeinert werden soll. Die Bildung der AA erfolgt noch nicht in allen

Städten, in denen hierzu die organisatorischen Bedingungen vorhanden sind. Die großen Gewerkschaftsorganisationen achten nicht darauf, ob ihre lokalen Organe die Anweisungen der nationalen gewerkschaftlichen Exekutivkomitees einhalten. Damit sich die Einheitsfront wirklich festigt, müssen in jeder Stadt lokale Komitees der AA durch direkte Wahl der Mitgliedermassen der verbündeten Organisationen errichtet werden; diese lokalen Sektionen müssen dann zu einem nationalen Kongreß zusammentreffen, und nur dieser Kongress darf das zentrale Führungskomitee der AA mit proportionaler Vertretung aller politischen Fraktionen, die an der Führung der Gewerkschaft stehen, ernennen.

8. Angesichts der kritischen sozialen und politischen Lage in Italien und unter Berücksichtigung der sich klar und bei verschiedenen Gelegenheiten abzeichnenden Tendenz der proletarischen Massen, den Kampf aufzunehmen, hat die AA die Pflicht, die Aufgabe, für die sie entstanden ist, zu erfüllen.

Angesichts des Anklangs, den die Allianz bei den Massen gefunden hat, zur Zeit aber nicht ausnutzt, darf keine Organisation und kein Führer ihre Reihen ungestraft verlassen.

Die Kommunisten wiederholen, daß es eine notwendige und dringliche Aufgabe der AA ist, bestimmte wichtige Forderungen festzulegen, und zwar genau:

- A) 8-STUNDEN-TAG FÜR ALLE ARBEITER
- B) AUFHALTEN DER LOHNSENKUNG, DAMIT DAS PROLETARIAT NICHT DIE LETZTEN POSITIONEN AUFGEBEN MUSS UND IN DEN HUNGER STÜRZT, UND UM DIE VERLORENEN POSITIONEN ZURÜCKERBERN ZU KÖNNEN
- C) WIEDERHERSTELLUNG UND EINHALTUNG DER TARIFVERTRÄGE UND DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN ABMACHUNGEN
- D) VERTEIDIGUNG DER ORGANISATION
- E) SICHERSTELLUNG DER EXISTENZBEDINGUNGEN DER ARBEITSLOSEN ZU LASTEN DER KAPITALISTENKLASSE UND DES STAATES

9. Die Notwendigkeit, daß der Kampf um die oben genannten Punkte schnellstens aufgenommen wird, bestätigt mit mathematischer Genauigkeit die kommunistischen Vorhersagen; sie bestätigt erneut die unaufschiebbare Dringlichkeit, daß die Zentrale der AA den Vorschlag eines nationalen Generalstreiks aller Branchen mit der oben erwähnten Plattform sofort annimmt. Dieser nationale Generalstreik ist zum angemessenen Zeitpunkt mit der nötigen Vorbereitung zu organisieren, und der zentrale kommunistische Gewerkschaftsausschuß und die nationalen kommunistischen Berufsausschüsse schlagen ihn dem Zentralkomitee der AA offiziell vor, als einziges Mittel zur Verteidigung der elementaren Bedingungen der Arbeiterklasse".

Diese Forderung war von dramatischer Aktualität. Die Offensive der faschistischen Banden begann wieder mit erneuter Kraft. Seitdem die "Fasci" sich eine Parteistruktur und -physiognomie gegeben hatten, spielte Mussolini auf zwei Tasten: 1) das parlamentarische Manöver der Annäherung an die traditionellen bürgerlichen Parteien mit

Hinblick auf die Bildung einer Kolationsregierung, 2) die Stärkung seines Militärapparates in den Provinzen und Regionen, nicht zuletzt durch die Unterstützung, die seine Bewegung dank ihrer wachsenden "Seriosität" von der Großindustrie und der Großfinanz erhielt. Von der neuen Regierung Facta geduldet, von den Liberalen und der Volkspartei dementsprechend mit Wohlwollen gesehen, wurde das alternierende - legale und "illegale" - Spiel des Faschismus durch die Passivität der CGL und die Untätigkeit der (im übrigen durch innere Gegensätze zerrissenen) PSI begünstigt, sein Tatendrang und seine Arroganz gefördert. In einem Bericht für die Komintern schrieb die KP 1923 über diese Phase: *"Die Bewegung der faschistischen Sturmtrupps erreichte 1922 ihren höchsten Ausdruck... Die ersten, aristokratischen, "ver zweifelten" Brigaden waren verschwunden, waren 'absorbiert' worden, ihre Mitglieder hatten sich zurückgezogen oder waren auf den Kommandostellen diszipliniert worden. Sie verfolgten nicht mehr die Taktik des äußerst kühnen Häufleins, das mit Impetus, mit der Tat um alles oder nichts, siegt oder fällt. Zahlenmäßig große Zusammenrottungen von politisch wie materiell heterogenen Elementen, die sich vor allem dank dieser zahlenmäßigen Stärke durchsetzen, verlangen Führer, die ihre Autorität mit Energie geltend machen. Doch dessen ungeachtet erinnern sie, schelmisch und gaunerhaft, ein wenig an die schwarzen Banden, die auf eigene Rechnung hinter den kleinen Armeen des 16. Jahrhunderts liefen. Einfache strategische Pläne. Der Druck wird auf kürzester Linie vorge lagert. Die Kolonnen laufen schnell auf einen Massierungspunkt zusammen. Sie gehen vom Versammlungsstützpunkt aus und kehren auf das Endziel zurück: den Stützpunkt, der sich auf sicherem Gebiet, entfernt von der Gefahr von Gegenschlägen und Überraschungen befindet und wohin die Reserven nach und nach fließen. Angriffsziele präzise gewählt. Detaillierte Angriffsmanöver. Rückzug bei Mißerfolg im voraus festgelegt."*

Derselbe Bericht wies darauf hin, daß die Faschisten nunmehr auf die Waffenlager der Armee zurückgreifen und bei Bedarf mit der offenen oder geheimen Unterstützung der Militärhierarchie rechnen konnten. Wo der Präfekt keine "Kreatur" der Faschisten war, konnten sie ihn, wie in Bologna, verjagen. Darüber hinaus wurden ihre Finanzen *"durch das kapitalistische Gold immer stärker"*; so hatten z.B. in Genua die Reeder eine Million gegeben, damit die Hafenarbeiterorganisationen zerschlagen würden. Anstelle der kurzen Angriffe von relativ bescheidenen und ausgewählten "Sturmtrupps" vermehrten sich daher wahrhaftige Besetzungen von strategisch wichtigen Städten. Sie verfolgten zwei wesentliche Marschrouten: nach dem Norden, in Richtung auf die großen proletarischen Ballungszentren; nach dem Süden, in Richtung auf die Hauptstadt und auf die einzige Region des Mezzogiorno, in der es einen großen Kern von Tagelöhnern mit einer mächtigen Kampftradition gab: Apulien.

Die schwarzen Banden waren nach Monaten der scheinbaren Stagnation (und der effektiven

Vorbereitung) in der Tat wieder zum Angriff übergegangen: Am 12. Mai besetzten sie Ferrara für zwei Tage; am 20. belagerten sie Rovigo; zwischen dem 27. Mai und dem 1. Juni haben sie Bologna praktisch erobert und erst wieder verlassen, nachdem sie mit dem Präfekten einen "Waffenstillstand" vereinbart und die Aufhebung eines Dekrets erreicht hatten, das den Transport von Arbeitskräften (in Wirklichkeit Faschisten, als Streikbrecher verkleidet) von einer Provinz in die andere verbot. Am 24. Mai, dem Jahrestag des italienischen Kriegsbeitritts, brachen in Rom, vor allem im Volksviertel San Lorenzo, heftige Kämpfe zwischen Milizsoldaten und Arbeitern aus. Die AA rief sofort den Generalstreik aus, brach ihn aber am 26. nach der Intervention der Regierung wieder ab. Einmal mehr wurden die Schwäche der Koalition, auf der die Allianz beruhte, und das Fehlen eines zusammenhängenden Aktionsplans offensichtlich.

Die Ereignisse von Bologna und Rom verliehen den Aufrufen der KP eine noch größere Bedeutung. Das Manifest, das die Partei aus Anlaß jener Ereignisse veröffentlichte, liefert ein gutes Beispiel für unsere Auffassung vom Kampf gegen die Kapitalisten im allgemeinen und die Faschisten insbesondere:

"FÜR DEN PROLETARISCHEN GEGENSCHLAG!

Werktätige! Arbeiter und Bauern Italiens!

Mit einer neuen Gewaltwelle entfesselt sich der reaktionäre Angriff gegen eure Stellungen, gegen die Organisationen, die ihr dank eurer Hartnäckigkeit und eurem Widerstand in Monaten des schwierigsten und verzweifeltsten Kampfes wie unbezwingbare Bollwerke aufrechterhalten habt.

Die Arbeiter von Bologna, die Pächter und Tagelöhner von Bologna, wurden wieder als erste durch die Schläge des Feindes getroffen. Man will die von ihnen geschaffenen und mit Mühe verteidigten Organisationen zerstören, man will die proletarischen Eroberungen und Rechte selbst aus ihrem Gedächtnis tilgen. Knüppelschläge, Verwundungen, Morde, Brandanschläge, Plünderungen, die Ausbreitung des Terrors über ganze Regionen - diese Waffen setzt man gegen das unglückliche und heroische Proletariat von Bologna und Umgebung. Doch die grausame Welle des dreckigen antiproletarischen Krieges schickt sich an, von Bologna auf die anderen Regionen überzugreifen. Die noch Widerstand leistenden proletarischen Stellungen, die für euch eine Hoffnung und eine Möglichkeit des Gegenangriffs darstellen, will man eine nach der anderen zu Fall bringen.

Zugleich entfesseln die Industriellen den Angriff gegen die Metallarbeiter, um sie wieder einmal mit Gewalt ihrem Willen zu beugen; sie hoffen, nach einem Sieg über die Metallarbeiteravantgarde die Vereinbarungen und Verträge zerreißen zu können, mit denen die Errungenschaften der Arbeiter aller anderen Branchen gesichert werden.

Arbeiter und Bauern!

Die Genossen und Brüder von Bologna fordern eure Hilfe! Ihr wißt, daß man in Bologna eine

Schlacht führt, die euch alle betrifft. Man muß der Offensive des gemeinsamen Feindes schon in den Anfängen Einhalt gebieten. Man muß die Arbeiter aller Berufe in Italien zum Gegenangriff aufrufen und gegen den Feind eine allgemeine Aktion beginnen. Man darf es dem Feind nicht gestatten, die Verteidigungsstellungen des Proletariats eine nach der anderen zu zertrümmern, während die proletarischen Reihen dem mit ohnmächtigem und vergeblichem Zorn zusehen.

Noch seid ihr die Stärkeren, wenn ihr dem Angriff der bewaffneten Reaktion und der Industriellen eine zu einem einzigen Bündel vereinte und in einer Einheitsfront des proletarischen Gegenangriffs organisierte Kraft entgegenstellt. Die Einheitsfront der Verteidigung und des Gegenangriffs muß zu einer Wirklichkeit werden. Das ist es, was ihr von den Führern der Gewerkschaftsorganisationen, in denen alle Kräfte der Arbeiterklasse gesammelt sind, fordern müßt. Das ist es, was ihr von der Allianz der Arbeit fordern müßt, die ja gerade zu dem Zwecke geschaffen wurde, den Kampf für die Verteidigung und die Vergeltung zu organisieren und zu führen.

Während der Feind alle seine Kräfte gegen einen Punkt der proletarischen Front entfesselt, um diese zu brechen und sich in die Lage zu versetzen, alle euch verbleibenden Reihen niederzureißen, müßt ihr dem Angriff mit der allgemeinen Aktion antworten. Unschlüssigkeit, Zweifel, Zaudern, zweideutige parlamentarische Manöver, all das nützt nur dem Feind. Den Feind kann man nur zurückschlagen, wenn man gegen ihn die geballte und für den Kampf organisierte Kraft der gesamten Arbeitermasse schleudert.

Werkstätige! Arbeiter und Bauern Italiens!

Laßt die Organisationen, die die Verantwortung euch zu führen, für sich in Anspruch genommen haben, fühlen, daß obiges euer Wille ist. Stellt auf euren Versammlungen, in den Treffen und in den Kundgebungen die Führer vor diese Verantwortung und verlangt, daß die AA ihre Aufgabe erfüllt. Laßt es nicht zu, daß der Feind angesichts eurer Untätigkeit und Zersplitterung seinen Angriff zu Ende führt.

Schließt miteinander einen neuen Bündispakt für den äußersten Kampf. Setzt euch dafür ein, daß von unten her eine Einheitsfront aus allen euren Bestrebungen und Sparten entsteht und sich unwiderstehlich aufrichtet.

Diese Losung gibt euch die Kommunistische Partei, die bereit ist, mit euch an vorderster Front mit ihrer ganzen Kraft zu kämpfen.

Es lebe die Solidarität mit dem Proletariat Bolognas und mit den Proletariern der Metallindustrie, der Vorhut aller Arbeiter und Bauern Italiens!

Es lebe die allgemein Aktion für den Gegenangriff des Proletariats in Stadt und Land!

Es lebe die Einheitsfront der Tat und des Kampfes der ganzen werktätigen Klasse!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Italiens."

SOZIALISTISCHER VERRAT

Wollen wir verstehen, wie sich die Sozialisten im Laufe dieser unruhigen Monate darauf vorbereiten, das Proletariat aufs schändlichste zu verraten, so müssen wir etwas in der Zeit zurückgehen.

Wir haben gesehen, daß die Versuche, eine linke Regierung zu bilden, gescheitert waren und daß der Giolittianer Facta am 23. Februar die Regierung übernahm. Anstelle der "besseren Regierung", für die sich die Sozialisten eingesetzt hatten, kam die zweifellos "schlechtere Regierung" zustande (5), die auch, was die Absichten der Liberalen und mindestens eines Teiles der Volkspartei angeht, am geeignetsten war, um einer Regierung der Koalition mit den Faschisten oder einer vom Staat wohlwollend geduldeten Gewaltlösung den Boden zu bereiten. Durch Stimmenthaltung machte die sozialistische Fraktion die neue Auflage einer "liberalen Regierung" möglich; damit wurde freilich auch die berühmte "Unnachgiebigkeit" faktisch über Bord geworfen. Die sozialistische Partei sah sich gezwungen, an zwei Fronten zu kämpfen. Sie mußte einerseits den Wunsch ihres rechten Flügels nach einer offenen Kollaboration zurückhalten, andererseits den Wunsch ihres rechten Flügels nach einer offenen Kollaboration zurückhalten, andererseits die Wut der Basis über das schändliche Manöver der "bedingten Unterstützung" einer amtierenden bürgerlichen Regierung beruhigen bzw. beteuern, den Kampf für die "proletarische Einheitsfront" mittels der AA zu Ende zu führen zu wollen.

Mit einer verlegenen Erklärung über die "parlamentarische Taktik" versuchte die Führung, auf die Kritik der Rechten wie der Linken in der Partei zu antworten, deckte hiermit im Grunde jedoch nur wieder einmal die Kollaborationspolitik der CGL und Turatis. Es lohnt sich, zur ewigen Schande des Zentrismus diese Erklärung zu zitieren:

"Einige Genossen und Sektionen kritisieren den während der letzten Regierungskrise im Parlament unternommenen Versuch. Aus entgegengesetzten, aber gleichwohl abstrakten und oberflächlichen Gründen erklären sie ihn - nachträglich - für verfehlt und äußern ihre Mißbilligung.

Der Parlamentsfraktion war erlaubt worden, sich in die Krise aktiv einzuschalten und davon abzusehen, durch ihre Gegenstimme - die sich ja derjenigen der Reaktionäre anschließen würde - die Bildung einer Regierung zu verhindern, welche die verbrieften Freiheiten, die von den Arbeitern eroberten Rechte und die Friedenspolitik wiederherstellen sollte (!!!). Die einen tadeln dieses Zugeständnis an die Fraktion als zu weitgehend und unrechtmäßig. Sie lassen sowohl die besonderen Bedingungen der Partei und der Arbeiterorganisationen als auch die allgemeinen Bedingungen des geschichtlichen Augenblicks außer Acht: durch die jetzige Lage wurde die proletarische Klasse überall in die reine Defensive gedrängt. Sie lassen ebenfalls unbeachtet, daß die Führung die Pflicht hatte, den wiederholten Appellen der gemarterten Regionen nachzukommen, denen man, ohne die Partei zum Verzicht auf ihr Programm zu treiben oder die von den Parteitag beschlossene allgemeine Aktionsnorm zu ändern, einen ausreichenden

Beweis dafür liefern mußte, daß, um ihnen zu helfen, jedes (!!!) der Führung zur Zeit verfügbare und vom Mailänder Parteitag für den Ausnahmefall zugestandene Mittel zur Anwendung kommen würde.

Die anderen behaupten, der Versuch sei aus dem entgegengesetzten Grund gescheitert: Man habe zu wenig erlaubt. Sie fordern die Führung auf, über die Beschlüsse der Parteitage hinauszugehen. Abgesehen hiervon, d.h. daß nicht die Führung, sondern lediglich ein neuer Parteitag - den einzuberufen sie sich schwer hüten - dies autorisieren könnte; abgesehen davon, ob die mitnichten erprobte Politik der direkten Unterstützung einer liberaleren Regierung über den Erfolg dieser Regierung entscheidet oder nicht, vielmehr, sollte diese gebildet werden, ihren Sturz beschleunigt - lassen sie außer Acht, daß es absurd wäre, eine aus den Fraktionen, die heute" (wohlgemerkt heute!) "im Parlament die Mehrheit haben, zusammengesetzte Regierung dauerhaft zu unterstützen, ohne sich zu entschließen, mit ihnen die Macht und die Verantwortung zu teilen. Sie lassen ebenfalls außer Acht, daß eine solche Haltung die Partei unausweichlich zur Aufgabe ihrer eigenen sozialistischen Rolle und Zielsetzung und zur Übernahme der Rolle, in die die Bourgeoisie sie gerade treiben will, der Rolle einer demokratischen Partei (...), führen würde.

Den einen wie den anderen antworten wir, daß der Versuch nur in dem Maße gescheitert ist, in dem man keine bessere Regierung erhielt; er hat aber in Wirklichkeit die Früchte hervorgebracht, die er unter den heutigen Bedingungen des Parlaments und des Landes geben konnte und sollte. Er hat in der Tat die bürgerlichen Parteien gezwungen, die moralische (!!!) und politische Notwendigkeit einer liberalen Regierung zu erklären. Somit hat er die parlamentarische Krise der Bourgeoisie verschärft (!!!). denn er hat die Bourgeoisie vor ihren eigenen Widerspruch gestellt, der darin besteht, daß sie jenen Werten (!!!) nicht mehr Geltung verschaffen kann, deren historische Notwendigkeit und Dringlichkeit sie anzuerkennen gezwungen wird. Die Partei hat also unter den gegebenen Umständen ihre wirkliche und einzige politisch nützliche und mögliche Rolle gespielt".

Nachdem sie auf diese Weise ihr "moralisches Gewissen" beruhigt hatte, rief die Führung die parlamentarische Fraktion zur Ordnung. Aber am 1. Juni - nach den weiter oben erwähnten Ereignissen und der graduellen Stärkung der AA unter kommunistischem Druck - ging die Parlamentsfraktion wieder zum "Angriff" über. Die Stimmhaltung, die "wohlwollende Neutralität" reichten ihr nicht mehr. Ohne es offen zuzugeben, wollte sie eine Regierung, für die sie stimmen könnte, sie wollte (und darin liegt der Schlüssel für die weiteren Ereignisse) eine Regierung, in der die Sozialisten vertreten wären. Die Tagesordnung von Zirardini, die mit Stimmenmehrheit angenommen wurde, besagte in der Tat: "Unter Berufung auf ihr vorhergehendes Gelöb- nis, die eigene parlamentarische Aktion in

Verteidigung der proletarischen Freiheiten und Organisationen zu führen, wiederholt die parlamentarische Fraktion der Sozialistischen Partei dieses Gelöb- nis und erklärt, daß sie eine Regierung, welche die Wiederherstellung des Gesetzes und der Freiheit zusichert, mit ihren Stimmen unterstützen und ihre eigene parlamentarische Haltung in Einklang mit dieser Regierung bringen wird".

Die parlamentarische Fraktion hatte, da sie von den Rechten beherrscht wurde, mindestens das Verdienst, konsequent zu sein, während die Parteiführung die Verkörperung des Widerspruchs darstellte. Am 4. Juni versammelte sie den Nationalen Parteirat, der die Parlamentsfraktion offen verurteilte und eine erneute "Unnachgiebigkeitsbeteuerung" veröffentlichte. Aber am 14. Juni versammelt sich die Fraktion wieder, "bestätigt die bereits beschlossene Richtlinie und erklärt, daß sie vor dem nationalen Parteitag die Verantwortung für die von den Ausnahmbedingungen verlangte Haltung übernimmt"; sie wird bei der Bestimmung ihrer Haltung "ausschließlich von den Erfordernissen der proletarischen Verteidigung, der Arbeitslosigkeit und der ständigen Drohung von internationalen Konflikten ausgehen" und sie "ruft die Werktätigen Italiens dazu auf, die Handlungen der Fraktion zu unterstützen, denn sie haben ja die Gewißheit, daß die Fraktion niemals etwas tun wird, das nicht im Interesse der werktätigen Klasse liegt."

Wie man sieht, nicht nur rebellierte die Parlamentsfraktion gegen die Parteiführung, die sich damit abfand, sondern sie rief die "Werktätigen Italiens" über den Kopf der Parteiführung hinweg dazu auf, sie zu unterstützen. So sah die Partei aus, mit der die Kommunisten nach dem Beschluß der Exekutive der Komintern vom Februar/März eine politische Einheitsfront bilden sollten! Die diesbezügliche negative Haltung der KP Italiens war aber durch die Lage selbst begründet. Als einzige Partei war die KP bereit, der Gewalt mit der Gewalt und den Waffen mit den Waffen entgegenzutreten. Die proletarische Verteidigung konnte nur gesichert werden durch eine entschlossene Aktion der Partei in den Reihen der großen Massen und ihrer ökonomischen Organisationen, um sie auf den Boden der Partei zu orientieren, weil allein dieser Boden den selbst unmittelbaren Bedürfnissen der physischen Abwehr entsprach. Sich und die Massen in der Illusion zu wiegen, man könne bei anderen Parteien eine Unterstützung finden, hätte bedeutet, das Proletariat von Stadt und Land politisch vorvornherein zu entwaffnen, womit die Möglichkeit seiner materiellen Bewaffnung überhaupt ausgeschlossen wäre; kurzum es hätte die Bedeutung gehabt, die Niederlage vorzubereiten.

Die Beweggründe unserer Taktik kamen u.a. in dem Artikel "Proletarische Verteidigung", der am 8. März in den Tageszeitungen der KP erschienen war, sehr klar zum Ausdruck. Der Artikel, dessen unmittelbarer Anlaß die Ankündigung eines nationalen Kongresses von sogenannten Komitees der proletarischen Verteidigung dubioser Provenienz war, wird im folgenden etwas gekürzt wiedergegeben:

"Die Vorbehalte unserer Partei gegenüber gemischten Ausschüssen der proletarischen Verteidigung und den "Arditi del Popolo" (6) wurden von den unmittelbaren Notwendigkeiten unserer konkreten Aktion und den voraussehbaren kurzfristigen Folgen der einen oder anderen faktischen Haltung diktiert. Und diese praktischen Erwägungen haben unseren allgemeinen Standpunkt regelrecht bestätigt.

Unsere Auffassungen über die Natur der bürgerlichen Offensive und des Faschismus sind wohl bekannt und führen uns zu einer doppelten Prognose: entweder wird sich die bürgerliche Offensive durchsetzen und das Proletariat dazu zwingen, auf jede revolutionäre Initiative und auf jede Organisationsform, die den ökonomischen Ausbeutungsbedürfnissen des Kapitalismus Widerstand leisten könnte, zu verzichten, oder es gelingt dem Proletariat, die kapitalistische Offensive zurückzuschlagen, die organisierte Staatsmacht der Bourgeoisie zu stürzen und die weißen Kampfverbände unter dem Druck seiner Klassendiktatur zu vernichten.

Diese Erwägungen ergeben sich aus der Untersuchung der heutigen ökonomischen Lage. Wenn die bürgerliche Ordnung nicht von der Revolution umgestürzt wird, so wird sie sich, um zu funktionieren, die Möglichkeit sichern müssen, die Arbeiter einer noch intensiveren und schlimmeren Ausbeutung als in den vorhergehenden Jahren zu unterwerfen; sie wird die Offensive gegen die kollektiven Arbeitsverträge zu Ende führen müssen und hierfür die Kräfte der staatlichen und faschistischen Reaktion einsetzen. Es wird ausgeschlossen sein, daß sich der Staat neutral verhält, bzw. im Laufe der ökonomischen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit beide Seiten von der Anwendung von Gewalt abhält. Eine solche Situation hat es übrigens nie gegeben, denn sie steht im Gegensatz zur urwüchsigen Aufgabe des bürgerlichen Staates, der heute lediglich darauf verzichten muß, sich hinter der demokratischen Lüge zu verbergen. Und um sich dieser Lüge weiterhin zu bedienen, organisiert er die Aktion seiner weißen Banden außerhalb seiner offiziellen Körperschaften.

Aus diesem allgemeinen Standpunkt ergibt sich folgende Norm für die praktische Aktion: Die Massen müssen sich mit einer Kampforganisation rüsten, die in der Lage ist, der faschistischen Offensive mit deren eigenen Mitteln entgegenzutreten; gegen die legale Organisation des Staates vorzugehen, da diese heute den Faschismus schützt und die antifaschistische Aktion unterdrückt und morgen direkt aufs Schlachtfeld treten wird; als Grundlage für eine militärische Staatsorganisation des Proletariats zu dienen, die nach dem Sieg der Massen die Existenz jeder weißen Organisation des konterrevolutionären Kampfes verhindern kann.

Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, diese Bedingungen sicherzustellen, um der instinktiven antifaschistischen Reaktion der geschundenen und geopfertten Massen in diesen unentrinnbaren und aufeinanderfolgenden Phasen des Kampfes zum Erfolg zu verhelfen. Selbstverständlich kann diese Aktion nur Erfolg haben, wenn auch die äußerst bedeutenden Schich-

ten des Proletariats gewonnen werden können, die, obwohl sie instinktiv gegen den Faschismus sind, in der politischen Einflußsphäre anderer Parteien als der unsrigen verbleiben. Würde aber eine Kampforganisation, die an der Basis alle diese Massen umfaßte, zugleich einen solchen Charakter haben, daß sie zu einer direkten antifaschistischen Aktion, bzw. zum Kampf gegen die legalen bürgerlichen Kräfte unfähig wäre und sich schließlich ebensowenig als eine Organisation der revolutionären Diktatur konsolidieren könnte, dann hätte man alle Kräfte, auf die das Proletariat zurückgreifen kann, auf den Weg einer nicht fernen Niederlage gebracht.

Die Parteien, die sich außer unserer Partei gegen den Faschismus stellen und im Prinzip mit einer allgemeinen proletarischen Aktion gegen den Faschismus einverstanden sind, sehen diesen Kampf anders und verfolgen ein anderes Programm. Viele von ihnen - und hierzu gehört die sozialistische Partei - haben nicht allein den Massen vom organisierten und bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus abgeraten, sondern haben auch versucht, mit dem Faschismus Frieden zu schließen. Sozialisten wie Republikaner und andere Gruppen verfolgen das Ziel der Wiederherstellung des "gewöhnlichen Rechts" und der Abschaffung des bewaffneten Kampfes zwischen politischen Gruppen unter der unparteilichen Herrschaft des Staates, und sie streben solche Formen der proletarischen Widerstandsaktion an, die diesem Ziel entsprechen. Darüber hinaus teilen diese Strömungen mit Anarchisten und Syndikalisten die Perspektive der Freiheit für alle. Sie würden morgen, nach einem möglichen ersten Sieg der Massen, mit lächerlichen Skrupeln die Errichtung des proletarischen Terrors - der einzigen dialektischen Negation des Faschismus - wie die Abschaffung nicht allein der Banden, sondern auch der 'friedlichen' Organisationen der konterrevolutionären Bourgeoisie torpedieren. Anarchisten und Syndikalisten schließlich verlangen die Freiheit für alle nicht allein im Sinne ihres Zieles (...) der Abschaffung jeder Staatsform durch den Sturz des bürgerlichen Staates, sondern anscheinend auch als unmittelbares Ziel, als Ziel, das der bürgerliche Staat verwirklichen kann, was soviel heißt, DASS SIE GLAUBEN, DARIN EINE LÖSUNG DER HEUTIGEN LAGE ERBLICKEN ZU KÖNNEN. (...)

Wenn man lokale oder nationale Komitees für die proletarische Verteidigung bzw. eine militärische Einheitsorganisation wie diejenige der 'Arditi del Popolo' bildet, so überläßt man ihnen, bzw. ihren Mehrheiten die Entscheidung über die durchzuführenden Aktionen. Nun, die Lage diktiert der proletarischen Aktion die erwähnten Richtlinien. Aber nicht einmal die Bescheidenste dieser Richtlinien kann als Vorbedingung für eine gegenseitige Verpflichtung gestellt werden, wenn man solche Organisationen bilden will. Es liegt auf der Hand, daß keine Vereinbarung erreicht werden könnte, wenn man von allen Beteiligten verlangen würde, daß sie sich nicht bloß mit verschwommenen Worten verpflichten, gegen den Faschismus dessen eigene Bürgerkriegsmethoden anzuwenden, geschweige denn, wenn man von ihnen verlangen würde, sich zum Kampf gegen die offiziellen Staatskräfte zu verpflichten. Das Höchste, was man bei der Bil-

dung solcher Aktionsorgane erreichen kann, ist, daß kein Aktionsmittel 'ausgeschlossen' wird, d.h. weder unsere Gewalt noch die 'friedliche' Aktion, die andere durchführen können. Über Ziele und Mittel wird nicht entschieden, eine konkrete Tatsache bleibt aber: die gemeinsame Disziplin, die, da sie ja politischen oder politisch-militärischen Aktionen dienen soll, ihrer Natur nach zwangsläufig höher stehen muß, als die jeweilige Parteidisziplin; und daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Führung eine größere Macht haben muß als die jeweiligen Parteiführungen. Mit anderen Worten, eine Partei würde nicht selbständig politisch handeln und kämpfen können, wenn sie zugleich die Aktion der abgemachten 'proletarischen Verteidigung' führen würde. Selbst wenn sie andere Absichten hätte: In der Praxis würde sie ihre ganzen proletarischen Energien, egal wie groß oder klein sie sind, für die gemeinsame Aktion und die gemeinsame Organisation hergeben, und zwar nicht aus Treueherzigkeit, sondern weil die Sache ihre eigenen Zwänge hat. (...)

Genau dieselben Überlegungen (...) gelten auch für die Fälle, in denen man das Proletariat zur 'Einheitsfront' für die Wahlen aufruft und ihm die Illusion gibt, die legale Eroberung einer Gemeinde sei an sich ein Sieg über den Faschismus. So 'verlernt' man die Lehre, die der Faschismus uns erteilt hat, nämlich daß der legalste Besitz nicht allein einer, sondern tausender von Gemeinden keinen Wert hat, wenn das Proletariat nicht in der Lage ist, gegen die Bourgeoisie zu handeln und einen direkten Kampf zu führen.

Um zu unserem Thema zurückzukommen (...) - es ist offensichtlich, daß die Sozialistische Partei und die CGL, ohne auf einen ernsthaften Widerstand seitens anderer Arbeiterorganisationen wie der Eisenbahnergewerkschaft, des Seeleute- und Hafenarbeiterverbandes und unzähliger parteiloser Gruppen zu stoßen, die Absicht verfolgen, die 'faschistische' Lage wenn nicht durch eine Regierung der bürgerlich-sozialistischen Zusammenarbeit, so doch mindestens durch eine von den parlamentarischen Linken getragene und von de Nicola und Nitti (7) geführte Regierung zu überwinden. Es liegt auf der Hand, daß die hier geschilderte Bewegung der proletarischen Verteidigung in ihrer Mehrheit auf diese Lösung gelenkt werden würde und daß sie die proletarischen Kräfte einsetzen würde, um sie herbeizuführen, egal ob jede Sekunde wiederholt wird, daß man den direkten Kampf und vielleicht sogar den antifaschistischen Volksaufstand nicht ausschließt. Wird dieses parlamentarische Ergebnis nicht erreicht, dann wird man solange den Massen mehr oder weniger offen beibringen, daß eine direkte Aktion gegen die Kräfte von Faschismus und Regierung zusammen in der heutigen Lage undurchführbar ist und daß man deshalb sich in Bewegung setzen und demonstrieren muß, aber lediglich um eine 'bessere' Regierung zu bekommen - die Forderung nach dem gewöhnlichen Recht und nach Freiheit für alle ist nur ein anderer Ausdruck dafür. Aber hier geht es nicht um theoretische Aus-

drücke oder um unsere übertriebene theoretische Kritik, hier geht es um konkrete Absichten und Vorkehrungen, hier geht es um Ziele, auf die man die Massenbewegung vorbereiten will, und hier liegt auch die Verantwortung einer Partei, die nicht den anderen Parteien und schließlich dem bürgerlichen Gegner in die Hände spielen will.

Wird nun früher oder später die linke Regierung erreicht (...), so sind die wahrscheinlichen Folgen leicht zu untersuchen.

Die Regierung wird gegen die Faschisten nicht ernsthaft vorgehen wollen - dessen sind wir überzeugt. Nehmen wir aber an, sie wollte es: Sie würde es nicht tun können. Der Grund hierfür liegt in der Funktionsweise der ausführenden Staatsorgane, auf die wir mehrmals eingegangen sind. Diese unterstützen den Kampf gegen das Proletariat, unabhängig davon, wohin das stinkende Lüftchen der parlamentarischen Staatspolitik weht. Es gibt aber tatsächlich die Möglichkeit, daß man eine gewisse Zwischenphase scheinbarer faschistischer Untätigkeit erlebt, denn die faschistische Bewegung wird es als Erfolg betrachten, das Proletariat in die Sphäre der Legalität gezwungen zu haben. Dies gilt um so mehr, je mehr die Sozialdemokratische Partei sich für das Zustandekommen der Regierung eingesetzt haben wird bzw. je mehr sie alle anderen Organisationen des Proletariats mit diesem ersten Ergebnis der 'proletarischen Verteidigung' vertrösten (...) und zunächst zu einer Haltung des wohlwollenden Abwartens verleiten kann.

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu zeigen, daß eine solche Lage die Gefahr noch schrecklicherer Angriffe gegen das Proletariat in sich bergen wird. Die Bildung einer Regierung nach dem Geschmack der reformistischen Gewerkschaftsführer wird in der Tat die ökonomische Offensive der Arbeitgeber gegen das Industrie- und Landproletariat nicht aufhalten. Sie wird mit ihrer heuchlerischen Demagogie lediglich dazu dienen, die einzige Form eines wirksamen Gegenschlages der Massen, den man entschieden auf den revolutionären Weg vorantreiben könnte, den Generalstreik gegen die Lohnsenkungen, hinauszuschieben.

Hätten die revolutionären Elemente, und zwar nicht allein Kommunisten, sondern auch Anarchisten und Syndikalisten sowie schließlich Gruppen von Parteilosen, welche die Verzweiflung in den Kampf treiben würde, die von mancher Seite vorgeschlagene Koalitionstaktik befolgt, so würden sie in einer solchen, als Ergebnis des Bündnisses für die sogenannte proletarische Verteidigung herbeigeführten Situation über keinen Stützpunkt verfügen. Und jeder Versuch, eine Minderheit der Massen auf den Boden einer unabhängigen revolutionären Aktion zurückzubringen, würde den gemeinsamen Angriff der faschistischen Organisation und des Staates, dieses eifrigen Garanten des 'gewöhnlichen Rechts', gegen diese Gruppen entfesseln.

Wir werden auf diese Vorhersagen über die Entwicklung der Lage in Italien nicht weiter eingehen. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß un-

sere Taktik und der Weg der proletarischen Aktion sich ganz anders darstellen, wenn es gelingt, die Plattform für eine allgemeine Gewerkschaftsaktion zu schaffen, die sich von parlamentarischen Einflüssen ganz lossagt und die Kampffront der Massen gegen die ökonomischen Bestrebungen der Kapitalisten (und alles übrige, vom Faschismus bis zum demokratischen Betrug, ist nur das Werkzeug dieser Bestrebungen) zum Ausdruck bringt.

Wenn die Allianz der Arbeit den Inhalt einer tatsächlichen Einheit aller Werktätigen für die Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter und die Existenz der Gewerkschaften überhaupt, und zwar unter Einsatz des Generalstreiks, verkörpert, macht sie jeden 'Kongress der proletarischen Verteidigung' überflüssig.

Ein Beweis für die aktuelle Bedeutung unserer Ansichten liegt darin, daß die Träger solcher Initiativen für die proletarische Verteidigung niemals auf unsere Bewertungen entgegen (...) Wer - abgesehen von der allzu naiven und eifrigen 'Umanità Nuova' (der anarchistischen Zeitung) "würde auf die Frage antworten, ob man den Kongreß der proletarischen Verteidigung auch dann einberufen hätte, wenn es gelungen wäre, die Regierungskrise mit der Bildung einer anderen Regierung als der Regierung Facta (...) zu beenden? (...)"

Wie wir oben gesehen haben, kam es nicht zur 'Wiederherstellung der Verfassungsfreiheiten', sondern statt dessen zu einer faschistischen Eskalation in der unteren Po-Ebene. Und die Schwarzhemden, die sich in Rom, Venedig, Vercelli, Bologna, Florenz, Alessandria usw. des vorsätzlichen Mordes schuldig gemacht hatten, wurden von den Gerichten freigesprochen, während die Proletarier, die Widerstand leisteten, als gewöhnliche Verbrecher verurteilt wurden.

So begann ein neuer und entscheidender 'Monat der Schmach'. Am 3. Juli besetzten die Faschisten Andria in Apulien, am 12. Viterbo im Latium, zwischen dem 12. - 17. Cremona in der unteren Lombardei und Tolentino bei Ancona. In dieser selben Periode wurden zu Einschüchterungszwecken in den Städten, die unter direkterer Kontrolle der Faschisten standen, die ersten massiven Kräftekonzentrationen durchgeführt; die gewerkschaftliche Rekrutierung von Arbeitslosen, Lumpenproletariern und Eingeschücherteten für den Nationalen Verband der Gewerkschaftskorporationen, die Ende Januar in Bologna gegründete faschistische Gewerkschaft, deren erster Kongreß vom 4.-6. Juni in Mailand stattgefunden hatte, wurde intensiviert; zugleich vermehrten sich die Episoden einer mehr oder weniger offenen Solidarität der Armeespitzen (z.B. in Bologna) oder der zivilen Machthaber (so die Präfektenmehrerer Orte) mit den faschistischen Aktionen.

Die Metallarbeiter hatten ihre Streikbewegung wiederaufgenommen, und die CGL sah sich zu einer außerordentlichen Tagung ihres Nationalratés am 3.-5. Juli in Genua gezwungen. Ihre Absichten waren klar. Sie wollte den Streik so schnell wie möglich abrechnen und die Regierungslösung, welche die Parlamentsfraktion

in völliger Übereinstimmung mit den Gewerkschaftsbönnen seit einiger Zeit vorschlug, begünstigen. Die Kommunisten mußten das Manöver entlarven. Für sie sollte der Metallarbeiterstreik den Ausgangspunkt einer allgemeinen Aktion bilden und schließlich in einen Streik aller Branchen münden, der im Feuer der heftigsten Zusammenstöße mit den Schwarzhemden auszulösen war, um die ökonomischen Forderungen mit einem ganzen Plan des proletarischen Gegenangriffs an allen Fronten zu verbinden. In diesem Sinne hatte der kommunistische Gewerkschaftsausschuß am 22. Juni einen Antrag veröffentlicht, der auf der Tagung von Genua eingebracht werden sollte. Ausgehend einerseits von der Zuspitzung der ökonomischen Offensive der Kapitalisten, andererseits vom manifesten Willen der Arbeiter, der Einheitsfront der kapitalistischen Klasse die Einheitsfront des Proletariats entgegenzustellen, eine Bestrebung, die zur Entstehung der AA geführt hatte und die aus dieser letzteren ihrerseits den Faktor eines "neuen Einheitswillens, eines neuen Willens zur Verallgemeinerung des Kampfes" gemacht hatte, "so daß das Proletariat heute mehr denn je im Laufe der letzten zwölf Monate bereit ist, die Losung des gemeinsamen Kampfes gegen die unannehmbaren Bestrebungen der Arbeitgeber aufzunehmen", rief diese Erklärung den Nationalrat der CGL dazu auf, "jede Aktion zu verurteilen, die diese allgemeine Situation nicht berücksichtigt und von einer Taktik diktiert wird, die den Widerstand der Arbeiterklasse in den Grenzen der parlamentarischen Abmachungen mit bürgerlichen politischen Gruppen gefangen halten will, denn diese Taktik mißachtet die wirklichen Kräfte, die in den Arbeiter- und Bauernorganisationen zusammengefaßt sind, sie mißachtet die Klassenkampfpolitik". Die Erklärung verurteilte ebenfalls die "Untätigkeit und Passivität, die einige fordern, damit das Proletariat geduldig und unbeweglich abwartet, bis der reaktionäre Sturm vorüber ist", denn in diesem Falle "würde die heutige Periode nicht anders zu Ende gehen, als mit der restlosen Unterwerfung unter den Willen der Kapitalistenklasse, die nunmehr Herrin des Lebens und der Zukunft der Arbeiter wäre". Abschließend forderte die Erklärung den Nationalrat der CGL dazu auf, festzulegen, daß "die heutigen Kämpfe des Proletariats auf das Ziel der sofortigen Vorbereitung einer allgemeinen Aktion hin gesteuert werden müssen" (8) Als Plattform dieser Aktion wurden die sechs Punkte aus dem zitierten Artikel "für die Stärkung der Allianz der Arbeit" vom 19. Mai erneut vorgeschlagen.

Auf der Tagung von Genua erhielt der Antrag der CGL-Führung mit 537.351 Stimmen die Mehrheit:

"Nach einer Untersuchung der Lage der proletarischen Organisationen, deren Bewegungs- und Vereinsfreiheit durch die wachsende legale und illegale Reaktion verletzt wird, erklärt" (der Nationalrat der CGL), "daß er den Richtlinien voll zustimmt, die der Führungsausschuß nach der im letzten Januar beschlossenen Tagesordnung Zirardini angewendet hat". Wie es der Antrag wiederholte, forderte diese Tagesordnung die Parteiführung auf, "der sozialistischen Parlamentsfraktion die Möglichkeit zu geben,

jede Regierung zu unterstützen, die ihr die Wiederherstellung der Grundfreiheiten und die Verwirklichung eines Programms mit den Forderungen des Sofortprogramms des Proletariats zusichern würde.

Der Nationalrat erklärt seinen eigenen Willen, den Bündnispakt aufrechtzuerhalten, und er äußert erneut seinen Wunsch, daß die Sozialistische Partei die Ernsthaftigkeit der heutigen Lage des Proletariats versteht und das Flehen der proletarischen Klasse hört. Diese bereitet sich auf eine Aktion vor, um ihre Existenz zu verteidigen, erwartet aber zugleich vom Kongreß der PSI, daß er der parlamentarischen Fraktion erlaubt, eine Aktion durchzuführen, die in Verbindung mit der Massenaktion die Aktion der Gewerkschaftsbewegung stärken hilft".

Wie man sieht, liegt die einzige Perspektive der CGL-Führung in einer parlamentarischen Aktion, in deren Abhängigkeit eine Massenaktion unter Umständen durchgeführt werden soll.

Die Kommunisten hatten bereits zu Beginn der Tagungsarbeiten verlangt, daß "angesichts der äußerst ernsthaften Lage im Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Offensive" und der Notwendigkeit, eine gemeinsame Aktion vorzubereiten, das Nationale Komitee der AA und die beteiligten Gewerkschaften telegraphisch eingeladen würden, um an der Tagung teilzunehmen; ebenso verlangten sie die Einberufung von Delegationen der sozialistischen, kommunistischen und republikanischen Partei bzw. der anarchistischen Union, damit diese ihre einschlägigen Vorschläge unterbreiten könnten. Wir brauchen nicht darauf hinzuweisen, daß diese Forderung nicht angenommen wurde - es fragt sich nur, wer eigentlich sektiererisch ist! (9)

Die Kommunisten stellten folgenden Antrag (10), der 249.519 Stimmen erhielt:

"In Erwägung, daß die von den CGL-Führern gegenüber der Arbeitgeberoffensive befolgte Orientierung, gekennzeichnet durch die Taktik des von-Fall-zu-Fall, durch die Propaganda der Widerstandslosigkeit gegenüber der Reaktion und durch die betrügerischen Untersuchungskommissionen über die Industrie, ebenso wie ihre Haltung einer geschickten Zurückstellung der AA die Verteidigungsaktion und den Gegenangriff des Proletariats gelähmt haben;

in Erwägung, daß auf internationalem Gebiet die CGL-Führer den Anschluß an Amsterdam unter dem Vorwand, dort eine Arbeit der Kritik zu leisten, erzwungen haben, aber die konterrevolutionäre Politik der Gelben Internationale solidarisch mittragen;

hält der Nationalrat der CGL die Orientierung der CGL-Führer für den Prinzipien und Erfordernissen des Klassenkampfes entgegengesetzt und verurteilt sie.

Nach der Feststellung, daß das Werk der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale im Gegensatz zu den Interessen und Idealen des Proletariats steht und den Charakter einer komplizierten Solidarität mit der reaktionären Politik der Weltbourgeoisie und deren Anstrengungen, die durch die Krise erschütterte kapitalistische Ordnung wiederherzustellen, hat, sendet der Nationalrat seinen Gruß an die glorreiche re-

volutionäre Republik des russischen Proletariats im Kampf gegen die vielfachen Angriffe der Weltreaktion und er beschließt, die organisierten Massen auf einem sofortigen CGL-Kongreß über den Vorschlag, sich von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu trennen und der Moskauer Internationale der Roten Gewerkschaften beizutreten, abstimmen zu lassen.

Der Nationalrat erklärt, daß die Verhältnisse der Bindung und Führung zwischen Gewerkschaften und Parteien sich in dem Maße herstellen, in dem es den Parteien gelingt, innerhalb der Gewerkschaften ein Organisationsnetz ihrer eigenen Mitglieder zu schaffen und für die Befolgung von bestimmten, im Einklang mit dem Programm ihrer Partei stehenden Richtlinien einzusetzen; er hält den bestehenden Bündnispakt zwischen PSI und CGL für die Ursache einer zweideutigen Lage in der wichtigsten Klassenorganisation des italienischen Proletariats, so daß die CGL durch die Fortsetzung dieses Pakts weiterhin an eine Richtlinie gebunden bliebe, die in heute unvorhersehbarer Form zwischen den verschiedensten Orientierungen zu schwanken droht und sich auch im Gegensatz zur Orientierung, die die Mehrheit des tagenden Nationalrats beschließen wird, befinden kann. Der Nationalrat kündigt daher den Bündnispakt zwischen CGL und Sozialistischer Partei.

In Erwägung, daß die kapitalistische und reaktionäre Offensive in all ihren ökonomischen und politischen Äußerungen die Entfaltung eines Planes zur Zerschlagung der proletarischen Bewegung darstellt, eines Planes, worin die herrschende Klasse den einzigen Weg erblickt, um die gegenwärtige Lage durch die Festigung ihrer ökonomischen und politischen Macht zu überwinden; in Erwägung, daß die Lage in Italien trotz des gewaltsamen Gegenangriffs zum Schutz der kapitalistischen Institutionen gekennzeichnet wird durch die tiefe Krise dieser Institutionen wie durch den mühevollen Versuch des Proletariats, einen Ausweg aus der unhaltbaren Lage zu finden, die durch die Lohnkürzungen, die Arbeitslosigkeit, die faschistischen Blutttaten und alle anderen Formen von Schikane und Verfolgung, mit denen Bourgeoisie und Staat ihre Klassenpolitik durchführen, entstanden ist; in Erwägung, daß der Vorschlag, die politische Kraft der Organisationen auf dem Boden der parlamentarischen Vereinbarungen und für die Bildung einer Regierung (...) des Kompromisses zwischen manchen politischen Flügeln der Bourgeoisie und Vertretern des Proletariats einzusetzen, entweder eine Illusion oder einen Betrug darstellt und die Entwaffnung des Proletariats in einer Haltung des Abwartens, der eine unvermeidliche und tragische Enttäuschung ganz zum Nutzen der konservativen Kräfte folgen würde, zum Ergebnis hätte; erklärt der Nationalrat schließlich, daß man der verheerenden Alternative des Triumphes des bürgerlichen Angriffsplanes mit der Zerschlagung jeder Klassenbewegung und -organisation des Proletariats durch einen einzigen Weg entgegenkommen kann, nämlich den Weg der Zusammenfassung und des Einsatzes aller proletarischen Kräfte auf dem Boden einer gemeinsamen Aktion, der Zusammenfassung aller durch die Arbeitge-

beroffensive hervorgerufenen Kämpfe, um von der unzulänglichen Taktik der vereinzelt Aktionen zur Taktik des allgemeinen Kampfes überzugehen".

Der kommunistische Antrag stellte dann als Ziele dieses Kampfes erneut die Forderungen, die wir aus dem Artikel "für die Stärkung der Allianz der Arbeit" bereits kennen, und schloß ab:

"Der Nationalrat erblickt den Wert und die Tragweite dieses Kampfes darin, daß die Aktionsfähigkeit der proletarischen Organisationen auf einer Plattform der Einheit wieder erlangt wird und daß die Kräfte der Arbeiterklasse auf Positionen gebracht werden, die sie stärken und ihre revolutionäre Vorbereitung und Schlagkraft auf moralischer wie materieller Ebene erhöhen; somit wird eine revolutionäre Klassenpolitik geführt, die dem betrügerischen Ziel der legalistischen Zusammenarbeit die Anfeuerung zum direkten Kampf gegen die reaktionären Banden und die Forderungen der Arbeiter- und Bauernregierung stellt.

Der Nationalrat ist der Ansicht, daß die Aktion durch die AA ausgerufen und geführt werden soll und daß der Kampf aus Anlaß einer im Laufe der bürgerlichen Offensive besonders hervortretenden Lage, wie dem jetzigen nationalen Kampf der Metallarbeiter, auszulösen ist; er hofft, daß die Initiativen der AA mit der verbindlichen Unterstützung und Disziplin der Kräfte aller Parteien und politischen Gruppierungen des Proletariats rechnen können.

Der Nationalrat beschließt, daß die CGL schleunigst, möglichst noch im Laufe dieser Tagung, die AA einberuft, um ihr den Vorschlag zur Durchführung des nationalen Generalstreiks aller Branchen mit dem hier umrissenen Charakter zu unterbreiten; abschließend geht er dazu über, die Delegation der CGL für die AA, in der die auf dieser Tagung aufgetretenen Tendenzen proportional vertreten sein sollen, zu ernennen" ("Ordine Nuovo", 4.-7. Juli 1922).

Sofort nach dieser Tagung des Nationalrates unterstrich die KP in einer Erklärung, veröffentlicht am 13. Juli in "Il Comunista", daß die Abstimmungsergebnisse, die wie üblich von der Gewerkschaftsführung gefälscht worden waren, dennoch zeigten, welche Kraft die Kommunisten inzwischen innerhalb der CGL hatten.

In dieser Erklärung sind noch folgende Bemerkungen zu lesen: "Die Lage, die im Nationalrat entstand, ist zweideutig, weil man die Frage der parlamentarischen Taktik einer nunmehr verkommenen Partei zur Kernfrage machen wollte. Im Hinblick auf dieses Problem gehen wir davon aus, daß es unerlässlich ist, den Bündnispakt zwischen CGL und Sozialistischer Partei zu kündigen. Die Probleme, die den Einsatz der Gewerkschaftskräfte für den allgemeinen Kampf und den Zusammenschluß des Proletariats zu einer Einheitsfront gegen die bürgerliche Offensive betreffen, wurden zugleich absichtlich vernachlässigt.

Die Kommunisten wichen keinen Fußbreit von ihrer Position ab, derzufolge eine allgemeine Aktion notwendig ist, um die streikenden Me-

tallarbeiter und das Proletariat als Ganzes zu verteidigen. Die KP verwirft die Haltung aller gegnerischen Gruppierungen, die, ausgenommen die Anhänger der III. Internationale" (die "Drittinternationalisten", eine kleine Gruppe innerhalb der sozialistischen Partei) "und die Anarchisten, den von ihr mehrmals eingebrachten Antrag für den allgemeinen Kampf und die Stärkung der AA gemeinsam sabotierten und die ernsthafte Lage, in der sich das ganze italienische Proletariat und insbesondere die Streikenden Metallarbeiter befinden, vergaßen. Da ein Kongreß der CGL einberufen wurde" (der allerdings nicht stattfand), "müssen sich die Kommunisten mehr denn je auf den Kampf für die eigene Festigung in der CGL vorbereiten. Sie müssen zugleich eine Propaganda unserer Richtlinien führen, die sich in folgenden Punkten zusammenfassen: 1. Mißtrauen gegenüber der CGL-Führung, 2. Bruch mit Amsterdam und Anschluß an Moskau, 3. Kündigung des Bündnispaktes zwischen CGL und PSI, 4. Organisatorische Gewerkschaftseinheit in Italien, 5. Verurteilung der Politik der Kollaboration, 6. Einheitsfront des Proletariats für den allgemeinen Kampf gegen die Reaktion, 7. Kampf gegen den Faschismus und Forderung der Arbeiterregierung (11).

Die Bedeutung dieser Kampagne beschränkt sich nicht auf die Perspektive der Einberufung eines Kongresses. Sie bildet die natürliche Entwicklung der Organisation und der Aktion unserer Partei, die ununterbrochen in Richtung ihrer revolutionären Ziele voranschreiten und die breitesten Schichten des Proletariats ermutigen, organisieren und zum Kampf anfeuern muß".

Bei dieser Gelegenheit veröffentlichte die Partei auch ein Manifest, in dem sie nach einer Untersuchung der Entwicklung der Arbeiterkämpfe zeigte, daß die AA infolge ihrer Zaghaftheit wie des Verrates und der Sabotage seitens bestimmter Gewerkschaftsführer die unerlässliche Vereinigung der Kämpfe und der Kräfte des Proletariats behinderte; in anderen Fällen verzichtete die AA auf die Forderungen und akzeptierte Lohnsenkungen, kapitulierte vor lokalen Streiks, setzte den Kämpfen ein Ende. Trotz der großen Kampfbereitschaft der Massen blieb die AA "untätig und passiv; sie hat den Kampf nicht aufgenommen, mehr noch, sie erklärte nicht einmal ihre klare Bereitschaft dazu und zeigte nicht ihren Willen, ihn vorzubereiten".

Einen besonderen Platz nahm die Entlarvung der von der sozialistischen Partei inspirierten Gewerkschaftsführer ein, was mehr als berechtigt war. Kaum hatte sich der Nationalrat der CGL zum Entschluß durchgerungen, zur Unterstützung der streikenden Metallarbeiter der Lombardei und des Piemont, die seit einem Monat mit wunderbarer Geschlossenheit, aber völlig isoliert von den anderen Branchen streikten, den Generalstreik auszurufen und ein Komitee mit dessen Führung zu beauftragen, und schon brachen die Führer der FIOM (Metallgewerkschaft) am 10. Juli nach Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Vermittlung der Regierung den Streik ab. Somit verletzten sie die elementaren Regeln eines echten Kampfes, denn sie verzichteten auf jeden Vertrag auf nationaler Ebene, sie verzichteten auf den entschlossenen Kampf ge-

gen jede Lohnsenkung und auf die Mobilmachung aller Branchen für einen allgemeinen Kampf; sie akzeptierten schamlos die Rückkehr "zu den lokalen Konflikten, die man zu lösen hofft, damit die Arbeit wiederaufgenommen werden kann". Solange in den Werften von Livorno und in den Stahlwerken von Terni die Kämpfe noch liefen, nahmen sie auf diese Weise bei FIAT "die Bedingungen, die der Betrieb den Arbeitern angeboten hatte" an, während sie in der lombardischen Metallindustrie wie im Julischen Venetien die zuvor feierlich abgelehnten Lohnsenkungen akzeptierten. Die Tatsache, daß die Lohnsenkungen ausgehandelt wurden, nannten die Sozialisten ein "ehrenhaftes Übereinkommen". Das Kampfkomitee wurde durch die übliche einberufene Urabstimmung der Belegschaften, die "in Anwesenheit von Vertretern des Unternehmens" stattfand, vor vollendete Tatsachen gestellt. In einer Meldung der Agentur Stefani betonte der Arbeitsminister äußerst zufrieden "die besondere Bedeutung dieses Streiks. Er ging mit einer von den Vertretern der Arbeiter angenommenen Lohnsenkung zu Ende; damit haben diese Vertreter gezeigt, daß sie vollkommenes Verständnis sowohl für die Lage der nationalen Industrien, als auch dafür haben, daß es unangebracht wäre, von der Regierung Schutzmaßnahmen, Freistellungen und Hilfeleistungen, die für das Land ein untragbares Opfer dargestellt hätten, zu verlangen".

Es ist bezeichnend, daß die faschistische Offensive gerade zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal die Polinie überschritt, um sich in Richtung auf die großen Industriestädte auszubreiten. Das Kalkül der Reaktion blieb sich immer gleich: Erst dann in die großen proletarischen Zentren der Lombardei und des Piemont einzudringen, wenn das Proletariat durch den sozialdemokratischen Verrat und die Niederlage im ökonomischen Kampf völlig demoralisiert und entwaffnet sein würde.

"Man muß heute zwei Aktionen gegen den Faschismus führen" - schrieb die KP in einem Leitartikel des "Ordine Nuovo" am 15. Juli -: "Einerseits die Widerstandsaktion, d.h. zu verhindern, daß der Faschismus seine Kampfstellungen ausdehnen kann; andererseits die Vorbereitung des allgemeinen Gegenangriffs. Beide Aktionen müssen gleichzeitig geführt und dürfen nicht voneinander getrennt werden. Jede Widerstandsaktion ist wichtig und nützlich, insofern sie dazu dient, daß man sich hinter der Front wieder organisiert, daß der Rückzug aufgehalten wird und daß der neue Vorstoß, der den Beginn des allgemeinen Gegenangriffs darstellen soll, vorbereitet wird. Die Volkserhebung im Stadtbezirk San Lorenzo in Rom bedeutet zwar nicht das Ende des Faschismus, mit ihr wurde aber ein Damm gegen seinen Vorstoß errichtet. Sie ist ein Beispiel dafür, wie man kämpfen muß, sie zeigt ein Mittel, das zur allgemeinen Aktion führen soll (12). Auf dem Boden des Widerstands sind alle Waffen brauchbar. Das Wichtigste ist, daß der Gegner gezwungen wird, Halt zu machen und gegen den überall dazwischengezogenen Stacheldraht des proletarischen Widerstands zu kämpfen. ES IST ABER TÖRICHT ZU GLAUBEN, DIES REICHE ZUM SIEG GEGEN DEN FEIND AUS, WENN MAN NICHT GLEICHZEITIG DARAUF HINARBEITET, EINE GESAMTAKTION ZU ORGANISIEREN. BEIDE AKTIONEN SIND UNERLÄSSLICH. Man darf aber nicht glau-

ben, daß sich dies ewig hinziehen kann, wie es die AA tut, die immer dann an eine Intervention denkt, wenn sich die Lage scheinbar verändert hat ... Der Kreis schließt sich mit jedem Tag enger. Worauf warten wir? Die Macht der Faschisten liegt auch darin, daß sie ihre Kräfte auf die gewählten Orte immer haben konzentrieren können, ohne daß eine allgemeine Aktion des Proletariats sie bedroht hätte. Wenn man ihnen nicht gleichzeitig die solidarische Kraft der Arbeiter Liguriens, Piemont und der Lombardei entgegenstellt, so werden die Städte eine nach der anderen unter die Herrschaft der Sklavenhalterbanden fallen und die Organisationen werden eine nach der anderen zerschlagen werden".

Am 18. Juli besetzten die Faschisten Novara und entfesselten bis zum 23. eine Terrorwelle in dieser ganzen Provinz. Die Wahl des Ortes war nicht zufällig: Novara liegt fast auf halber Strecke zwischen Mailand und Turin, und wenn es auch kein großes Industriezentrum ist, so liegt es im Kern eines Reisangebotes mit alten und tiefen Klassenkampftraditionen, vor allem unter den "Mondine", den überausgebeuteten Arbeiterinnen auf den Reisfeldern. Die Arbeiter des Piemont traten sofort in den Streik und der Generalrat der Arbeitskammer von Mailand, der von den Maximalisten beherrscht war, beschloß gegen den ausdrücklichen Willen der CGL, ihrem Beispiel zu folgen. Der Kommunist Repossi wurde eingeladen, dem vom Generalrat gebildeten Kampfkomitee beizutreten, und stellte die Forderung, daß die ebenfalls eingeladenen Reformisten ausgeschlossen wurden, daß der Streik bis zur Evakuierung der Faschisten aus Novara nicht abgebrochen wird, daß es keine Verhandlungen und Abmachungen mit den Faschisten gibt, daß der Streik auf alle öffentlichen Dienstleistungen ausgedehnt wird und daß man zu diesem Zweck mit anderen Gewerkschaftsorganisationen, die nicht zur Arbeitskammer gehören, wie den Syndikalisten und den Eisenbahnern, Verbindung aufnimmt. Neuer sozialistischer Verrat, der, wie wir sehen werden, im Zusammenhang mit parlamentarischen Machenschaften stand: In Übereinstimmung mit der lokalen Sektion der PSI befahl die Exekutivkommission der Arbeitskammer schon am nächsten Tag den Abbruch des Streiks: Trotz der heftigen Opposition von Repossi wird der Streik nach dem faschistischen Ultimatum schlicht und feige zurückgepfiffen. (13) Es war zu diesem Zeitpunkt, daß der "Sindacato Rosso", das Gewerkschaftsblatt der KP, folgenden Artikel veröffentlichte (22. Juli 1922):

"KRIEGSERKLÄRUNG

Sie richtet sich nicht an die dreißigtausend Schwarzhemden, die der faschistische Duce mobilisiert hat, um die Arbeiter, die in einen wunderbar gelungenen Generalstreik getreten waren, zu täuschen: Mit ihnen befinden wir uns schon offen im Krieg, sie sind unsere erklärten Feinde, und wir behandeln sie als solche. Unsere Erklärung des Krieges auf Leben und Tod, mit jedem Mittel, mit allen Waffen, richtet sich an die Verräter des Proletariats, an die Wölfe im Schafspelz, an die sozialdemokratischen Bonzen, an die Führer, die schändlich verraten haben! Von heute an führen wir einen Krieg an zwei Fronten: Gegen die gesetzliche und außergesetz-

liche Reaktion des Staates und des Faschismus und gegen die Verräter des Proletariats, seine niederträchtigsten und gefährlichsten Feinde, denn sie verkleiden sich als Führer der proletarischen Aktion und des proletarischen Kampfes, um sie um so besser zu verraten!"

Die ganze Bedeutung des Kampfes der KPI in den Jahren 1921-22 ist in dieser lapidaren Erklärung enthalten.

DER AUGUSTSTREIK

Angesichts der Widerstandskraft des Industrieproletariats im Dreieck Mailand-Turin-Genoa (allein Sestri Ponente bei Genua wurde vorübergehend von faschistischen Milizen besetzt), wurde die faschistische Offensive wieder in einem Randgebiet, in der Romagna, aufgenommen. Sie ging von Rimini aus und erreichte Ravenna am 28. Juli, womit die Besetzung der ganzen unteren Romagna vollendet war. Dieser Feldzug hinterließ eine Bilanz von neun Toten und verheerenden Verwüstungen: *"Wir zogen durch alle Zentren und Städte zwischen der Provinz Forlì und der Provinz Ravenna; wir zerstörten und verbrannten alle Häuser der Roten, Sitze der sozialistischen und kommunistischen Organisationen. Es war eine schreckliche Nacht. Hohe Säulen aus Feuer und Rauch waren die Zeichen unseres Durchzugs".* So rühmte sich Italo Balbo in seinem Tagebuch. Unnötig zu sagen, daß alle Verantwortlichen für Mord und Zerstörung unbestraft blieben. Und in diesem Augenblick eilte die Sozialdemokratie zum x-ten Mal der bestehenden Macht und den außergesetzlichen Organisationen zu Hilfe.

Die Regierung Facta war am 19. Juli, unmittelbar nach der Besetzung von Novara, zurückgetreten. Damit hatte eine neue Periode von parlamentarischen Manövern der verschiedenen Parteien begonnen, zu denen auch Mussolinis Angebot gehörte, eine Koalitionsregierung zu bilden, der unter Umständen Reformisten oder Gewerkschaftsführer wie Baldesi angehören sollten. Im Bündnis mit den sogenannten demokratischen Linken steuerten die Sozialisten auf die Regierung hin. Eine von Modigliani eingebrachte und mit Mehrheit angenommene Tagesordnung ihrer Parlamentsfraktion erklärte, das Parlament habe *"Übereinstimmend seinen Willen zur Verteidigung der Freiheit und des Organisationsrechts geäußert"* und die sozialistische Fraktion schließe *"KEINE HANDLUNG"* aus, *"die dazu geeignet ist, daß JEDER, der die Pflicht hat, den Willen des Parlaments zu respektieren, diese Pflicht erfüllt"*. Mühselige Verhandlungen wurden aufgenommen, und am 28. Juli erklimmte Turati die Treppen des Quirinal-Palastes, um Konsultationen zu führen, an deren Ende die Bildung einer sogenannten linken Regierung stehen sollte.

Die Kommunistische Partei Italiens hatte in ihren "Thesen von Rom" dieses Manöver als die in der damaligen Konjunktur und unter den allgemeinen Bedingungen der Nachkriegszeit wahrscheinlichere Lösung vorausgesehen, als eine Lösung, die der revolutionären Sache des Proletariats unter der Bedingung nutzen könnte,

daß die KP von vornherein das Versagen einer solchen Regierung verkündet *"und gleichzeitig eine feste unabhängige Organisation aufrechterhalten hat, um die sich das Proletariat scharen kann, wenn es gezwungen wird, sich von den Gruppen und Parteien, deren Regierungsexperiment es zum Teil unterstützte, abzuwenden"*. Ohne den üblichen Widerstand der Maximalisten, die sich allerdings schwer davor hüteten, die offenen Reformisten aus ihrer Partei auszuschließen, wäre das Manöver einer "linken Regierung" wahrscheinlich gelungen. Auch diese Verantwortung tragen die Maximalisten: Sie verhinderten, daß sich die Sozialdemokraten durch die Regierungsbeteiligung vor den Augen der Massen als ebenso unerbittliche Feinde wie die Faschisten oder die bürgerlichen Liberalen entlarvten. (14)

Die AA beschloß den Generalstreik für den 1. August. Dieser Generalstreik, dessen Scheitern, wie wir oft betont haben, der wahre Grund der faschistischen Machteroberung war, entstand aus der unwürdigen Verbindung von Regierungsbestrebungen der Sozialdemokratie einerseits und andererseits dem mächtigen Vorstoß der proletarischen Massen in einem letzten Versuch, der kapitalistischen Offensive zu widerstehen. Diesen Vorstoß lenkte die CGL auf einen Weg, der mit demjenigen der Sozialisten und insbesondere der rechten Sozialisten hundertprozentig zusammenfiel. Letztere, die zugleich an der Führung der CGL waren, besannen sich plötzlich darauf, daß die Arbeiter seit langem den Generalstreik verlangten, und sie nutzten diese Tatsache aus, um zu versuchen, die Regierungskrise im ihnen genehmen Sinn zu lösen. Das Zentralkomitee der AA wurde mit Dringlichkeit zusammengerufen. *"Angesichts des offensichtlichen Entschlusses der reaktionären Kräfte, die Organe des Staates im Angriff zu erobern, einem Angriff, der bereits im Gange ist und unverzüglich gebrochen werden muß"*, stellte es jedoch fest, *"über keine ausreichende Macht zu verfügen, um die Verteidigungsaktion des Proletariats zu befehlen und zu führen"*. Nach einer Beratung mit den nationalen Organisationen ernannte es daher ein *"geheimes Aktionskomitee mit umfassender Vollmacht"*.

Dieses "geheime Komitee" war es, das den Generalstreik beschloß. Es verfaßte ein Manifest, das wir hier wiedergeben, weil darin der innere Widerspruch der AA, der zwiespältige Charakter der in ihr vereinten Kräfte, sehr klar zum Ausdruck kommt:

"Die Arbeiter aller Wirtschaftszweige müssen die Arbeit unverzüglich niederlegen, sobald ihnen diese Mitteilung bekannt wird. Die Anweisung zur Wiederaufnahme der Arbeit wird ihnen durch Vertrauensmänner der verantwortlichen Organisationen mitgeteilt."

Durch Ausrufung des Generalstreiks will das Komitee die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten verteidigen. Diese werden bedroht durch aufrührerische reaktionäre Gruppen, die jede gesetzliche Garantie abschaffen wollen, um die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen und somit die Arbeiter von einem Zustand der relativen Freiheit auf einen Zustand der voll-

ständigen Sklaverei herabzudrücken. Die faktische, wenn nicht gar formale Diktatur, welche die Tobsüchtigen der Reaktion errichten wollen, würde nicht allein JEDE FREIE UND FRIEDLICHE ÄUSSERUNG DES DENKENS UND DER AKTION ersticken, sondern auch den RUIN DES LANDES herbeiführen.

Es ist eine Pflicht aller FREIEN GEISTER, den reaktionären Ansturm durch die Vereinigung aller Widerstandshandlungen zu brechen und dadurch die ERRUNGENSCHAFTEN DER DEMOKRATIE zu verteidigen und die NATION VOR DEM ABGRUND ZU RETTEN, in den der diktatorische Wahn sie gerne treiben würde, wenn er zum Unglück siegen sollte.

Geschlossen und entschieden, soll der Generalstreik eine feierliche Warnung an die Regierung des Landes darstellen, damit sie jede Aktion in Verletzung der Verfassungsfreiheiten, die das Gesetz schützen muß, ein für allemal unterbindet.

Im Laufe dieses Streiks müssen die Arbeiter von Gewalttätigkeiten, die DEN FEIERLICHEN CHARAKTER IHRER KUNDGEBUNG SCHMÄLERN und von den GEGNERN mit Sicherheit AUSGENUTZT werden würden, GANZ UND GAR ABSEHEN, ausgenommen Notwehrfälle, in denen der Gegner zum Unglück seine Wut gegen Personen und Institutionen entfesseln sollte.

Man darf keiner Anweisung folgen, die nicht von den verantwortlichen Organisationen stammt: Arbeiter! Aufrecht zur Verteidigung des Heiligsten für jeden zivilisierten Menschen: der FREIHEIT!

Das geheime Aktionskomitee"

(Freiheit im Original hervorgehoben - versteht sich -; weitere Hervorhebungen der besonders kennzeichnenden Stellen IKP).

Dieser Aufruf und die auf nationaler Ebene gegebenen Anweisungen hätten geheim bleiben müssen, und die Gewerkschaftsorganisationen, die über keinen Geheimkode verfügten, mußten auf das illegale Schutznetz der KP zurückgreifen, um den Streikbefehl schnell mitzuteilen. Allerdings erschienen der Aufruf und der Generalstreikbefehl vor Beginn der Bewegung in der Zeitung "Lavoro" in Genua, die vom erzreformistischen Abgeordneten Canepa geleitet wurde. Dies erlaubte der Regierung und den Faschisten, die angemessenen Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß die gewaltige Manifestation die Grenzen der Legalität sprengt und sich unter Umständen in einen Gegenangriff verwandelt.

Anweisungen der KP fand man sofort am 1. August in allen ihren Organen:

"Der Augenblick der Aktion ist gekommen, deshalb diskutieren wir jetzt nicht die Orientierung, die der Generalstreik durch seine Führung erhalten hat.

Die Genossen müssen ihren lokalen Parteiführern, die über genaue Anweisungen der Zentrale verfügen, folgen. Sie müssen absolute Disziplin gegenüber den Organen der AA, welche die Einheitsfront der Arbeiter aller Parteien darstellt, einhalten. Die Kommunisten müssen das

Beispiel der Disziplin und zugleich der Entschlossenheit wie der Opferbereitschaft geben. Der beginnende Kampf muß das Proletariat auf Machtstellungen gegenüber der bürgerlichen Klasse und den Instrumenten ihrer Reaktion führen.

MAN DARF AUF KEINEN SCHLAG GEGEN DEN FEIND VERZICHTEN.

JEDE VERHANDLUNG MIT DEM FEIND MUSS ALS NIEDERTRÄCHTIGKEIT UND BRUCH DER PROLETARISCHEN EINHEITSFRONT BETRACHTET WERDEN.

So werden die Arbeiter Italiens den Sieg erringen!"

Man muß darauf hinweisen, daß der Streik total war. Überall, vom Norden bis zum Süden wurde die Arbeit sofort unterbrochen, aber die Kräfte des Staates und des Faschismus standen schon bereit, war ja der Streikbefehl vorzeitig von einem der bekanntesten sozialdemokratischen Organe veröffentlicht worden.

Die Führung der Nationalen Faschistischen Partei antwortete sofort mit folgendem Manifest:

"Wir geben dem Staat achtundvierzig Stunden, damit er seine Autorität gegenüber allen seinen Untergebenen und gegenüber jenen, die das Leben der Nation gefährden, unter Beweis stellt. Nach Ablauf dieser Frist wird der Faschismus volle Aktionsfreiheit beanspruchen und an die Stelle des Staates, der wieder einmal seine Ohnmacht bewiesen haben wird, treten".

Es handelte sich in Wirklichkeit um eine bloße Prahlerie, denn der Staat, der über ausreichende Kräfte verfügte, um ein eventuelles Übernehmen des Kampfes zu verhindern, hatte die zu diesem Zweck notwendigen Maßnahmen ergriffen, und er hatte darüber hinaus die Gewißheit, daß CGL und PSI den Kampf sehr bald aufgeben würden. Und in der Tat traten die faschistischen Milizen nicht zu Beginn des Streiks in Aktion, sondern erst nachdem die AA am 3. August das Ende des Streiks offiziell bekanntgab:

"Der Generalstreik hat sein Ziel erreicht: Das italienische Proletariat äußerte seinen Willen und seine Klassenkraft. Das nationale Komitee der AA ist mit der Entwicklung und dem Ablauf des Generalstreiks zufrieden. Es erklärt den Streik für abgeschlossen und fordert die Mitgliedsorganisationen dazu auf, die Wiederaufnahme der Arbeit in die Wege zu leiten".

Aber die kämpfenden Massen gehorchten nicht, weil in den meisten Städten der Befehl zur Arbeit Unordnung und Verwirrung geschaffen hatte. So wurde der Streik in Mailand, Genua, Ancora, Parma, Gorizia, Civitavecchia, Bari und anderen Zentren fortgesetzt und durch heldenhafte Episoden des bewaffneten Kampfes gegen die vereinten Kräfte des Staates und der Schwarzhemden begleitet. In Bari mußte sogar die Kriegsmarine eingreifen, um die Arbeiter aus der Altstadt zu vertreiben; in Parma verbarrickadierten sich die Arbeiter im proletarischen Viertel Oltretorrente und schlugen mehrere Tage lang die blindwütigen Angriffe der von Polizei- und Armeeabteilungen unterstützten Faschisten zurück; auch in Genua und Ancona war der Wider-

stand sehr heftig. Die Regierung sah sich gezwungen, ihre in der Tradition Giolittis stehende, scheinbare Neutralität aufzugeben. Bei dieser Gelegenheit veröffentlichte sie eine Erklärung, in der die Demokratie in ihrer ganzen ekelhaften Natur sehr plastisch zum Ausdruck kommt. Facta wurde oft der Schwäche bezichtigt. Wie man sehen kann, wußte er aber die "höchsten Werte" des Staates und des Vaterlandes sehr gut zu verteidigen:

"Italiener!

In dieser Stunde, wo der Friede auf Erden so ernsthaft bedroht ist, richtet sich die Regierung an das Land, an das ganze Land, ohne Unterscheidung von Parteien, um direkt an die Bürger zu appellieren, ihre blutigen Schlachten zu beenden und ihren Geist im Gefühl einer patriotischen und menschlichen Zusammenarbeit zu erheben. Italien verlangt von seinen Söhnen, daß sie die Kämpfe, die es zerreißen, einstellen. Seine Stimme wird die großmütige Seele der Italiener bestimmt erreichen. Es ist nicht möglich, daß die Herzen, die unlängst in der großartigen siegreichen Verteidigung des Vaterlandes vereint waren, die Zerrüttung nicht fühlen, die eine so tiefe Störung der öffentlichen Ordnung dem Vaterland zufügt, und daß sie dem gleichgültig zusehen. Die Regierung hat die höchste Pflicht, den Staat, seine Institutionen, die allgemeinen Interessen und die Rechte der einzelnen zu schützen, zu jedem Preis, mit allen Mitteln, gegen jeden, der es wagen sollte, sie zu gefährden. Sie ergreift die durch die Lage gebotenen Maßnahmen, um Achtung vor dem Gesetz, dem Leben und dem Eigentum der Bürger durchzusetzen; sie möchte aber ein letztes Mal Worte der Eintracht und der Ordnung an das Land richten, im Vertrauen darauf, daß sie gehört werden. Mögen die kämpfenden Gruppierungen verstehen, wie voll von Gefahren, Bedrohungen und Zusammenbrüchen der Augenblick ist, und mögen sie sich wieder der Disziplin beugen!

Möge der Wille des italienischen Volkes dazu beitragen, zu vermeiden, daß die Früchte des Sieges, der um den Preis so vieler Opfer erungen wurde, durch unergiebig und blutige innere Auseinandersetzungen zerstört werden, das ökonomische und finanzielle Gleichgewicht des Landes gefährdet und die Wiederaufnahme der Arbeit verzögert wird: denn hiervon erwartet Italien die Rückkehr zum Wohlstand, hiervon sind seine Würde und die Verteidigung seiner Interessen in der Welt abhängig, zumal ernsthafte internationale Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Mögen sich die Seelen aller Bürger in einem einzigen Aufschwung der Liebe zum Vaterland erheben und möge die so hart geprüfte Ordnung in unser Land wieder einkehren!"

Der Generalstreik hatte genau dreieinhalb Tage gedauert. Am Tage nach dem Befehl zur Wiederaufnahme der Arbeit veröffentlichte die KP folgenden Artikel in allen ihren Organen:

"ERSTE FESTSTELLUNGEN

Wir schreiben diese wenigen Notizen kurz nach dem Befehl zum Abbruch des Nationalen General-

streiks. Im Laufe des Kampfes mußte man von jeder Polemik absehen. Heute muß die Art und Weise, wie der Kampf verlief, auf die Tagesordnung der Diskussionen unter den Proletariern gestellt werden. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Presse der Bourgeoisie - die Stunden des Schreckens erlebte - und des Faschismus - der sich nicht mehr lange aufplustern wird - markiert die neue Erfahrung keinen Endpunkt in der Klassenaktivität des Proletariats, sondern sie wird dem italienischen Proletariat in seinem Weg in Richtung auf noch härtere Etappen nützlich und wertvoll sein.

Ausgehend von uns vorliegenden Informationen über die Bewegung und das Werk ihrer Führer (von ihnen haben wir bis jetzt nur die Erklärung mit dem Streikaufruf), können wir schon jetzt einige Punkte festhalten, auf die wir eingehend zurückkommen werden.

Der Streik scheiterte nicht.

Hätte man den Streik auf eine gelinde gesagt weniger ungeeignete Weise ausgerufen, so hätten die Massen von Anfang an einmütig geantwortet. In dem Maße, in dem die Nachricht die Arbeiter erreichte, haben sie die Arbeit verlassen, und die öffentlichen Dienstleistungen wurden lahmgelegt. Wir werden durch unwiderlegbare Dokumente beweisen, daß es eine Lüge ist, wenn von mancher Seite behauptet wird, einige Städte oder Branchen hätten sich nicht beteiligt. Das Proletariat und die roten Organisationen müssen lediglich besser zusammengefaßt und geführt werden. Der Faschismus und die Reaktion haben keine Breschen im proletarischen Lager geschlagen. Sie machten gegenüber der proletarischen Aktion an der ganzen landesweiten Front Stunden des Zögerns und des Rückzuges durch. Wären die Kräfte, die die Arbeiterklasse auf den Plan rief, besser geführt und eingesetzt worden, so hätte man eine proletarische Gegenoffensive erlebt, was durch verschiedene Zeichen bewiesen wird. Eine Chronik der Ereignisse wird dies bestätigen. Die Arbeiter müssen daraus für andere Gelegenheiten lernen, die von den bürgerlichen Organen verbreiteten defätistischen Nachrichten durch einen Vergleich mit dem, was sich effektiv abspielt, zu beurteilen.

Der Streik wurde schlecht vorbereitet.

Die Arbeiter wußten in ganz Italien, daß die Sozialisten aller Tendenzen, in der CGL wie in der AA usw. aus Prinzip gegen den von den Kommunisten vorgeschlagenen Generalstreik waren. Gewisse Fraktionen dieser Organisationen haben zwar keine offene Propaganda gegen diese Waffe des proletarischen Kampfes gemacht, sie vermieden es jedoch, ihr eine größere Bedeutung beizumessen, was notwendig wäre, um dem Generalstreik zur vollen Wirksamkeit zu verhelfen. Die Mehrheit von ihnen ging aber so weit, sich über den Gedanken an einen nationalen Streik unumwunden lustig zu machen. Wie sollte das Proletariat angesichts des Streikaufrufs keine zögernde Haltung einnehmen, wenn der Streik durch dieselben Leute ausgerufen wurde, die ihn vorher als verheerendes und verrücktes Mittel verworfen hatten, und wenn man dem Proletariat nicht ausdrücklich erklärte, daß mindestens die Mehrheit der AA sich

für den Streik ausgesprochen hatte? Statt dessen wurde der Beschluß durch die Schuld des "LAVORO" von Genua (...) zu einem offenen Geheimnis. Der Streik hätte mindestens mit einem nachhallenden Ereignis des Klassenkampfes zusammenfallen müssen, denn das Interesse der Arbeiter des ganzen Landes wäre dann erwacht, und sie würden sich den Wechsel in der Marschroute der AA erklären können. Statt dessen blieben die Aufrufe der Kommunisten, aus Anlaß des Metallarbeiterstreiks, des Streiks in Piemont und in der Lombardei und der Ereignisse in der Romagna in Aktion zu treten, ohne Antwort, während der Generalstreik mit festem und ... geheimem Termin ausgerufen wurde (15). Die Kommunisten haben die Anweisung zur Geheimhaltung beachtet, sie haben aber zur gegebenen Zeit alle Vorbehalte geäußert. Man entsinnt sich der Erklärung von Colombino: "Wir werden den Metallstreik machen, um zu beweisen, daß er nicht die Ergebnisse haben kann, die jene, die ihn vorschlagen, sich davon erhoffen". Wir werden darauf zurückkommen.

Dem Streik fehlten die Direktiven.

Im Vorschlag, den die Kommunisten den großen Organisationen und der AA so oft unterbreitet haben, waren die Ziele und die Mittel der Bewegung klipp und klar festgelegt. Im anderen Lager herrschte genau das Gegenteil. Da meinte man zunächst, man dürfe sich in einen aufständischen und politischen Streik nur dann stürzen, wenn man die mathematische Sicherheit hätte, daraus würde sich die soziale Revolution ergeben. Danach machte man sich hinter den Kulissen an die Vorbereitung eines Streiks heran, um auf die Regierungskrise einzuwirken und die Sozialisten in die Regierung zu schicken: Es ging um **TURATIS STREIK IN ACHTUNG VOR DEM GESETZ**. Trotz der förmlichen Erklärungen, die vorher gemacht worden waren, vertrat das Manifest der Allianz im Grunde diese zweite Auffassung. Darin wurden dem Kampf weder ein klares Ziel noch irgendein Mittel vorgezeichnet. Im Gegenteil wurde ein zum Zeitpunkt der Aktion äußerst gefährlicher pazifistischer Geist verbreitet. Nun, dieser Streik soll aber dazu dienen, dem Proletariat die Grundgedanken des Klassenkampfes klarzumachen. Es geht weder um den freidlichen Streik in Achtung vor dem Gesetz und getragen von der Illusion, das Proletariat könne der Reaktion durch eine parlamentarische Ablenkung entkommen, noch um den revolutionären Streik im Sinne der Operettenrevoluzzer, die unter dem unsinnigen Motto 'Alles oder nichts' auftreten, aber unfähig sind, die Praxis des ... 'Nichts' zu überwinden. Im Gegenteil: Es geht um den Streik, der einen Schritt vorwärts, die Eroberung von Positionen für den weiteren Kampf darstellt, um den Streik, der die wachsende politische und militärische Zusammenfassung und Bewaffnung der Massen vorantreibt, der ihre Fronteinheit festigt und daher zu einem Transmissionsriemen für eine mächtige und sehr breite Organisationseinheit der Massen in der Kommunistischen Partei, dieser unersetzlichen Waffe der proletarischen Revolution, wird.

Der Streik wurde durch seine eigenen Führer

gebrochen.

Wie in Mailand hat die Unfähigkeit der Arbeiterführer wieder einmal den faschistischen Erpressungsbluff begünstigt. Man hätte den Streik um so weniger abbrechen dürfen, als die Faschisten dies befohlen hatten. Man hätte die moralischen und materiellen Energien der Massen nicht besser katalysieren können, als gerade durch den Beweis, daß der Faschismus nicht die Macht hat, die allgemeine Mobilmachung des Proletariats zurückzuhalten. Stimmt es, daß die Regierung mit den Faschisten und den Sozialisten verhandelt hat, damit erstere die Frist ihres Ultimatums verlängerten (und es wäre interessant gewesen, sie dieses Ultimatum durchführen zu sehen) und zweitens die Bewegung schnell beendeten?

Trotz der faschistischen Herausforderung und der sozialistischen Lachheit: Das Proletariat steht noch; es liegt nicht zu Boden; es wird sich sehr bald des Wertes der gemachten Prüfung bewußt werden; es kämpft weiter an zwei Fronten für seinen unausbleiblichen Sieg".

Die Kommunistische Partei hatte die Bewegung ohne Vorbehalte unterstützt und die Art und Weise, wie der Zeitpunkt des Streiks gewählt, wie der Streik selbst organisatorisch und politisch vorbereitet, kurzum wie der Streik geführt worden war, von Anbeginn kritisiert. Um so mehr hatte sie jetzt das Recht, schonungslos vorzugehen. Die Lehren waren klar: Die zwei Wege, der Weg der parlamentarischen Kollaboration und der Weg der Massenaktion, waren miteinander nicht zu vereinbaren. Die vom parlamentarischen Manöver geschaffene Illusion hatte den offenen Kampf des Proletariats irregeführt und gelähmt, und dies im Maßstab der gesamten Klasse in ganz Italien. Durch ihre eigene allgemeine Mobilmachung des Proletariats hatten die reformistischen und legalitären Sozialisten gezeigt, daß ihr Weg in die Sackgasse führte und daß es keinen Mittelweg gab. Der Weg, den die Kommunisten verfochten, war sicherlich ein harter, schwieriger Weg, er war aber der einzige, der ein positives Ergebnis überhaupt hätte herbeiführen können.

In einem Manifest vom 6. August erinnerte die Partei erneut daran, daß der Kampf, der mit dem Generalstreik begonnen hatte, sich nach wie vor in blutigen Episoden fortsetzte, und daß die falsche Taktik der reformistischen Führer dem Faschismus in die Hände gespielt hatte. Sie zeigte, daß die Massen eine fantastische Kampfbereitschaft bewiesen hatten und daß die Strategie des Generalstreiks sich als ausgezeichnete Plattform für den Kampf gegen die Reaktion erwiesen hatte. Das weitere zitieren wir:

"Nur: Die Massen brauchen an ihrer Spitze Parteien und Männer, die sich vor dem revolutionären Kampf nicht fürchten, die ihre Aktion weder auf zwielichtige Wege kanalisieren, noch durch eine Taktik, die die Ereignisse nunmehr für immer erledigt haben, ablenken wollen, die Taktik der Kollaboration und der Gesetzmäßigkeit. Es ist erwiesen, daß diese idiotische Taktik die bewaffnete Gegenoffensive des Feindes gegen die Massen, die durch ihre Führer von jeder echten revolutionären Vorbereitung

abgehalten wurden, herbeiführt (...).

Unabhängig von der Haltung jeder andren Organisation wiederholt die Kommunistische Partei, die dem Befehl zum Streikabbruch folgte, die Losung, die dem Proletariat die Taktik vorzeichnet, die es in der gegenwärtigen Lage und Periode permanent anzuwenden hat: Waffe gegen Waffe, Gewalt gegen Gewalt. Die Kommunistische Partei beansprucht mit Stolz ihre Kampfstellung inmitten der Massen, die trotz ihrer unterlegenen Stellung gegenüber einem stärkeren und besser bewaffneten Feind so großartig kämpfen.

Die Kräfte der Kommunistischen Partei erhalten noch einmal die übrigens überflüssige Direktive, den heiligen Verteidigungskleinkrieg der Arbeiter in der Aktion zu unterstützen, sich anzustrengen, um den Massen die Aktionsführung und -mittel, die noch fehlen, zu geben, und sich mit den Proletariern aller Parteien zu verbrüdern. Aber die Kommunistische Partei kann nicht umhin, die anderen Organisationen des Proletariats, unter deren Einfluß ein großer Teil der Massen steht, noch einmal zum Kampf aufzurufen, denn sie müßten sich überzeugt haben, daß jede pazifistische und gesetzliche Auffassung nunmehr abzulegen ist.

Man darf es nicht zulassen, daß die Arbeiter in den noch kämpfenden Städten und die Opfer der reaktionären Vergeltungsschläge gegen die Streikenden der letzten Tage in einer Stellung der augenscheinlichen Unterlegenheit den Schlägen des Feindes preisgegeben werden und daß der Feind heute, nachdem die großen Massen aus dem Kampf gezogen wurden, die proletarischen Zeitungen unbestraft zerschlagen kann.

Selbst wenn es nicht die Absicht hat, weitere Initiativen zu ergreifen, so muß das Nationale Komitee der Allianz der Arbeit die Massen fragen, ob sie den begonnenen Kampf auf diese Weise werden zu Ende gehen lassen. Es muß sofort eine Konferenz der Delegierten aller örtlichen Organisationen der AA einberufen werden, um die Lage zu untersuchen und eine neue Welle der proletarischen Aktion zu organisieren. Ein Proletariat, das sich wie das italienische in diesen leidenschaftlichen Tagen verhalten hat, ein Proletariat, das verstanden hat, was der Sieg der Sklavenhalter bedeuten würde (...) und das mit Zorn und ohne Reue sein Blut für den Befreiungskampf gibt, ein solches Proletariat verdient trotz der Fehler derjenigen, die es geführt haben, nicht, daß man es der Laschheit und Verworrenheit bezichtigt.

Man muß schnell eine redliche Befragung organisieren, damit es sagen kann, mit welchen Mitteln die weitere Aktion zu führen ist. Das Nationale Komitee der AA muß auf unseren Vorschlag einer Konferenz aller seiner örtlichen Organisationen antworten, und diese örtlichen Organisationen müssen das Nationale Komitee drängen, damit dieser Vorschlag angenommen wird, denn die Tatsache, daß sie großmütige und zur Verteidigung wie zum Siege entschlossene Massen vertreten, berechtigt sie dazu.

Die rote Fahne des Klassenkampfes wurde und wird niemals eingezogen!

Arbeiter Italiens, aufrechtbleiben, immer aufrecht in einem gnadenlosen Krieg gegen die Reaktion und die bürgerliche Ordnung!

Es lebe der Kommunismus!

(Fortsetzung in der nächsten Nummer)

ANMERKUNGEN:

- (1) Nach Kriegsende hatten sich zunächst Giovanni Giolitti und Francesco Saverio Nitti gegenseitig als Regierungsführer abgelöst. Beide gehörten den Liberalen an, waren aber zugleich Rivalen als Regierungsanwärter. Beide wurden von den Sozialisten abwechselnd hofiert und "bekämpft". In der Jahreswende 1921/22 genöß Nitti eine größere Popularität in der Sozialistischen Partei, obwohl er Vertreter der Interessen der großen Kriegsindustrie war (der ANSALTO und der mit ihr liierten Finanzgruppe der Banca di Sconto), die sich in Konkurrenz mit der auf den Frieden "umgestellten" Stahlindustrie (Ilva und Banca Commerciale) befand, deren Wortführer Giolitti war. Giolitti wurde in dieser Phase auch vom Vatikan ungern gesehen, der durch die Volkspartei im Februar 1922 ein Veto gegen eine Giolitti-Regierung aussprach.
- (2) Am 28. Juli 1919 trat in Amsterdam ein internationaler Gewerkschaftskongreß zusammen, zu dem die Gewerkschaften des revolutionären Rußlands nicht eingeladen worden waren. Der Kongreß, der ganz von den westeuropäischen Gewerkschaftsverbänden beschickt oder zumindestens von ihnen beherrscht war, gründete einen Internationalen Gewerkschaftsbund, IGB, der sich auf den Boden der politischen Neutralität und des Völkerbundes stellte, mit anderen Worten gegen den Klassenkampf und an die Seite der vom Völkerbund repräsentierten Weltpolizei der Bourgeoisie gegen den Bolschewismus und die Kommunistische Internationale. Die Rote Gewerkschaftsinternationale, RGI, die von der Komintern im Jahre 1920 gebildet wurde, um die Arbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes international zusammenzufassen, organisierte neben den russischen Gewerkschaften auch oppositionelle Gewerkschaften Frankreichs, Hollands, der Tschechoslowakei, der USA, Englands, Deutschlands und Chinas gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.
- (3) Um der eigenen Initiative einen "feierlichen" und "offiziellen" Charakter zu verleihen, organisierte die Eisenbahnergewerkschaft am 8. Februar ein Parteientreffen, zu dem auch die KPI eingeladen wurde. Aus Gründen, die im Text erklärt werden, nahm die KP nicht daran teil. Hingegen beteiligten sich die PSI (Sozialistische Partei), die republikanische Partei und die Anarchistische Union. Das sehr verschwommene Kommuniqué, das nach dem Treffen veröffentlicht wurde, brachte absolut nichts Neues.
- (4) Der nationale Gewerkschaftsausschuß der KP hatte in einem Brief vom 11. Februar die CGL gefragt, ob sie, da die vorgesehene Versammlung "zu einer effektiven Vereinbarung

- für die gemeinsame Aktion aller einer Gewerkschaftszentrale angeschlossenen Organisationen führen soll, es nicht für angemessen" hielt, "eine sehr breite Vertretung auf der Grundlage der jeweiligen Stärke der Fraktionen, die es in der CGL gibt, zu ernennen und einzuladen". Im Falle einer positiven Antwort möchte er auch "für die Minderheit, die unserem Ausschuss folgt und die sich auf der Tagung des Nationalrates in Verona auf der Grundlage unserer Anträge behauptet hat", Delegierte ernennen dürfen. Die CGL antwortete, daß nach der Satzung kein politisches Komitee das Recht hätte, Vertreter in der CGL zu ernennen und daß das Gesuch daher nicht akzeptiert werden könnte!
- (4a) Die im Text bisher nicht vorgekommene UIL (Unione Italiana del Lavoro, bzw. Italienische Arbeitsunion) war ein 1918 entstandener Zentralverband. Sie wurde von ehemaligen revolutionären Syndikalisten, die sich in Kriegsanhänger verwandelt hatten, und von Führern der republikanischen Arbeitskammern der Romagna gegründet. Die USI war, wie bereits erklärt, der anarchistische Verband.
- (5) In einem Bericht an die Komintern von Juni 1922 "über die Taktik der Partei und die Frage der Einheitsfront" bemerkte die KPI, daß in Italien "der Plan einer 'besseren Regierung' sich als DEFÄTISTISCHE PROPAGANDA UNTER DEN MASSES NIEDERSCHLÄGT, weil er als Mittel zur Abschaffung des Faschismus und der Reaktion dargestellt wird, WOBEI DAS PROLETARIAT DAZU AUFGEFORDERT WIRD, AUF JEDEN AKTIVEN WIDERSTAND ZU VERZICHTEN. Wir halten es zwar für nützlich, daß dieser Schritt effektiv vollzogen wird, vor allem, um dem Proletariat diese letzte Illusion zu nehmen und den Einfluß der Sozialdemokraten zu liquidieren; aber die gebotene Taktik ist die unserer Unabhängigkeit und unserer ständigen Opposition zu diesem Plan." In der Tat hat die KPI diese Taktik in dieser ganzen Phase ununterbrochen und rigoros verfolgt, in dieser Phase, in der einerseits eine tatsächlich von der Arbeiterklasse gebildete Einheitsfront nach und nach entstand, aber andererseits versucht wurde, diese Einheitsfront vor den Karren von dreckigen parlamentarischen Manövern zu spannen, was das Proletariat materiell und moralisch entwaffnete.
- (6) Die "Arditi del Popolo" wurden im Jahre 1921 als überparteilicher Wehrverband gegen die Sturmbrigaden des italienischen Faschismus gebildet, um die Legalität des politischen Lebens - auch gegenüber den revolutionären Kommunisten! - wiederherzustellen. Die näheren Umstände ihrer Entstehung und ihres Wirkens sowie die Gründe, die die italienische KP bestimmten, sich und ihre eigenen militärischen Verbände nicht in die "Arditi" zu integrieren - trotz des von der Komintern erhobenen Vorwurfs des "Sektierertums" - sind ausführlich behandelt im 2. Teil dieser Arbeit (KP Nr. 23), vgl. auch den Abschnitt "Der Kampf der Kommunistischen Partei für die militärische Organisation der Massen" im 1. Teil, KP Nr. 22.
- (7) Siehe Anmerkung (1)
- (8) In der Auffassung der KPI sollte diese allgemeine Aktion nicht allein einen ökonomischen und gewerkschaftlichen Charakter haben. Sie sollte eine Manifestation der Macht sein, um die Anmaßungen des Feindes zurechtzuweisen und zugleich den Massen Selbstvertrauen einzuflößen. Seit langem forderte sie die AA auf, sich nicht allein auf Proteste gegen die vereinten Angriffe der Faschisten und der Ordnungskräfte zu beschränken. So konnte man in "L'Ordine Nuovo" vom 5. Juni lesen: "Die AA, die CGL und die PSI empfanden nicht die Notwendigkeit, dem Proletariat eine Losung zu geben (...). Doch gibt es für das Proletariat eine einzige Möglichkeit: den bewaffneten Kampf; eine einzige Haltung: die Haltung einer Armee auf dem Schlachtfeld; eine einzige Rettung: die Einheitsfront. Die Ereignisse zeigen auf klare, offensichtliche, genaue Weise, welche Taktik anzuwenden ist. Alle Arbeiter müssen bereit sein, auf den ersten Ruf zu antworten. Diesen Weg zeigt die KP den Arbeitern, bevor es zu spät ist."
- (9) Selbstverständlich sollte die Einladung an die Parteien vom Nationalrat der CGL ausgehen und nicht vom politischen Gruppen oder Fraktionen. Im übrigen hatte die KPI es nicht abgelehnt, mit Delegationen der PSI, der Republikanischen Partei und der Anarchisten zusammenzutreffen, aber allein um Fragen zu behandeln, die mit der Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion des organisierten Proletariats zu tun hatten. Solche Treffen hatten im Mai stattgefunden und wiederholten sich auf rein technischer Ebene im Juli. Wie man sieht, stellte die KPI solchen Treffen keine prinzipiell und absolut ablehnende Haltung entgegen, obwohl sie die Möglichkeit, dadurch irgendein ernsthaftes Ergebnis zu erreichen, mindestens skeptisch betrachtete (und in der Tat trugen solche Treffen keinerlei Früchte). In dem bereits zitierten Bericht für das Exekutivkomitee der Komintern steht, daß die Partei jedoch "eine Reihe von Punkten als BEDINGUNG FÜR EINE VEREINBARUNG stellte, um den anderen Parteien die Möglichkeit zu nehmen, daß sie eine Propaganda und eine Aktion entfalten, die das Proletariat von der direkten und bewaffneten Aktion und im Falle eines Sieges von der Errichtung der proletarischen Macht als Ergebnis des Kampfes ablenken (...). Für EIN BÜNDNIS müssen Vorbedingungen erfüllt werden, und diese kann man nicht ändern, um das Bündnis selbst zu ermöglichen. Im Falle eines Bruches erklärt sich die KPI immer, bedingungslos, für den nationalen Streik unter Führung der AA und setzt ihre Kampagne in dieser Richtung fort". Dies war die Mindestvoraussetzung, um sich nicht zum Komplizen eines weiteren Verrats zu machen - alles andere als Sektierertum!
- (10) Wir geben diesen Antrag, der sich von demjenigen vom 22. Juni unterscheidet, vollständig wieder, unter anderem weil er zwei Kernpunkte unserer Polemik sowohl gegen die

- rechten Führer der CGL als auch gegen Serrati und seine Maximalisten (die sich den Rechten beugten) enthält: die Notwendigkeit eines offenen Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale und die ebenso notwendige Kündigung des Bündnispaktes zwischen PSI und CGL. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die PSI - *unter anderem*, was diese zwei Fragen anging - seit Livorno bewiesen hatte, keinerlei Absicht zu haben, in Reih und Glied mit der Kommunistischen Internationale zu marschieren. Wie wir mehrmals ausführten, konnte daher die bloße Trennung von den parlamentarischen und gewerkschaftlichen Rechten im Gegensatz zum Zeitpunkt des Kongresses von Livorno nicht mehr als Maßstab für die Ernsthaftigkeit der "kommunistischen Gesinnung" von Serrati & Co. angesehen werden.
- (11) Im Juni war die Erweiterte Exekutive der Komintern in Moskau zusammengekommen und hatte die Losung der "Arbeiterregierung" ausgegeben. In Antwort auf die Bitte der KPI um Klarstellung wurde verdeutlicht, daß es sich um ein "Synonym für Diktatur des Proletariats" handelte, das zu benutzen sei, um breite Arbeitermassen an die Partei zu ziehen, in etwa wie die Bolschewiki zwischen dem April und dem Juli 1917 die Losung "Alle Macht den Sowjets" ausgegeben hatten. Die italienische Partei äußerte schwere Vorbehalte gegen diese Deutung, führte jedoch die Richtlinien der Weltorganisation diszipliniert durch. So schloß das Manifest der KPI an die Arbeiter Italiens vom 2. Juli mit den Worten ab: "*Gegen die bürgerliche Offensive - mit dem nationalen Generalstreik! Gegen die weißen Banden - mit den selben Mitteln der bewaffneten Organisation und Aktion wie sie! Gegen die Falle der bürgerlichen Kollaboration - für die Regierung der Arbeiter und Bauern!*"
- (12) Im Laufe der Feierlichkeiten zum Jahrestag des italienischen Kriegsbeitritts war es am 24. Mai im römischen Volksviertel San Lorenzo zu heftigen Abwehrkämpfen von Proletariern und Armen gegen faschistische Demonstranten gekommen. Die Polizei eilte den Faschisten zur Hilfe und schoß in die Menge (2 Tote, 50 Verwundete). Die AA rief zwar zunächst zum Streik auf, unterbrach ihn aber am 26.5 unter dem Vorwand, die Regierung hätte die "Zusicherung" gegeben, die Verantwortlichen zu ermitteln und zu verhaften.
- (13) Am 10. Juli schickte das Zentralkomitee der KP einen Brief an das Nationale Komitee der AA. Dieser Brief enthielt einen sehr klaren Vorschlag, die Delegierten der örtlichen Komitees der AA aus allen Gebieten Italiens, in denen der Kampf gegen die Reaktion zu jenem Zeitpunkt brannte, zusammenzurufen, um den Beschluß zu fassen, alle Kräfte der Arbeiterklasse auf den Plan zu rufen. Der Vorschlag sei mit äußerster Dringlichkeit zu behandeln, um sofort eine Entscheidung zu treffen. Die KP sei sicher, ihr Appell werde mit Entschlossenheit aufgenommen werden. Und sie grüßte die Genossen mit dem Ausruf:
- "Es lebe die proletarische Einheitsfront und die allgemeine Aktion der Massen gegen die Reaktion"*. Eine Antwort auf den Appell ist niemals eingetroffen.
- (14) Alle späteren Fehler der Kommunistischen Internationale, die von der politischen Einheitsfront in die Unterstützung von und selbst in die Beteiligung an vermeintlichen Arbeiterregierungen abglitt, wurden von einer Reihe von entgegengesetzten Wunschvorstellungen getragen. Einerseits die Vorstellung, welche die rechten Strömungen in der KI und selbst in der KPI teilten, derzufolge eine Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten *immerhin* der Arbeiterklasse *bessere allgemeine* und somit auch politische Lebensbedingungen gesichert hätte; andererseits die ebenso extreme Vorstellung, daß eine Regierungskoalition der Sozialdemokratie mit rein bürgerlichen Parteien, selbst wenn sie dazu dienen sollte, die Sozialdemokratie zu entlarven und den Mythos der stufenweisen Machteroberung und der friedlichen Reform des Kapitalismus zu zerschlagen, einen großen Schaden für das Proletariat bedeuten würde und daß man sich ihr deshalb entgegenstellen und sie nach Möglichkeit verhindern müßte. Auf dieser Grundlage hat man schließlich glauben können, daß die *rein verbale* Unnachgiebigkeit der Maximalisten gegenüber der Perspektive einer Regierungskoalition aus Liberalen, Volkspartei und Sozialdemokraten Ausdruck einer *grundsätzlichen Unnachgiebigkeit* wäre. Und man sah sich daher berechtigt, den x-maligen Einigungsversuch zwischen KPI und einer von den Rechten um Turati geübten PSI zu starten. Aber selbst wenn man alle prinzipiellen Überlegungen beiseite läßt, so war dieser Versuch schon aus praktischen Gründen verfehlt, wie die KPI in ihrer Korrespondenz mit der Exekutive der KI, auf der Sitzung der Exekutive vom Juni 1922 und auf dem IV. Weltkongreß zeigte. Die "Unnachgiebigkeit" der Maximalisten war fiktiv, und selbst wenn es zur Spaltung der PSI kommen sollte, was im Oktober 1922 tatsächlich geschah, so hätte es die PSI *als Ganzes* (und mit Recht) abgelehnt, sich mit der KPI zu vereinigen. Die ganze Sysiphusarbeit der Moskauer Delegierten, um diese Fusion zu ermöglichen, war daher von vornherein zum Scheitern verurteilt und, was noch schlimmer war, sie lähmte, desorientierte und demoralisierte eine Partei, die eines Maximums an Unterstützung für ihren *einsamen* Kampf gegen den Faschismus bedurfte (einsam infolge von materiellen Bedingungen und nicht aus Reinheitsfimmel).
- (15) Zu dem Zeitpunkt des Streiks, der nicht im luftleeren Raum zu bestimmen war, sondern mit einem hervorstechenden Ereignis des Kampfes gegen den Faschismus und den Staat, von denen es im Laufe der vorhergehenden Monate einige Beispiele gegeben hatte, zusammenfallen mußte, schrieb die KP an anderer Stelle: "*Wir waren nicht dagegen*" (d.h. gegen den gewählten Zeitpunkt), "*weil er verfrüht gewesen wäre, sondern weil er zu spät war*".

DIE INFLATION ODER DIE FLUCHT NACH VORN DES KAPITALS

WAS VERSTEHT MAN UNTER INFLATION?

Um dieses allgemeine Phänomen des heutigen Kapitalismus mit Hilfe der marxistischen Wertlehre auf ihren Begriff zu bringen, muß man sich vor allem genau klarmachen, was man unter "Inflation" zu verstehen hat. Die bekannte bürgerliche Definition, die Inflation als permanente Steigerung des Preisausdrucks der Waren beschreibt, ist völlig unbrauchbar. Sie übersieht, daß Preiserhöhungen (z.B. Preiserhöhungen bei Lebensmitteln durch Marktmacht) und Inflation (Verschlechterung des Werts der Geldware) grundsätzlich zwei verschiedene Dinge sind, die nicht miteinander vermischt werden dürfen. Erhöht sich der Preisausdruck der Waren, so ist auf den ersten Blick überhaupt nicht feststellbar, welche Seite der Gleichung sich geändert hat. Es ist nicht einsichtig, ob die Ware teurer oder die Geldware wertloser geworden ist.

Die Verwendung des populären Inflationbegriffs schafft deshalb von Anfang an keine Klarheit über zentrale Unterscheidungen. Hier fällt nämlich völlig unter den Tisch, daß im Preisausdruck der Waren drei Ursachen ihren Ausdruck finden. Zwei tendieren dazu, den Preis zu erhöhen; eine, ihn zu senken:

1. Die Steigerung des Preisausdrucks der Waren durch Preiserhöhungen (Teuerung), die den Wert der Geldware unberührt lassen.
2. Die Steigerung des Preisausdrucks der Waren durch Verminderung des Werts der Geldware (Inflation). - Warum nur dieser Vorgang korrekt als Inflation bezeichnet werden kann, wird später gezeigt.
3. Die Erniedrigung des Preisausdrucks der Waren durch Verminderung des Warenwerts infolge der Entwicklung der Produktivität der Arbeit.

Dies soll ein Beispiel illustrieren:

Wenn die Inflationsstatistiker feststellen, daß die Ware X 5000 Währungseinheiten und 10 Jahre später dieselbe Ware X 6000 Währungseinheiten kostet, so ist zunächst nicht festzustellen, ob sich die Ware oder der Maßstab, mit dem sie gemessen wird, nämlich die Geldware verändert hat. Es ist sowohl möglich, daß der Wert des Maßstabs Geldware gefallen, als auch daß der Preis der Ware gestiegen ist. Im ersten Fall müßte der Preis der Ware in einer größeren Menge entwerteter Währung ausgedrückt werden.

Das Problem wird noch etwas komplizierter, wenn die Entwicklung der Produktivität berücksichtigt wird. Dabei gilt bekanntlich laut Marx folgende Beziehung: "Der Wert der Waren steht im umgekehrten Verhältnis zur Produktivkraft der Arbeit." (Kapital I, S.338) Denn durch die Entwicklung der Produktivkräfte kann eine Ware mit gleichem Gebrauchswert in kürzerer Zeit hergestellt werden und hat folglich einen geringeren Tauschwert, da sie weniger Arbeitszeit verbrauchte. Sollten in unserem Beispiel die Inflationsstatistiker feststellen, daß sich der Preisausdruck der Ware X nicht geändert hat, so müßten sie schlußfolgern, daß keine Inflation stattgefunden hat. Und solchen Unsinn kann man in der Tat häufig lesen.

Bei Kenntnis der marxistischen Werttheorie ist dagegen ganz klar, daß sehr wohl Inflation stattgefunden haben kann. Durch die Entwicklung der Produktivität wird der Wert der Ware X fallen, gleichzeitig kann sich jedoch der Wert der Geldware mit dem Ergebnis verringern, daß der Preisausdruck unverändert bleibt.

Und in der Tat ist es gerade der zentrale Punkt jeder heutigen Inflation, daß durchweg trotz ständiger Steigerung der Produktivität die Preise ebenso beständig steigen. Bevor allerdings auf diese "permanente Inflation" näher eingegangen werden kann, ist es notwendig, die Grundelemente der marxistischen Geldtheorie sich klar zu machen.

DIE GELDTHEORIE BEI MARX

Geld ist eine Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. Ohne Geld können die produzierten Waren nicht zirkulieren. Eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft, eben die Gemeinschaft der assoziierten Produzenten, die Produkte und nicht Waren für den unmittelbaren gesellschaftlichen Bedarf produziert, benötigt dagegen *kein Geld*, da es *keinen Markt* gibt, auf dem der *in den Waren steckende Wert realisiert* werden muß. Es gibt hier eben *keine Warenproduktion*. Jeder produziert und jeder erhält vielmehr das, was er benötigt, weil jeder unmittelbar gesellschaftlich notwendige Arbeit leistet.

Bei der kapitalistischen Produktionsweise jedoch wird Arbeit "privat" verausgabt. Ob die so verausgabte Arbeit auch gesellschaftlich notwendig war, erweist sich erst, wenn die

Ware sich auf dem Markt bewährt und ihren Abnehmer findet. Nur durch den Verkauf auf dem Markt kann der in der Ware steckende Wert realisiert werden. Dies geschieht, indem sie gegen einen äquivalenten Wert getauscht wird. Ein allgemeines Äquivalent, das gegen alle Waren austauschbar ist, ist deshalb notwendig für das Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise. Das allgemeine Äquivalent, nämlich die Geldware, hat nun mehrere Funktionen zu erfüllen:

1. MASS DER WERTE BZW. MASSTAB DER PREISE

Erst das Vorhandensein einer Geldware ermöglicht es, den Wert der Waren durch einen Preis sichtbar zu machen. Der Wert ist den Waren nicht äußerlich ansehbar. Deswegen muß jede Ware mit einem Preisausdruck versehen werden. Dazu ist ein Maß des Wertes notwendig. Wenn ich z.B. weiß, daß die Ware X 5000 Geldeinheiten (Mark, Dollar, Franc, Pfund usw., der Name ist unwichtig) wert ist, so bin ich keineswegs schlauer, da das Wertmaß nicht definiert ist. Wert kann nun nur durch Wert, durch einen anderen Wertträger, durch eine andere Ware definiert werden. Eine andere Ware muß her, und zwar eine, die gegen alle anderen austauschbar ist: das Gold.

Der Ausdruck, daß die Ware X 5000 Gramm Gold kostet, besagt, daß beide Wertgrößen gleich sind, da zu ihrer Herstellung gleiche Mengen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit erforderlich sind. Die allgemeine Geldware Gold spielt hier bereits eine doppelte Rolle: Zum einen versteht es die Ware mit einem Preisausdruck und zum anderen definiert es das Wertmaß.

Dazu Marx: *"Als Maß der Werte und als Maßstab der Preise verrichtet das Geld zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Inkarnation der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht. Als Wertmaß dient es dazu, die Werte der bunt verschiedenen Waren in Preise zu verwandeln, in vorgestellte Goldquanta; als Maßstab der Preise mißt es diese Goldquanta."* (Kap. I/113)

Um als *"Maß der Werte"* - so die Überschrift über den ersten Abschnitt des 3. Kapitels im ersten Band des *"Kapitals"* - zu dienen, braucht theoretisch überhaupt kein Gold produziert worden zu sein. Man braucht nur zu wissen, wieviel die Produktion einer Gewichtseinheit Gold kostet und schon kann der Wert einer unbegrenzten Masse von Waren gemessen werden: *"Da der Ausdruck der Warenwerte in Gold ideell ist, ist zu dieser Operation auch nur vorgestelltes oder ideelles Gold anwendbar."* (Marx)

2. GELD ALS ZIRKULATIONSMITTEL

Damit sich in der kapitalistischen Gesellschaft der Tausch der Waren auf dem Markt nun tatsächlich vollziehen kann, muß Geld vorhanden sein, um als Zirkulationsmittel zu funktionieren. Hierzu reicht ideelles Geld nun keineswegs aus. Die Menge der benötigten Geldmittel hängt von der Warenmenge und der

Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ab. Marx entwickelt dafür folgende Gesamtformel: *"Betrachten wir nun die Gesamtsumme des in einem gegebenen Zeitabschnitt umlaufenden Geldes, so ist sie, bei gegebener Umlaufgeschwindigkeit der Zirkulations- und Zahlungsmittel gleich der Summe der zu realisierenden Warenpreise plus der Summe der fälligen Zahlungen, minus der sich ausgleichenden Zahlungen, minus endlich der Anzahl Umläufe, worin dasselbe Geldstück abwechselnd bald als Zirkulations-, bald als Zahlungsmittel funktioniert."* (Kapitel I/153)

Für die Zirkulation benötigt man reales Geld: *"Um als Geld zu funktionieren, muß das Gold natürlich an irgendeinem Punkt in den Warenmarkt eintreten. Dieser Punkt liegt an seiner Produktionsquelle, wo es sich als unmittelbares Arbeitsprodukt mit andrem Arbeitsprodukt von demselben Wert austauscht."* (Kap. I/123)

Die weiteren Funktionen des Geldes, die Marx untersucht, die aber hier nicht wiedergegeben zu werden brauchen, sind im übrigen die Aufgaben der Schatzbildung bzw. des Weltgeldes.

Festzuhalten ist also, daß Geld Ware und als solche Wertträger ist. Geld repräsentiert dagegen nicht unmittelbar Arbeitszeit. Marx selbst hat diese Auffassung klar zurückgewiesen: *"Die Frage, warum das Geld nicht unmittelbar die Arbeitszeit selbst repräsentiert, so daß z.B. eine Papiernote x Arbeitsstunden vorstellt, kommt ganz einfach auf die Frage hinaus, warum auf Grundlage der Warenproduktion die Arbeitsprodukte sich als Waren darstellen müssen, denn die Darstellung der Ware schließt ihre Verdoppelung in Ware und Geldware ein."* (Kapitel I/109 Anm. 50)

3. GELD ALS ZAHLUNGSMITTEL UND DAMIT BASIS DES KREDITS

Mit der Weiterentwicklung der Warenproduktion können Kauf und Bezahlung der Ware zeitlich getrennt werden. Mit dieser Veränderung der Tauschbeziehungen erhält auch das Geld eine andere Bestimmung, es wird Zahlungsmittel.

"Mit der Entwicklung der Warenzirkulation entwickeln sich jedoch Verhältnisse, wodurch die Veräußerung der Ware von der Realisierung ihres Preises zeitlich getrennt wird. Es genügt, die einfachsten dieser Verhältnisse hier anzudeuten. Die eine Warenart erheischt längere, die andere kürzere Zeitdauer zu ihrer Produktion. Die Produktion verschiedener Waren ist an verschiedene Jahreszeiten geknüpft. Die eine Ware wird auf ihrem Marktplatz geboren, die andre muß zu entferntem Markt reisen. Der eine Warenbesitzer kann daher als Verkäufer auftreten, bevor der andre als Käufer. Bei steter Widerkehr derselben Transaktionen unter denselben Personen regeln sich die Verkaufsbedingungen der Waren nach ihren Produktionsbedingungen." (Kap. I/149)

Aber erst zum Zeitpunkt der Zahlung fungiert das Geld tatsächlich als Zahlungsmittel, vorher ist es nur ideelles Kaufmittel (als Geldversprechen des Käufers), bewirkt aber als solches den Verkauf der Ware. Solange

sich die verschiedenen Forderungen der Produzenten gegeneinander ausgleichen, braucht das Geld auch als Zahlungsmittel nicht tatsächlich vorhanden zu sein, denn es funktioniert nur ideell als Rechengeld oder Maß der Werte.

Das Zahlungsmittel ist andererseits Ausgangspunkt des Kredits, denn das jetzt entstehende Verhältnis von Gläubiger und Schuldner ist die Basis des Kreditgeldes. Anstelle des Geldes als Zahlungs- und Kaufmittel tritt das Schuldzertifikat (z.B. der Wechsel), das seinerseits wieder als Zahlungsmittel dient. Die Warenbesitzer werden von Käufern und Verkäufern zu Schuldnern und Gläubigern, es wird gekauft ohne zu verkaufen, das Äquivalent also ist nicht der gesellschaftliche Garant des Werts, sondern die private Garantie des Käufers, eben z.B. der Wechsel.

Dieser Wechsel wird selbst Geld, er kann bis zum Tage seiner Einlösung zirkulieren und als Geld fungieren. Er, der im Grunde nur Anweisung ist auf zukünftige Produktion, kann sogar absolut an Stelle des Geldes zirkulieren, als Bodensatz, soweit sich Forderungen und Schulden aufrechnen und damit ausgleichen. Der Kredit wird dem Kapitalisten in zwei Formen gewährt. Mit dem kommerziellen Kredit gewähren sich die Kapitalisten untereinander mit Hilfe des Wechsels Kredit. Der Wechsel selbst repräsentiert in der Regel Warenkapital, also Wert. Er vermittelt den Warentausch und bleibt daher innerhalb der Grenzen, die durch die Produktion, durch die Preissumme der Waren, und zwar der bereits vorhandenen, der in der Vergangenheit produzierten, selbst gesetzt sind. Weiter hängt der Umfang dieses kommerziellen Kredits und der Verdrängung des Geldes durch ihn von der Phase des Konjunkturzyklus und dem Verhältnis von Produktion und Konsumtion usw. ab; eine Grenze also, die durch die Entwicklung des Kapitalverhältnisses selbst gesetzt ist. Diese Grenzen nun hilft der eigentliche Geld- oder Bankierskredit zu sprengen.

Jetzt wird der Bankier zum Mittler zwischen Verleiher und Borger. Die periodischen Freisetzen von Geldkapital im Reproduktionsprozeß des Kapitals erlauben es ihm, selbst als Sammler und Verleiher von Kapital aufzutreten. Der Geldkredit macht das Kapital endgültig unabhängig von der Masse des zirkulierenden Geldes, d.h. Geldes in seiner ursprünglichen Bestimmung und Beschränkung durch seinen immanenten Warencharakter, indem er neues Geld schafft und damit gleichzeitig die im Geld als Geld angelegte Verselbständigung gegenüber der Ware - und hier auch bereits gegen die Geldware (Gold) selbst - vorantreibt. Der eigentliche Bankkredit beruht zwar auf den Reservefonds, die im Reproduktionsprozeß des Kapitals notwendig entstehen, aber indem er sich vom produktiven Kapital, das sein Ausgangspunkt ist, befreit und im Bankierskredit verselbständigt - ergänzt durch die Ersparnisse aller anderen Klassen -, überspringt er auch die in seiner Herkunft als Schatz oder Reservefonds angelegten ökonomischen Grenzen.

Aus dieser knappen Charakteristik des Kredits gilt es demnach vor allem festzuhalten, daß

wir es hier von der Entstehung her mit zwei Grundformen des Kredits zu tun haben:

- a) der kommerzielle Kredit, hervorgegangen aus der zeitlichen Trennung zwischen Verkauf und Kauf, den beiden Seiten des Austauschprozesses der Ware, damit aus der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, dessen Repräsentant der Wechsel ist;
- b) der Bankkredit, hervorgegangen aus der periodischen Brachlegung und Freisetzung von Geldkapital im Zirkulationsprozeß des Kapitals - also entstanden aus dem Schatz -, dessen Repräsentant die Banknote ist.

Mit der Möglichkeit der Diskontierung der Wechsel bei den Banken - die Banken kaufen die Wechsel bei Abzug der Zinsen - verschwimmen allerdings die Grenzen zwischen kommerziellem und Bankierskredit.

Wichtig und charakteristisch für den Bankierskredit ist nun, daß die Banken keineswegs "überschüssige" oder "freie" Gelder ausleihen. Sie leihen vielmehr Zahlungsverprechungen aus, die dem Bankkunden als Sichtguthaben gutgeschrieben werden. Sie leihen nun bei weitem mehr aus, als sie durch Einlagen verwalten. Sie "schöpfen" also Giralgeld. Vereinfacht läßt sich dieser Geldschöpfungsprozeß folgendermaßen darstellen:

Erhält eine Bank eine Einzahlung von z.B. 1000 DM, dann braucht sie nicht die gesamte Geldmenge als Reserve für die Gutschrift zu halten, denn dies entspräche einer Deckung von 100%. Für den normalen Bankverkehr genügt z.B. eine Deckung von 10%, also 100 DM. Die restlichen 900 DM, die der Bank durch die Einlage zugeflossen sind, können als Kredit vergeben werden. Wenn der Kreditnehmer die Gutschrift für eine Überweisung an eine andere Bank verwendet, dann kann diese Bank die zugeflossenen 900 DM, unter Berücksichtigung von einer Reserve von 10% (90 DM) wiederum als Kredit in Höhe von 810 DM verleihen usw. Die Möglichkeit der Giralgeldschöpfung der Banken liegt darin begründet, daß die Einzahlungen und Auszahlungen sich in etwa ausgleichen und zur Funktionsfähigkeit der Banken eine möglichst klein gehaltene Bargeldreserve genügt.

Eine weitere Kreditschöpfungsmöglichkeit besteht darin, daß sich die Banken untereinander Guthaben in gleicher Höhe einrichten. Durch verschiedene technische Prozesse schaffen die Banken also Geld- und durchaus reales Geld, sofern es für jedes Kauf- und Zahlungsgeschäft des Landes verwendet werden kann. Sie schöpfen Papiergeld, weil seine Zirkulation letztlich von der guten Verwaltung und der Zahlungsfähigkeit der Banken abhängt und nicht von dem eigentlichen Wert des allgemeinen Äquivalents. Es repräsentiert staatliches Papiergeld, weil in allen entwickelten Ländern sämtliche bedeutenden Depositenbanken durch ein eigenes System mit der Notenbank verbunden sind, das gewährleistet, daß das Buchgeld durch Banknoten der Notenbank gedeckt ist. Im Zuge der Entwicklungen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs sind

noch nicht einmal diese Papierzeichen notwendig. Alles ist hier im wesentlichen eine Sache von Bewegungen verschiedener Konten, auf denen nur noch entsprechende Summen verbucht werden.

Das Entscheidende an diesem ganzen Hokuspokus ist natürlich, daß in ihm die Möglichkeit der Bank erscheint, quasi aus dem Nichts Geld zu produzieren und so den Schein zu erwecken, als habe sich im "modernen" Kapitalismus die Zirkulation endgültig von der Produktion gelöst und ihre ökonomische Basis, wie sie im kommerziellen Kredit noch deutlich hervortritt, nunmehr verlassen. Als sei es nun nicht mehr der Reproduktionsprozeß des Kapitals, der den Bankkredit hervorbringe, sondern vielmehr umgekehrt das Bankkapital, das aus eigener Machtvollkommenheit Kapital in die Welt setzt. Die Kapitalisten werden allerdings auch hier von der Wirklichkeit permanent eines Besseren belehrt. Sie haben es zwar verstanden, die Geldware als allgemeines Warenäquivalent scheinbar durch ihre raffinierte Kontenmagie überflüssig zu machen; sie müssen aber immer wieder von neuem feststellen, daß zwischen der Ware und dem Geld ein ehernes funktionales Verhältnis besteht, worin das Geld der Vermittler des Warentauschs ist, wofür es aber letztlich nur als eigener Wertausdruck funktionieren kann.

GOLD, PAPIERGELD UND DER BEGRIFF

"INFLATION"

Die Produktionskosten der allgemeinen Geldware Gold sind im eigentlichen überflüssige Kosten (faux frais) der kapitalistischen Produktionsweise. Denn das Gold ist nur notwendig zur Zirkulation der Waren. Es hat sonst keinen Gebrauchswert - mit Ausnahme des Goldes für Schmuck, industrielle Zwecke usw. In einer sozialistischen Gesellschaft, die direkt für die Bedürfnisse der assoziierten Mitglieder produziert, ist eine Goldproduktion deshalb sinnlos. Heute hat man sich daran gewöhnt, die Lagerung von Milliarden-Werten in Gold in den Tresoren der Zentralbanken als normal zu empfinden. Die ungeheure Verschwendung gesellschaftlicher Arbeit, die darin zum Ausdruck kommt, wird erst wieder deutlich, wenn die Ware Gold durch eine andere Ware ersetzt wird. Man stelle sich vor, die Banken würden Milliarden ungenutzter Gebrauchsgegenstände oder Lebensmittel in ihren Kellern lagern. Diese Verschwendung, für jeden augenscheinlich, bedarf keines weiteren Kommentars.

Es läge durchaus im Interesse des Kapitals, einen Weg zu finden, die Produktionskosten der allgemeinen Geldware entscheidend zu reduzieren. Dies ist jedoch eine theoretische Unmöglichkeit, da ein allgemeines Äquivalent mit Wert absolute Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist. Deshalb sind auch alle Versuche eines "Kunstgoldes" - wie etwa aktuell die Sonderziehungsrechte (SZR) - in der Praxis nicht zu realisieren. Man kann zwar das Gold durch Papierzettel repräsentieren lassen. Ohne das Gold im Rücken sind diese Papierzettel aber soviel wert, wie es kostet, diese zu drucken. Die Gesamtsumme der umlau-

fenden Papiernoten kann nie mehr repräsentieren als die Goldsumme, für die sie ausgegeben wird. Wird aber mehr Geld gedruckt als Gold im Gegenwert vorhanden, so "überschreitet es sein Maß". Dazu Marx: *"Überschreitet aber das Papier sein Maß, d.h. die Quantität von Goldmünze gleicher Denomination, welche zirkulieren könnte, so stellt es, von der Gefahr allgemeiner Diskreditierung abgesehen, innerhalb der Warenwelt dennoch nur die durch ihre immanenten Gesetze bestimmte, also auch allein repräsentierbare Goldquantität vor."* Und weiter: *"Nur insofern das Papiergeld Goldquanta repräsentiert, die, wie alle anderen Warenquanta, auch Wertquanta, ist es Wertzeichen."* (Kap. I/142)

Wie läßt sich nun der Begriff "Inflation" auf der Basis der marxistischen Geldtheorie genau bestimmen? Dazu können wir jetzt sagen:

1. Wenn bei reiner Goldwährung unter der Bedingung konstanter Produktionskosten des Goldes die Preise steigen, so ist dies nur möglich, wenn die Werte der Waren steigen. Dies ist begrifflich exakt als "Teuerung" zu bezeichnen.
2. Bleiben die Warenwerte gleich, so ist dennoch eine Erhöhung des Preisausdrucks möglich, wenn die Produktionskosten für die Geldware Gold sinken. Ein solcher Vorgang muß korrekt als "Wertminderung" einer bestimmten Ware bezeichnet werden.

Folglich kann logischerweise, solange die reine Goldwährung existiert, nicht von "Inflation" gesprochen werden. Inflation ist bei reiner Goldwährung eine theoretische Unmöglichkeit. Die Bezeichnung "Goldinflation" ist genauso inhaltslos wie etwa "Eiseninflation". In analogen Vorgängen früherer Zeiten beruhte also die Preissteigerung durchgängig auf einer Wertminderung des Goldes; sei es, daß es massenhafter auftrat bzw. mit weniger Arbeitsaufwand hergestellt werden konnte, oder sei es, daß durch Münzfälschung der Goldwert von Staatswegen vermindert wurde.

Wird nun Papiergeld auf Goldbasis eingeführt, so ändert sich für das oben Gesagte so lange nichts, wie die Papierzeichen auch tatsächlich Gold im Besitz der gelddruckenden Stelle repräsentieren. Der Name des Papierscheins und seine jeweilige Aufgliederung sind für die Wertbestimmung völlig belanglos. Das Papierzeichen selbst ist soviel wert, wie es kostet, es zu drucken. Wertträger bleibt nach wie vor das Gold selbst. Das Papierzeichen ist nur ein Anspruchstitel auf eine entsprechende Goldmenge.

Sobald allerdings Geldzeichen ohne entsprechenden Gegenwert ausgegeben werden, haben wir einen Prozeß, der korrekt durch den Begriff "Inflation" gekennzeichnet ist. Inflation bedeutet dabei, daß jede Gewichtseinheit Gold durch eine größere, "aufgeblasenere" Menge Geldzeichen repräsentiert wird. Der Begriff "Inflation" hat demnach nur für die Papierwährung einen Sinn.

So wie der Begriff "Goldinflation" unsinnig ist, so ist es auch der Begriff "Preis des Goldes". Wenn Gold das Wertmaß der Preise ist, so bedeutet "Preis des Goldes" Gold

durch Gold zu messen. Dies ist so unsinnig wie Eisen durch Eisen zu messen. Was man logischerweise nur messen kann, ist der Goldgehalt der Währungseinheit. Der Ausdruck 1 Unze Gold gleich 35 US Dollar bedeutet in Wirklichkeit: ein Dollar vertritt 1/35 einer Unze Gold.

Geläufige Einwände, die behaupten, der Kapitalismus brauche nach Marx keine werttragende Geldware, es genüge die reine Fiktion des Papier- oder noch besser des Buchgeldes, und Marx habe sich einfach zu sehr an dem Faktum der Goldwährung zu seiner Zeit orientiert, zeigen nur ihre Ignoranz. Marx war kein Theoretiker des Kapitalismus seiner Zeit, sondern seine Theorie behandelt die immanenten Gesetze des Kapitalismus im allgemeinen. Darüber hinaus beweisen solche Behauptungen höchstens, daß man die entsprechenden Passagen über das Geld im "Kapital" nicht gelesen oder nicht verstanden hat. Am Ende reduziert man die vielen Funktionen des Geldes einfach auf die Funktion des Zirkulationsmittels und übersieht die Funktion des Geldes als Mittel zur Aufschätzung, als "Inkarnation gesellschaftlicher Arbeit" (Kap. I/151) und "gesellschaftlicher Materiativ des Reichtums" (Kap. I/157). Waren können im gewissen Umfang sicher auch durch wertlose Zeichen zirkuliert werden. Als "Inkarnation gesellschaftlicher Arbeit" muß die allgemeine Geldware aber Wert besitzen oder Wert repräsentieren. Das Konzept eines "funktionalen Geldes" ist nicht mit der marxistischen Geldtheorie in Einklang zu bringen, weil ein solches Geld nicht alle Funktionen von Geld im Kapitalismus erfüllen kann. Dies ist auch der Punkt, der die Durchsetzung des "Papiergoldes" SZR (Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds) als vollgültigen Ersatz des Goldes letztlich unmöglich macht. Den SZR fehlen eben zentrale Geldfunktionen. Gängige Einwände übersehen auch, daß jede kapitalistische Produktionsweise die Verdoppelung der Ware auf dem Markt gegen Geldware erfordert. Auf dem Markt wird Wert gegen Wert getauscht. Dies ist unmöglich, wenn die Geldware selbst keinen Wert besitzt.

Deutlich werden die falschen Eindrücke in die kapitalistische Bewegung z.B. an den jüngsten "Goldnotierungen". Wie kommt der unterschiedliche Preisausdruck in Gold und Papierwährung zustande? Abgesehen von Einflüssen der Spekulation gilt dabei folgendes: Wenn die Produktionskosten für die Geldware Gold sich relativ wenig ändern, die Produktionskosten für alle anderen Waren durch die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte in den letzten Jahrzehnten enorm sinken, so ergibt sich logischerweise, daß sich für jede Gewichtseinheit Gold immer mehr andere Waren kaufen lassen. Was den Laien als Wertsteigerung des Goldes erscheint, ist in Wirklichkeit eine Minderung des Warenwerts aller übrigen Waren. Tragen die Waren trotz ihrer permanenten Wertminderung laufend höhere Preisausdrücke, so beweist dies, daß der Wert der Papierwährung laufend gesunken sein muß. Hier handelt es sich nicht um "imaginäre Rechnungen", sondern um den Kern der permanenten Inflation im gegenwärtigen Kapitalismus.

INFLATION UND DIE KRISENSTEUERUNG IM MONOPOLKAPITALISMUS

Bisher ist der Ausdruck "Inflation" nur auf seinen Begriff gebracht worden. Es wurde gezeigt, daß erst bei Papiergeldwährung Inflation theoretisch und praktisch möglich ist. Das Vorhandensein einer Papiergeldwährung ist aber allein noch keine Erklärung dafür, warum heute permanente Inflation stattfindet. Die Hauptursache hierfür ist in der Krisenverhinderungspolitik des Staates in Zusammenarbeit mit den Zentralbanken zu suchen, um die Realisierungsprobleme der Monopole durch Geldschöpfung zu meistern. Dies geschieht hauptsächlich durch Expansion oder Kontraktion der Masse der Zirkulationsmittel (Geldumlauf) und Ersatzkäufe des Staates für die sich kein "normaler" kapitalistischer Käufer findet.

Weiter oben wurde gezeigt, daß eine Warenmenge zu ihrer Zirkulation eine adäquate Masse Zirkulationsmittel erfordert. Wird diese Menge künstlich durch die Zentralbank verringert, so gerät die Zirkulation ins Stocken. Wird sie erhöht, so kann sie besonders leicht funktionieren.

Daß es in den letzten Jahrzehnten in den führenden kapitalistischen Staaten gelungen ist, schwere Wirtschaftskrisen zu vermeiden, ist unbestreitbar. Der Keynesianismus wurde zur Wunderwaffe der bürgerlichen Ökonomie. Über die Erfolge der Krisensteuerung redet jeder; daß mit der Krisenverhinderung auch ihre "positiven" Folgen unterdrückt werden, bleibt unerwähnt. Funktion der Krise ist es, einen aus dem Gleichgewicht geratenen Kapitalismus wieder ins Gleichgewicht zu bringen - durch Vernichtung gesellschaftlich nicht notwendiger Produktionen, durch Reduzierung des Preises der Ware Arbeitskraft usw.

Um im Gleichgewicht zu sein, müssen im Kapitalismus etliche Bedingungen erfüllt sein. Die Proportionen zwischen den Abteilungen I (Produktionsmittelindustrie) und II (Konsumgüterindustrie) müssen stimmen, vor allem aber müssen Profitrate und Mehrwertmasse hoch genug sein, um die Verwertung der angehäuften Kapitale zu garantieren. Im Verlauf seiner Akkumulation erreicht das Kapital jedoch stets einen Punkt, ab dem diese Bedingungen nicht mehr gegeben sind. Die Akkumulation kommt ins Stocken, der eigentliche Zweck der kapitalistischen Produktionsweise - die Jagd nach dem Mehrwert - erweist sich als zunehmend schwieriger. "Überproduktion von Kapital heißt nie etwas anderes als Überproduktion von Produktionsmitteln - Arbeits- und Lebensmitteln-, die als Kapital fungieren können, das heißt zur Ausbeutung der Arbeit zu einem gegebenen Exploitationsgrad angewandt werden können; indem das Fallen dieses Exploitationsgrades unter einen gegebenen Punkt Störungen und Stockungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, Krisen, Zerstörungen von Kapital hervorruft." (Kap. III/266) Und Überproduktion von Kapital ist nichts anderes als Überakkumulation. Die ungenügende Verwertung infolge dieser Überakkumulation besagt, daß das

Kapital rascher wächst als der aus einer gegebenen Bevölkerung auspreßbare Mehrwert, daß die Verwertungsbasis, und damit die Mehrwertmasse im Verhältnis zum angehäuften Kapital zu klein geworden ist. Wir haben also in der Krise unbeschäftigtes, profitloses Kapital einerseits und eine stets anwachsende Reservearmee andererseits nicht - wie oft behauptet - deshalb, weil zu viel an Mehrwert produziert wurde, sondern weil im Verhältnis zu der akkumulierten Kapitalmasse zu wenig an Mehrwert vorhanden ist. Die Arbeiter werden freigesetzt, nicht, weil sie durch die Maschinen verdrängt werden, sondern weil bei einer gewissen Höhe der Kapitalakkumulation der Profit zu klein wird, es sich daher nicht lohnt und der Profit dafür auch nicht ausreicht, die erforderlichen Maschinen usw. anzuschaffen. Nicht am mangelnden subjektiven Willen der Kapitalisten geht die Akkumulation zu Ende oder gerät ins Stocken, sondern an der objektiven Unmöglichkeit: Der Mehrwert reicht quantitativ nicht aus, um die Akkumulation im erforderlichen Umfang fortzusetzen.

Dieses wesentliche Moment der kapitalistischen Akkumulation muß gerade deshalb so hervorgehoben werden, weil allzu häufig die kapitalistische Entwicklung zur Krise allein an der Anarchie des Marktes, eben der Konkurrenz, festgemacht wird, der man durch vermehrte "Planung" und "Investitionslenkung" entgegensteuern könnte. Die Krisen- und letztlich auch Zusammenbruchtendenz des Kapitalismus entsteht aber eben nicht aus der Anarchie der Produktion, aus der Konkurrenz, sondern ist Ergebnis der Überakkumulation des Kapitals, wobei die sich stets verschärfende Konkurrenz die Folge der Überakkumulation ist.

Dieser "natürliche" Prozeß der kapitalistischen Akkumulation zur Überakkumulation zerstört also jedes Gleichgewicht und der Kapitalismus würde sehr schnell zusammenbrechen, wenn nicht gegenläufige Tendenzen die "Katastrophe" verhindern würden. Und es ist gerade die Krise, die mit ihrer Entwertung von Kapitalien - also einem gesellschaftlichen Umverteilungsprozeß - das Gleichgewicht vorübergehend wiederherstellt. Nach diesem Desaster von Kapitalvernichtung und verschärfter Ausbeutung ist dann die Mehrwertmasse im Verhältnis zum angehäuften Kapital wieder groß genug, um eine Verwertung zu sichern.

Im Gleichgewicht ist also stets die Tendenz zum Ungleichgewicht und im Ungleichgewicht bereits die Tendenz zum Gleichgewicht angelegt. Das heißt aber keineswegs, daß der Kapitalismus so bis in alle Zeiten weitermachen kann, wie die "frohe Botschaft" der Bourgeoisie immer verkündet. Im Gegenteil: Mit fortschreitender Entwicklung des Kapitals, also mit zunehmender Akkumulation und Größe des bereits vorhandenen Kapitals verschärfen sich immer mehr die Krisensymptome. Dies wurde durch die gewaltige Zerstörung von Kapital im 2. Weltkrieg und die sich daran anschließende Phase vermeintlich unaufhaltsamer Wachstumssprünge scheinbar widerlegt. Nach der jüngsten Weltwirtschaftskrise sind allerdings auch die

eifrigsten Verkünder eines krisenfreien Kapitalismus kuriert und nicht mehr in der Lage, diese eherne Tatsache des Kapitalismus als vergangen abzutun.

Krisensteuerung bedeutet nun, daß die Produktion aufrechterhalten wird, indem "normalerweise" unverkäufliche Waren trotzdem verkauft werden. Dies ist keine echte Krisenlösung, sondern besser eine Stabilisierung des Ungleichgewichts. Da nicht genügend Geld vorhanden ist, um alle Waren zu kaufen, muß der Kapitalist Geldersatz oder Zahlungsverprechen, die selbst wertlos sind, akzeptieren. Oder die Zentralbank muß in Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken mehr Geld in die Zirkulation werfen. Das Prinzip der Geldschöpfung wurde oben erklärt. Den verschiedenen Techniken ist gemeinsam, daß Wertzeichen ohne Gegenwert entstehen. Die Folge ist die Inflation.

Dies darf nicht zu dem falschen Schluß führen, daß schon die Erhöhung der Masse der Zirkulationsmittel allein inflationäre Tendenzen auslöst. Solange zusätzliche Zirkulationsmittel durch Gegenwert gedeckt sind, kann nicht von inflationären Folgen die Rede sein. Marx macht mehrfach deutlich, daß zur Zirkulation einer bestimmten Warenmenge eine adäquate Geldmenge erforderlich ist. Ausdrücklich aber warnt er vor dem beliebten Umkehrschluß, daß die Preise der Waren durch die Masse des Geldmaterials bestimmt sind.

Dazu Marx: *"Die für den Zirkulationsprozeß der Warenwelt erheischte Masse von Zirkulationsmitteln (ist) bereits durch die Preissumme der Waren bestimmt."* (Kap.1/131) Und weiter: *"Ob der Preiswechsel der Waren wirkliche Wertwechsel widerspiegelt oder bloße Schwankungen der Marktpreise, die Wirkung auf die Masse der Zirkulationsmittel bleibt dieselbe."* (Kap.1/132)

Umgekehrt ist aber die Kontraktion der Zirkulationsmittel keineswegs Voraussetzung für Preissenkungen, wie häufig behauptet wird. Dazu wieder Marx: *"Die Illusion, daß umgekehrt die Warenpreise durch die Masse der Zirkulationsmittel und letztere ihrerseits durch die Masse des in einem Lande befindlichen Geldmaterials bestimmt werden, wurzelt bei ihren ursprünglichen Vertretern in der abgeschmackten Hypothese, daß Waren ohne Preis und Geld ohne Wert in den Zirkulationsprozeß eingehn, wo sich dann ein aliquoter Teil des Warenpreises mit einem aliquoten Teil des Metallbergs austausche."* (Kap.1/137)

Und über Vanderlint spottet Marx: *"Vanderlint, der die Warenpreise durch die Masse des in einem Land befindlichen Goldes und Silbers bestimmt wähnt, fragt sich, warum die indischen Waren so wohlfeil? Antwort: Weil die Inder das Geld vergraben."*

Die Namen wechseln, aber heute behauptet die Bourgeoisie nichts anderes. Im Kampf gegen die Keynesianer mit ihrer Betonung auf Staatsintervention zwecks Krisenmanagement pochen

die Monetaristen hartnäckig auf ihre simplen Rezepte der Kontrolle der Geldmenge. Für sie bringt alle Staatsintervention nur Unruhe in die sonst automatisch zum Gleichgewicht tendierende Wirtschaft. Halte man die Zirkulationsmenge nur genügend groß zum Warenumfang, so ergebe sich alles Übrige praktisch wie von selbst.

DAS INFLATIONSARGUMENT "MONOPOLMACHT"

Monopolmacht bedeutet, daß es einem Einzelkapital gelingt, seine Waren zu Preisen über ihren Werten - genauer: über ihrem Produktionspreis - zu verkaufen. Die Folge ist, daß es einen Extraprofit realisiert, denn beim Produktionspreis realisieren alle Kapitalien den Durchschnittsprofit. Dieser Extraprofit kann nur ein angeeigneter sein, d.h. er muß zu Lasten eines anderen Kapitals gehen. Es findet so eine Umverteilung der Mehrwertmasse zwischen den Kapitalien statt. Nach wie vor gilt aber, daß Preis- und Wertsumme einer Produktionsperiode identisch sind. Produzieren nun die Monopole eine große Warenmenge und stellen die Inflationsstatistiker für diesen Sektor Preissteigerungen fest, so kann man allenfalls von Teuerung, nicht aber von Inflation sprechen, denn der Wert der Geldware bleibt unberührt. Hier zeigt sich wieder, wie wichtig die Unterscheidung von Preissteigerung/Teuerung und Inflation ist. Daß diese Erkenntnis mit dem bürgerlichen Inflationsbegriff nicht möglich ist, ist schon oben ausgeführt worden.

Solange es dem Monopol also gelingt, sich einen Extraprofit von einem anderen Kapital anzueignen, kann dies keine inflationären Folgen haben. Dies gelingt ihm um so leichter, je geringer der Monopolisierungsgrad einer Gesellschaft ist.

Anders stellt sich das Problem zu einem Zeitpunkt, an dem der Monopolisierungsprozeß soweit fortgeschritten ist, daß das Monopol zum bestimmenden gesellschaftlichen Moment wird. Ist die Masse des Mehrwerts, den man sich von einem anderen Kapital aneignen kann, erschöpft, so bedeutet eine Preiserhöhung, die dennoch stattfindet, daß zuviel Waren mit einem zu hohen Preis auf den Markt kommen, als dort verkauft werden können. Dies führt unweigerlich zur Krise, und die Krise sorgt dafür, daß die Preise den Werten wieder angepaßt und das kapitalistische Gleichgewicht wiederhergestellt wird.

Verhindert der Staat nun die Krise durch eine Inflationspolitik, so besteht prinzipiell die Möglichkeit, daß die Warenmenge zu einer Preissumme verkauft wird, die über ihrer Wertsumme liegt.

In diesem Sinne kann Monopolmacht, bei hohem Monopolisierungsgrad der Gesellschaft, in Kombination mit der Krisen-Verhinderungspolitik des Staates inflationäre Folgen haben. Der Monopolpreis bewirkt zunächst begrifflich eine Preissteigerung/Teuerung, die erst durch die Krisen-Verhinderungspolitik des Staates in Inflation umschlägt. Jede Ware kann mit einem

Preis versehen werden, der über ihrem Wert (Produktionspreis) liegt. Im Kapitalismus der freien Konkurrenz sorgt die Konkurrenz dafür, daß dieses nicht oder nur als Ausnahme geschehen kann. Im Monopolkapitalismus ist es möglich, daß die gesamte Warensomme einer Produktionsperiode mit Preisen versehen werden, die über der Wertsumme liegen. Preis- und Wertsumme sind jetzt nicht mehr identisch. Ein Teil der Waren ist nur noch dann absetzbar, wenn sie gegen noch nicht produzierten Wert getauscht werden, in anderen Worten, nicht gegen Geld, sondern gegen Zahlungsverprechen. Monopol-Profite bedeuten nicht nur einen angeeigneten Mehrwert auf Kosten der übrigen Kapitalien, sondern sie bedeuten gleichzeitig einen permanenten Druck, die Preissumme aller Waren über die Wertsumme zu erhöhen. Die Waren können dann nur noch gegen Zahlungsverprechen, vermittelt durch die Kreditgeldschöpfung, verkauft werden. Die positive Folge davon ist, daß die Mehrwertproduktion nicht ins Stocken gerät. Die negative Folge davon ist, daß sich das Problem von Jahr zu Jahr verschärft: da ein immer größerer Teil des Einkommens der neuen Produktionsperiode zur Bezahlung der Schulden aus der alten Periode verwandt werden muß, bleibt ein immer kleiner werdender Teil der Einkommen zum Kauf der Waren dieser neuen Periode übrig. Mit anderen Worten: soll der Absatz nicht stocken, so muß erneut, und zwar in größerem Umfang, die Kreditgeldschöpfung in Bewegung gesetzt werden. Dies ist eben der Kern jeder positiven staatlichen Kulturpolitik, die, um Krisen zu verhindern, versuchen muß, daß sonst unverkäufliche Waren gegen einen noch nicht erzeugten Wert getauscht werden. Hier liegt zugleich die Ursache für die permanente Aufblähung des Geldumlaufs bzw. die permanente Inflation.

Dieser Prozeß bedeutet für die Monopole, daß sie trotz überdurchschnittlicher Profitraten unter chronischem Bargeldmangel leiden, der tendenziell zunimmt, und zwar um so mehr, je größer die Monopole sind. Und dies ist nichts anderes, als der konkrete Ausdruck für die früher ausgeführte fundamentale Tatsache der kapitalistischen Akkumulation, daß es nämlich immer schwieriger, wenn nicht sogar unmöglich wird, die nötige Mehrwertmasse zu erwirtschaften, um das schon riesig angehäuften Kapital zu verwerten.

Es muß hier jedoch vor der falschen Schlussfolgerung gewarnt werden, daß Monopolisierung notwendig und immer zu Preiserhöhungen und Inflation führt. Preiszusammenbrüche sind nicht nur theoretisch möglich, sondern werden auch tatsächlich eintreten in einer noch vor uns liegenden Phase. Die von einem der schärfsten Kritiker des keynesianischen Krisenmanagements - F.A. Hayek - seit 40 Jahren hartnäckig vertretene These, der Keynesianismus werde über die Inflation auf die Dauer eine schwere Wirtschaftskrise verursachen, zeigt, daß heilsichtige Vertreter der Bourgeoisie durchaus begreifen, wohin dieser vermeintliche Sieg über die kapitalistische Krise führen wird - nämlich in die wirtschaftliche Katastrophe.

Eine nur aus Monopolen bestehende Gesell-

schaft ist eine theoretische wie praktische Unmöglichkeit. Der Monopolisierungsprozeß hat objektive Grenzen:

1. Da der Monopolprofit ein angeeigneter Extraprofit vom Nicht-Monopol-Sektor ist, liegt die objektive Grenze der Summe der Monopol-Profite in der Summe der Mehrwertmasse. In der kapitalistischen Wirklichkeit liegt die Grenze jedoch niedriger. Das nichtmonopolistische Einzelkapital wird schon dann die Produktion einstellen, wenn die erzielte Profitrate nicht mehr über den Durchschnittszins hinauskommt. Die Monopole müssen aber am Erhalt der Nicht-Monopole interessiert sein, da es sonst keinen anzueignenden Mehrwert mehr gibt. Daraus erklärt sich unter anderem auch das relativ hartnäckige Fortbestehen einer mittelständischen Zulieferindustrie, so wie die allerdings eher hilflosen Versuche des Staates, den weiteren Monopolisierungsprozeß zu kontrollieren.

2. Schon oben war gezeigt worden, daß die Monopolisierungsgrenze unterlaufen werden kann, indem der Staat durch Inflationspolitik den Absatz der Waren zu Monopolpreisen sichert. Aber auch dies hat seine objektive Grenze. Die Inflationsrate kann nicht unbegrenzt erhöht werden, ohne die kapitalistische Zirkulation zu gefährden. Zu welchen Hortungserscheinungen zu hohe Inflationen führen, kann gerade seit der letzten Weltwirtschaftskrise häufig beobachtet werden. Hier liegt der Grund, warum auch das Kapital ein Interesse hat, daß die Inflationsrate "normal" bleibt. Hinzu kommt auch, daß die Monopole immer größere Summen von ausstehenden Forderungen haben, an deren Entwertung sie kein Interesse haben können.

Die Inflationspolitik des kapitalistischen Staates hebt also die objektiven Grenzen des Monopols keineswegs auf, sondern verschiebt sie nur.

Aus 1. und 2. ergibt sich, daß nicht alle Monopole permanent alle Monopolprofite wieder zum Monopolprofit verwerten können. Dies ist eine theoretische Unmöglichkeit.

Sobald das Monopol an seine objektiven Grenzen stößt, bleibt nur noch eine Quelle für einen Extramehrwert übrig: die Profitmasse der anderen Monopole. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann man nur in den USA davon sprechen, daß die Monopole auf ihre internen Grenzen stoßen. Ohne Zweifel weisen die übrigen entwickelten kapitalistischen Staaten einen niedrigeren Monopolisierungsprozeß auf. Ist der Monopolisierungsprozeß seit dem 2. Weltkrieg auf dem Weltmarkt erst einmal weltweit abgeschlossen, so können Monopole nur noch auf Kosten anderer Monopole einen Extramehrwert erzielen. Zu diesem Zeitpunkt muß ein unerbittlicher Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen und entsprechend auch zwischen den Staaten mit Preiszusammenbrüchen, Krisen und entsprechenden Folgen losbrechen. Dies erklärt, warum eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Multinationalen Konzernen, ein aktuelles "Generalkartell" bzw. ein "Ultraimperialismus", auch heute unmöglich ist.

Für das Proletariat hat diese Tendenz einer

sich verschärfenden internationalen Konkurrenz einschneidende Konsequenzen. Je mehr sich das Produktivitätsniveau zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten ausgleicht, um so größer wird die Bedeutung der Löhne zur Erzielung absoluter Vorteile auf dem Weltmarkt. In Zukunft wird deshalb die Lohnentwicklung bei den Hauptkonkurrenten einen immer wichtigeren Platz einnehmen. Je geringer andererseits die Möglichkeiten werden, durch unterschiedliche Lohn- und Produktivitätsentwicklungen absolute Vorteile auf dem Weltmarkt zu erzielen, um so mehr Druck wird auf die Steigerung der Intensität der Arbeit ausgeübt werden. Und das ist schon nicht mehr Zukunftsmusik, sondern rauhe Wirklichkeit.

PERMANENTE INFLATION ALS GESTEUERTE ERSATZKRISE

Inflation ist begriffliche Reduzierung des Werts der Papierwährung. Ihre Ursache liegt in den Akkumulationsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise. Ihr Auslöser ist die Krisen-Verhinderungspolitik des Staates. Inflation heißt unter diesen Bedingungen nicht nur Entwertung des Geldes, sondern mit der Inflation geht ein Umverteilungs- und Entwertungsprozeß Hand in Hand, der "normalerweise" - d.h. ohne Anti-Krisen-Politik des Staates - nur in der Krise auftritt. Die Inflation hat also teilweise gleiche Funktionen wie die Krise, nur mit dem Vorteil, daß sie steuerbar bzw. leichter zu steuern ist als die klassische Überakkumulationskrise. Große Depressionen, militante Klassenkämpfe, die bis zum Sturz der kapitalistischen Produktionsweise führen können, werden so vordergründig vermieden.

Die Inflation führt zu einem Umverteilungs- und Entwertungsprozeß, bei dem die Warenbesitzer - d.h. die Besitzer von "Sachwerten" - prinzipiell im Vorteil sind, da sie ihre Warenwerte in höheren Geldpreisen ausdrücken können. Für die USA ist es möglich, datenmäßig nachzuweisen, daß dies den Monopolen eher gelingt als den Nicht-Monopolen. Schwache, nicht akkumulationsfähige Kapitalien werden tendenziell aus dem Markt geworfen wie in der "normalen" Krise. Allerdings wird der Zusammenbruch des Produktionsprozesses bislang verhindert.

Die Besitzer der Ware Arbeitskraft können ungleich schwieriger den Wert ihrer Ware in höheren Preisen ausdrücken, denn dazu müssen erst Lohnerhöhungen erkämpft werden. Die Inflation hat auch hier die gleiche Funktion wie die Krise: den Preis der Ware Arbeitskraft zu drücken.

Aber die großen Kapitalien sind nicht nur Inflations-Gewinnler wie es häufig scheint. Die Krisenverhinderungspolitik erfordert es, daß die Monopole immer mehr Waren nicht gegen Geld, sondern gegen Zahlungsverprechen verkaufen müssen. Dies bedeutet eine wachsende private Verschuldung in allen entwickelten kapitalistischen Staaten. Werden diese Außenstände jeweils in entwerteter Währung be-

zahlt, so ist klar, daß auch die Monopole Wertverluste hinnehmen müssen.

Hinzu kommt die allgemeine Schwierigkeit, daß dem Geldzeichen rein äußerlich sein Wert nicht anzusehen ist. Erst wenn z.B. der Dollar von 1978 ein sichtbar anderes Zeichen wäre als der "konstante Dollar von 1958" - er wird zur Aufstellung inflationsberechtigter Statistiken verwendet -, wäre es für den Warenbesitzer ein leichtes, seine Waren mit einem neuen Preisausdruck zu versehen.

Ein weiterer positiver Aspekt der permanenten Inflation für das Kapital ist, daß die Produktion von mehr Wert angeregt wird.

Wie wir gesehen haben, wird Arbeit im Kapitalismus nicht unmittelbar gesellschaftlich verausgabt, sondern privat. Um als gesellschaftliche Arbeit anerkannt zu werden, muß sich die Ware auf dem Markt bewähren, d.h. gegen einen äquivalenten Wert getauscht werden. Findet die Ware keinen Gegenwert, so wird sie durch die Krise entwertet und geht nicht in die Wertbildung ein. Sie war gesellschaftlich eben nicht notwendig.

Durch die Krisen-Verhinderungspolitik des Staates, durch Geldschöpfung, durch Kredit wird es nun möglich, diese Ware zu zirkulieren, obwohl noch immer kein Gegenwert vorhanden ist. Die Ware wird getauscht gegen ein Zahlungsverprechen. Es geht jetzt mehr Wert in die Wertbildung ein, als es ohne die Inflationpolitik des Staates der Fall gewesen wäre.

Dies ist die Basis für den Versuch bürgerlicher Ökonomen nach den Anzeichen zunehmender Realisierungsschwierigkeiten seit den 60er Jahren, durch "leichte" Inflation ein stetes Wirtschaftswachstum zu erreichen. Dies ist langfristig jedoch unmöglich, da Zahlungsverprechen später eingelöst werden müssen. Die Folge ist, daß in der nächsten Produktionsperiode die Mittel nicht zur Zirkulation der Waren zur Verfügung stehen, die zur Einlösung der Zahlungsverprechen aus der früheren Produktionsperiode benötigt werden. Folglich muß der Staat erneut an der Inflationsschraube drehen, wenn er verhindern will, daß die Produktion zusammenbricht.

Die Verknappung der "Liquidität" beim Bürger steht die Verringerung der Liquidität der Konzerne gegenüber. Dort wird das Verhältnis von flüssigen Mitteln zu laufenden Verpflichtungen tendenziell immer ungünstiger. Offensichtlich gelingt es den Monopolen immer weniger, ihre Waren gegen Bargeld loszuschlagen. Deshalb müssen sie wachsende Zahlungsverprechen "in Kauf nehmen".

Diese Tatsachen machen ebenso deutlich, daß die Krisen-Verhinderungspolitik die Probleme nicht wirklich löst, sondern kumulativ aufschiebt. Eine "stabile" Inflationsrate ist ebenso unmöglich, wie die Verhinderung größerer Konjunkturausschläge.

KEINE ALTERNATIVE ZUR PERMANENTEN INFLATION

Bisher ist nur über das Problem der Krisenverhinderung gesprochen worden. Umgekehrt läßt sich natürlich auch eine "überschäumende Konjunktur" durch Verknappung der Zirkulationsmittel bremsen. Weiter oben ist erläutert worden, daß zur Zirkulation einer bestimmten Warenmenge eine adäquate Menge Geld notwendig ist. Wird diese Geldsumme künstlich verringert, so gerät die Zirkulation ins Stocken. Eine Zirkulation der gesamten Warenmasse ist nur noch möglich, wenn die Preissumme unter die Wertsumme fällt. Diese Methode der Konjunktursteuerung ist jedoch ein zweiseitiges Schwert. Einerseits läßt sich so eine Kontraktion der Preissumme erreichen, andererseits stellen die Kapitalisten tendenziell die Produktion ein, da niemand gerne Waren unter ihrem Wert verkauft. Dies ist die Basis für das vielfach in der bürgerlichen Presse verwandte Argument, daß zuviel "Bremsen" in eine Rezession umschlagen kann.

Auch diese Technik dient dazu, die Krise kontrollierbar zu halten. Unsinnig an dieser Politik ist aber generell, daß alle Kapitalien einer Branche davon betroffen sind. Nach der Logik der kapitalistischen Krise sollen davon aber besonders die schwachen, weil relativ unproduktiven Kapitalien in allen Branchen getroffen werden.

Es gehört nicht viel Weisheit dazu, um vorauszusagen, daß der Staat in Zukunft versuchen wird, die Konjunkturpolitik so zu strukturieren, daß die schwachen Kapitalien aller Branchen davon stärker getroffen werden als die Starken. Ein solcher Weg wird seit einiger Zeit in den USA z.B. so anvisiert: Kredit ist grundsätzlich reichlich vorhanden, jedoch zu "exotischen" Zinssätzen. Die Folge ist, daß nur die produktiven Kapitalien solche Zinssätze bezahlen können. Die weniger produktiven bleiben auf der Strecke.

Eine Konjunktursteuerung durch Kontraktion der Zirkulationsmittel ist zwar auch bei reiner Goldwährung möglich. Der Staat braucht nur an der Steuerschraube zu drehen. Umgekehrt kann er aber nicht beliebig Gold in die Zirkulation werden, da seine Goldvorräte begrenzt sind. Sobald seine Vorräte erschöpft sind, sind auch seine Möglichkeiten der Krisenverhinderung zu Ende. Die Möglichkeit des "Keynesianismus", also die permanente Papiergeldinflation, müssen ihm als Wunderwaffe erscheinen.

Die Einsicht, daß es Inflation begrifflich nur bei Papierwährung geben kann, hat nun einige Leute auf die fixe Idee gebracht, daß Problem Inflation durch Rückkehr zum reinen Goldstandard zu "lösen". Hier machte sich vor allem der französische Ökonom Jacques Ruëff einen Namen. Dieser Position liegt der Irrtum zu Grunde, daß sie die Erscheinungsform für die Ursache halten. Diese Ansicht gleicht jemandem, der versucht, Deichbrüche zu verhindern, indem er zum "reinen Küstenstandard" ohne Deiche zurückkehrt. Deichbrüche sind nun nicht mehr möglich, aber niemand wird ernst-

haft behaupten wollen, daß damit auch die Probleme der Sturmflut gelöst seien. Eine Rückkehr zum reinen Goldstandard würde natürlich Inflationen verhindern. Als Preis für den stabilen Geldwert handelte man sich aber prompt schwere Krisen ein. Ein solches Plädoyer ist nur als selbstmörderisch zu bezeichnen. Wo stünde die französische Bourgeoisie heute, wenn der Staat nach dem Mai 1968 nicht an der Inflationsschraube hätte drehen können?

Die Mehrheit der bürgerlichen Ökonomen denkt hier anders. Die Inflation gilt auch hier als "unfein", aber sie wird doch der Alternative Krise vorgezogen. Aus dem Dilemma permanente Inflation oder Krise gibt es im heutigen Monopolkapitalismus aber keinen Ausweg.

Andererseits ist klar, daß die vielfältigen Veränderungen, durch die sich dieser Monopolkapitalismus vom Kapitalismus zu Lebzeiten Marx' unterscheidet, das Wertgesetz keineswegs außer Kraft gesetzt hat. Vielmehr kann die heutige permanente Inflation nur auf seiner Grundlage verstanden werden. Dann wird auch klar, daß von einer permanenten Inflation frühestens seit dem 1. Weltkrieg, genauer seit der Überwindung der Weltwirtschaftskrise von 1929-32 gesprochen werden kann. Seit diesem Zeitpunkt setzen sich in der Tat Kreditschöpfung und Staatsintervention immer stärker durch, während man andererseits offen zu einem Geldsystem ohne Golddeckung, vielmehr mit staatlichem Zwangskurs übergeht.

DAS INFLATIONSARGUMENT "VERTEILUNGSKAMPF ZWISCHEN KAPITAL UND ARBEIT"

Nachdem wir somit die grundsätzlichen Ursachen der heutigen Inflation herausgearbeitet haben, müssen wir uns zum Schluß noch mit der großen Lüge des Kapitals beschäftigen.

Der Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital wird heute durchweg zum zentralen Inflationsargument. Marx hat sich schon in "Lohn, Preis und Profit" gegen diese Auffassung einer "Lohn-Preis-Spirale" gewandt. Lohn-erhöhungen können allein zur Folge haben, daß das Wertprodukt eines Arbeitstages neu zwischen Kapital und Arbeit aufgeteilt wird. "Eine allgemeine Lohnsteigerung würde daher auf eine Senkung der allgemeinen Profitrate hinauslaufen, ohne jedoch die Werte zu beeinflussen." (MEW 16/140)

Arbeitslohn und Mehrwert stehen eben in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis. Aber: Da das Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate wirkt, kann sich die Profitrate verringern, obwohl der Arbeitslohn nicht steigt und folglich auch die Mehrwertrate nicht kleiner wird. Die Mehrwertrate hat umgekehrt die Tendenz, mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität sich zu erhöhen. Demnach gilt: Die Profitrate fällt, nicht weil der Arbeiter weniger, sondern mehr ausgebeutet wird. Verteuern sich die Lebensmittel oder vermindert sich der Wert des Geldes, so steigt der Wert der Ar-

beitskraft, und der Arbeiter muß um die Steigerung seines Arbeitslohnes kämpfen. Sinkt der Wert der Arbeitskraft, so muß er der Herabsetzung des Arbeitslohnes widerstreben. Denn das wäre "bloß ein Versuch, sich einen gewissen Anteil an der Vermehrung der Produktivkraft seiner eigenen Arbeit zu sichern und seine frühere relative Stellung auf der gesellschaftlichen Stufenleiter zu behaupten." (ebd., S.142)

Zum Wert der Ware Arbeitskraft sind noch einige knappe Bemerkungen notwendig. Es muß festgehalten werden, daß die Theorie vom Minimum des Arbeitslohnes eine rein bürgerliche Behandlungsweise des Problems darstellt, die bis zu den Physiokraten zurückreicht. "Das Minimum des Salärs bildet ... die Achse der physiokratischen Lehre", und auch sie nahmen schon irrigerweise an, "daß sie dies Minimum als eine unveränderliche Größe auffaßten, die bei ihnen ganz von der Natur bestimmt ist, nicht von der historischen Entwicklungsstufe, die selbst eine Bewegungen unterworfenen Größe ist..." ("Theorien über den Mehrwert" I/13)

Der Wert der Ware Arbeitskraft bestimmt sich aus dem Arbeitsquantum, das nötig ist, die Lebensmittel zu produzieren, die der Arbeiter zum Unterhalt und zur Reproduktion der Arbeitskraft braucht. Aber: "Allein es gibt gewisse eigentümliche Merkmale, die den Wert der Arbeitskraft ... vor dem Wert aller anderen Waren auszeichnen. Der Wert der Arbeitskraft wird aus zwei Elementen gebildet - einem rein physischen und einem historischen oder gesellschaftlichen." (MEW 16/147) Der Wert der notwendigen Lebensmittel bildet nur die unterste Grenze des Werts der Arbeitskraft. Außerdem wird der Wert der Arbeitskraft durch den "traditionellen Lebensstandard" (ebd. 148) bestimmt, der sich im betreffenden Land herausgebildet hat.

Worin besteht das Maximum des Werts der Arbeitskraft? Es kann ebensowenig bestimmt werden wie das Minimum der Mehrwertrate. Der Kapitalist strebt stets nach einem Maximum an Profit, d.h., er ist bemüht, den Arbeitslohn auf das physische Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag zum physischen Maximum auszudehnen. Die Fixierung der faktischen Höhe des Arbeitslohnes und der faktischen Länge des Arbeitstages "erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit... Die Frage löst sich auf in der Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden." (ebd., 149)

Der Kampf der Arbeiterklasse für höheren Arbeitslohn und kürzeren Arbeitstag ist also durch die direkte ökonomische Notwendigkeit diktiert, die sich unmittelbar aus der allgemeinen Tendenz des Kapitals ergibt, den Arbeitslohn permanent relativ herabzudrücken. In dieser Richtung wirkt das Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.

Allerdings: Marx betrachtete den tagtäglichen Kampf der Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage als eine wichtige, aber nicht als die Hauptrichtung des Kampfes gegen den Kapitalismus. Denn er betont, daß die Arbeiterklasse hier nur "gegen Wirkungen

kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen... Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind." (ebd. 152)

Das ist die wissenschaftliche Begründung dafür, warum die konservative Losung 'Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!' durch die revolutionäre Losung 'Nieder mit dem Lohnsystem!' ersetzt werden muß.

Resümee: Der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Lohnarbeiter ist durch den Grundwiderspruch des Kapitalismus verursacht. Es ist eine Tatsache, "daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß." (Kap. I/675) Zugleich entwickelt sich "mit der Akkumulation des Kapitals der Klassenkampf und daher das Selbstgefühl der Arbeiter." (ebd. 683)

Zwischen Kapital und Arbeit besteht also ein Verhältnis gleicher, wenn auch antagonistischer Rechte, weswegen allein die Gewalt entscheidet, wer sich durchsetzt. Man kann allerdings seine Rechtsposition zeitweise die dominierende werden lassen, wenn man den Gegner außer Gefecht setzt. Nach der verheerendsten Niederlage des internationalen Proletariats

ist es dem Kapital gelungen, die Kampfmöglichkeit der Arbeiterklasse weitgehendst auszuschalten. Zum ewigen Bestand dieses Klassenkampfes von oben gehört unter anderem das ständig wiederholte Märchen der Lohn-Preis-Spirale. Es soll zu nichts anderem dienen, als die Arbeiter zu einem "freiwilligen" Lohnabbau zu animieren bzw. sich mit diesem abzufinden.

Erhöht der Kapitalist seine Preise über den Wert der Waren, genauer über ihren Produktionspreis, so muß er sich diesen Wertteil entweder von einem anderen Kapital aneignen, oder seine Ware wird tendenziell unverkäuflich. Für die Preissumme einer Produktionsperiode gilt, daß sie mit der Wertsumme identisch ist. Werden die Preise erhöht, so ist kein entsprechender Gegenwert in der gleichen Periode produziert worden, um sie zu tauschen. Die Waren bleiben unverkäuflich, und es kommt zur Krise. Die Waren werden entwertet und das kapitalistische Gleichgewicht wiederhergestellt.

Verhindert der Staat nun die Krise durch eine Inflationspolitik, so ist prinzipiell die Möglichkeit gegeben, daß die Warensomme zu Preisen über ihren Werten verkauft werden. Die Ursache dafür ist aber nicht der Lohnkampf der Arbeiter, sondern die Krisen-Verhinderungspolitik des Staates, welche in Wirklichkeit die Krise, die schließlich noch gewaltiger ausbrechen wird, nur hinausschiebt.



Internationale Kommunistische Partei

Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1927); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Abkämpfung der Völkerverhetzung und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die achtsame Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personalbezogene und parteimännliche Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 4 - Mai 1979

Preis:
50 Pfg.

Wir bitten unsere Leser, die "PROLETARIER", die zunächst alle zwei Monate erscheinende Zeitung der IKP in deutscher Sprache, in Abonnement erhalten möchten, folgende Bestellung ausgefüllt zurückzusenden an:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
1000 Berlin 61

Hiermit bestelle ich "Proletarier" ab Nr. für 1 Jahr (6 Nr.)

Anzahl der Exemplare je Nr. :

Versand: () als Drucksache

() in geschlossenem Umschlag als Brief

Der Preis für das Normalabonnement beträgt einschließlich Porto DM 6,-.
Für Versand in geschlossenem Umschlag außerhalb Berlin beträgt der Preis DM 9,-.

Datum

Name und Anschrift

Zahlung und Spenden auf Postscheckkonto Berlin-West Nr. 3320 23-103 (Helmuth Tammen).

COMMUNIST PROGRAM N° 5

- Terrorism and the Difficult Road to a General Revival of the Class Struggle
- Theses of the Communist Abstentionist Faction of the Italian Socialist Party — May 1920
- Force, Violence and Dictatorship in the Class Struggle - Part. V. The Degeneration of Proletarian Power in Russia and the Question of the Dictatorship
- The Evolution of Inter-Imperialist Relations Since the Second World War
- Iran — The Legacy of the Shah: Capitalist Transformation Forced from Above
- Party Interventions: May Day — Socialism Is International and Internationalist or It Is Not Socialism

EL PROGRAMA COMUNISTA N° 32

- Hace 60 años nació la Internacional Comunista
- Siguiendo el hilo del tiempo — El proletariado y la guerra (y II): La guerra revolucionaria proletaria — La novela de la guerra santa — Estado proletario y guerra
- La cuestión agraria. Elementos marxistas del problema (I)
- Marxismo y subdesarrollo
- Nota de lectura: La Internacional Comunista y la revolución china de 1927

programme communiste

n° 81

- Souviens-toi des deux guerres impérialistes
- Les revendications « transitoires » dans la tactique communiste (2)
- L'Afrique, proie de l'impérialisme :
4. La mainmise sur les matières premières
- Le programme des « Fedayin » iraniens, ou les limites du démocratisme
- Marcuse, prophète du bon vieux temps.

Kommunistisches Programm

n° 23 (sept. 79)

- Europa in der revolutionären Perspektive der Kommunisten
- Sturmzone Naher Osten
 - Der Golgothaweg der Verwandlung der palästinensischen Bauern in Proletariat
 - Der israelisch-ägyptische Frieden und die neue imperialistische Ordnung im Nahen Osten
- Die Kommunistische Partei Italiens und die faschistische Offensive (1921-24) 2. Teil

o o o

INSTRUMENTE FÜR DIE ORGANISIERUNG DER PROLETARISCHEN AVANTGARDE!

in Lateinamerika:

¡Proletarios de todos los países, uníos!

EL PROLETARIO

PARTIDO COMUNISTA INTERNACIONAL

SUPLEMENTO PARA LATINOAMERICA
DE EL PROGRAMA COMUNISTA

PRECIO: u\$s 0,50

in Nordafrika und unter den arabischen Proletariern in Europa:

el-oumami
L'internationaliste
الأممي

organe du parti communiste international

(Der Internationalist)



الأممي

الأممي
L'internationaliste

لسان الحزب الشيوعي